

# Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

14. Sitzung vom 21. Oktober 2011

---

## Wörtliches Protokoll

### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3	an den Verein Sammlung Rotes Wien	
		Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 27
2. Fragestunde		Rednerinnen bzw Redner:	
1. Anfrage		GRin Ing Isabella Leeb	S. 27
(FSP – 04233-2011/0001-KU/GM)	S. 3	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 28
2. Anfrage		GRin Ing Isabella Leeb (tatsächliche	
(FSP – 04232-2011/0001-KVP/GM)	S. 4	Berichtigung)	S. 30
3. Anfrage		GR Mag Gerald Ebinger	S. 31
(FSP – 04229-2011/0001-KGR/GM)	S. 9	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 34
4. Anfrage		GR Ernst Woller	S. 35
(FSP – 04228-2011/0001-KFP/GM)	S. 10	GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 39
5. Anfrage		Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 41
(FSP – 04222-2011/0001-KSP/GM)	S. 16	Abstimmung	S. 41
3. AST/04273-2011/0002-KFP/AG Aktuelle Stunde zum Thema "Hat Kindesmissbrauch in Wiener Kinderheimen System? – Umfassende und schonungslose Aufklärung gefordert"		10. 03701-2011/0001-GKU; P 9: Subvention an die Demokratiezentrum Wien GmbH	
Rednerinnen bzw Redner:		Abstimmung	S. 41
GR Mag Johann Gudenus	S. 18	11. 03831-2011/0001-GSK; P 16: Plan Nr 8009: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 9, KatG Alsergrund	
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 20	Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 41
GRin Birgit Hebein	S. 20	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Heinz Vettermann	S. 21	GRin Ing Isabella Leeb	S. 41
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 22	GR Anton Mahdalik	S. 42
GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 23	GR Siegi Lindenmayr	S. 43
GR David Ellensohn	S. 24	GR Karl Baron	S. 44
StRin Veronika Matiasek	S. 24	GR Mag Christoph Chorherr	S. 44
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 25	GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 46
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 26	GR Ing Mag Bernhard Dworak (tatsächliche Berichtigung)	S. 46
5. Mandatsverzicht von GRin Dipl-Ing Sabine Gretner, Angelobung von Dr Jennifer Kickert als Gemeinderätin	S. 26	GR Karlheinz Hora	S. 46
		GRin Henriette Frank	S. 47
6. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 26	GR Wolfgang Irschik	S. 48
		Berichterstatter GR Dr Harald Troch	S. 48
7. Umstellung der Tagesordnung	S. 26	Abstimmung	S. 48
8. 03993-2011/0001-MDLTG; P 1: Wahl von Dienstnehmervertreter der Gemeinderätlichen Personalkommission Abstimmung	S. 27	12. 03704-2011/0001-GIF; P 2: Beitritt der Stadt Wien zu Transparency International	
		Berichterstatterin GRin Nurten Yilmaz	S. 49
9. 03789-2011/0001-GKU; P 10: Subvention		Redner:	
		GR Dr Matthias Tschirf	S. 49
		GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 50
		GR Senol Akkilic	S. 51
		Abstimmung	S. 51



(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich wünsche einen schönen guten Morgen und erkläre die 14. Sitzung des Wiener Gemeinderates für eröffnet.

Entschuldigt während des ganzen Tages sind GR Kops, GR Stark, GRin Mag Straubinger, GRin Prof Dr Vitouch, GR Mag Dr Wansch und StR Lasar.

Bevor wir zur Fragestunde kommen, würde ich bitten - ich habe es auch in der Präsidialkonferenz so ausgedrückt -, dass wir versuchen, Vorkommnisse wie bei der letzten Gemeinderatssitzung, wo bedauerlicherweise wegen ungebührlichen Verhaltens einzelner Kollegen hier im Hause zwei Sitzungsunterbrechungen stattfinden mussten, mit allen Möglichkeiten künftig zu vermeiden. Ich glaube, wir sollen dieses Haus nicht mit einem Festzelt, Bierzelt vergleichen, sondern hier geht es um Schicksale von Menschen in dieser Stadt. Daher bitte ich, manche verbalen Ausrutscher künftig wirklich zu vermeiden.

Wir haben uns auch vorgenommen - die Klubvorsitzenden haben dem auch so zugestimmt -, dass wir derartige Vorgänge rechtzeitig und dann auch in aller uns gebotenen Möglichkeit ahnden werden.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 04233-2011/0001 - KU/GM) wurde von Herrn GR Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(In der öffentlichen Debatte wurde in letzter Zeit immer wieder von einer Zweiklassenmedizin gesprochen, die es mit allen Mitteln zu verhindern gelte. Angesprochen wurden dabei angebliche Bevorzugungen von Sonderklassepatienten bei der Vergabe von Operationsterminen. Die politische Debatte blendet dabei die Tatsache fast vollständig aus, dass Zusatzversicherte die öffentlich vielfach eingemahnte Eigenvorsorge betreiben und gleichzeitig viel eigenes Geld in die öffentlichen Krankenhäuser leiten. Wie hoch sind die von den privaten Zusatzversicherungen in die im KAV verbundenen Spitäler geleisteten Zahlungen?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amts f StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lieber Herr GR Aigner! Sie fragen mich: Wie hoch sind die von den privaten Zusatzversicherungen in die im KAV verbundenen Spitäler geleisteten Zahlungen?

Ich kann Ihnen hier die letzte Zahl aus dem Jahr 2010 liefern. Da waren die geleisteten Zahlungen der Privatversicherungen für die Anstaltsgebühr, also die Zusatzversicherung, 30,1 Millionen EUR.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Dr Aigner gestellt. - Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Schönen guten Morgen, Frau Stadträtin! Ich danke herzlich für die Beantwortung der Frage.

Meine Zusatzfrage geht in die Richtung, ob es in Ihrem Sinn ist oder ob es geplant ist, den Anteil an Sonderklassezimmern in den öffentlichen Spitälern

mittelfristig anzuheben, weil ja die Gefahr besteht, dass die doch unter dem Aspekt auch der Ärztehonore lukrativen Operationen dann im privaten Bereich durchgeführt werden und im öffentlichen Spital dann sozusagen die nur von der Krankenversicherung bezahlten Operationen und Leistungen durchgeführt werden. Das ist ja ein Faktor, warum sogenannte Privatspitäler so gut abschneiden: weil sie natürlich relativ viel auf die Sonderklasse zurückgreifen können.

Ist es also geplant, den Anteil an Sonderklassezimmern im öffentlichen Bereich auszubauen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amts f StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat, das ist eine ganz klare und einfache Frage, die aber leider nicht so leicht mit Ja und Nein zu beantworten ist. Ich möchte zuerst vorausschicken, dass die Realität nicht ganz so ist, wie Sie es darstellen, weil ja die wirklich großen Operationen, die schweren Operationen, die Eingriffe, wenn man wirklich schwer krank ist, ausschließlich in den öffentlichen Spitälern stattfinden, weil ja auf Grund der Infrastruktur der Privatspitäler - und damit wir hier auch wissen, wovon wir reden: da reden wir jetzt nicht von den Ordenskrankenhäusern, die durchaus viel für die Versorgung leisten und ein Partner der Stadt sind, sondern von den richtigen Privatspitälern - das dort gar nicht stattfinden kann.

Dem Grunde nach bin ich sehr dafür, dass wir den Anteil der Privatversicherten in den städtischen Spitälern steigern - aber nicht auf Kosten derer, die keine Zusatzversicherung haben. Das ist sozusagen mein Hauptcredo. Und dazu muss man sagen, dass wir natürlich zwar dem Grunde nach eben Einbettzimmer und Zweibettzimmer in den Häusern haben - in Wien Nord werden wir nur über Ein- und Zweibettzimmer verfügen -, dort aber selbstverständlich, wenn die Notwendigkeit besteht, auch Menschen drinnen liegen, die keine Zusatzversicherung haben.

Und womit ich wirklich Probleme hätte, ist, zu sagen, auf der einen Seite haben wir da oder dort Engpässe, auf der anderen Seite lassen wir sogenannte Klassezimmer leer stehen und warten, bis ein Klassepatient oder eine Klassepatientin kommt.

Darüber hinaus sieht ja die Gesetzeslage vor - und das ist eine bundesgesetzlich bestimmte Rechtslage, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann; ich halte sie für richtig -, dass die Zusatzversicherung nur - ich sage es jetzt ein bisschen einfach - schönere Vorhänge, Zeitungen, Ambiente möglich macht, aber nicht einen früheren Termin. Das ist gesetzlich so geregelt, und es ist auch meine Meinung, dass diese Regelung richtig ist. Ein früherer Termin ist aber das, was sich Zusatzversicherte Patientinnen und Patienten wünschen - und das ist im öffentlichen System richtigerweise nicht möglich.

Daher glaube ich, dass auf Grund dieses Umstandes die Grenzen eigentlich gesetzt sind. Aber nachzudenken darüber, wie der Anteil der sonderklasseversicherten Patientinnen und Patienten erhöht werden kann, davon

halte ich sehr viel.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Frau GRin Korosec gestellt. - Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Frau Stadträtin, wir haben ja jahrelange Diskussionen über Operationszeiten geführt, und die Wiener ÖVP hat immer wieder verlangt, dass es hier Wartelisten gibt, dass das aufgezeigt wird. Das war eine sehr, sehr lange und mühsame Diskussion. Aber letztendlich sind Sie dem dann ja beigetreten, und seit 2008 gibt es diese Wartelisten. Inzwischen gibt es auch – seit Juli dieses Jahres - ein Bundesgesetz.

Diese Wartelisten sind nun zwar vorhanden, aber sie sind derzeit für den Patienten nicht einsehbar. Jetzt gibt es aber, wenn man nachfragt, immer wieder die Meinung, auch im KAV, man könnte das durchaus im Internet zugänglich machen. Meine konkrete Frage ist nun: Haben Sie das vor und in welchem Zeithorizont?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Wir werden selbstverständlich das Krankenanstaltengesetz, wenn das jetzt im Bundes-KAG so vorgesehen ist, dementsprechend adaptieren. Es war ja Wien das Vorbild für diese bundesweite Regelung.

Ich sehe in der Veröffentlichung durchaus datenschutzrechtliche Probleme, aber natürlich auch die Problematik - dieses Thema diskutieren wir ja auch immer wieder im Gesundheitsausschuss, und in dieser Hinsicht ist uns das auch vollkommen klar -, dass die medizinische Frage über den Zeitpunkt der Operation entscheiden muss. Und wenn ich eine planbare Operation habe und dafür einen Termin bekommen habe, dann aber akute Fälle – Sie nicken, ich sage den Satz trotzdem fertig – hereinkommen, dann bedeutet das - und das ist wahnsinnig unangenehm für den Patienten/die Patientin, der/die eigentlich einen Termin hat -, dass das möglicherweise verschoben werden kann. Und ich glaube nicht, dass sozusagen da durch eine Veröffentlichung irgendwie mehr Sicherheit geschaffen werden kann.

Wir können immer besser mit diesem System umgehen, es kommt zu immer weniger Verschiebungen. Die Hauptproblematik, die wir derzeit haben, ist der Anteil jener Patientinnen und Patienten - ich sage es jetzt, es ist keine angenehme Sache -, die zum ausgemachten Operationstermin einfach nicht kommen. Das sind nicht ein, zwei, sondern das ist eine erkleckliche Zahl, und das macht es sozusagen sehr, sehr schwierig, zu organisieren.

Aber um Ihre Frage ganz klar zu beantworten: Wir werden das Bundes-Krankenanstaltengesetz, das auf Grund des Vorbildes des Wiener Systems geschaffen wurde, selbstverständlich umsetzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage wird von Frau GRin Dr Pilz gestellt. - Bitte schön.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau

Stadträtin!

Im Jahr 2007 wurde auf eine Initiative der GRÜNEN beim Verfassungsgerichtshof eine Gesetzesänderung für die Stadt Wien empfohlen und dann auch umgesetzt, die bedeutet, dass einerseits die Ärzteschaft im AKH endlich erstmalig einen Infrastrukturbeitrag aus den Privathonoraren, die sie lukriert, abliefern muss, und andererseits die privaten Abrechnungsgesellschaften – Vereine, wo man nicht hineinschauen kann - ersetzt wurden durch ein System, das zwar von der Ärztekammer kontrolliert wird, mit dem es aber jedenfalls eine Struktur gibt, durch die Ordnung in die Abrechnung dieser Privathonorare gekommen ist.

Meine Frage an Sie ist jetzt: Ist das Ziel, mehr für den Krankenanstaltenverbund zu lukrieren, erreicht worden, und ist Transparenz hinsichtlich der gerechten Verteilung dieser Honorare jetzt gegeben?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Die Antwort fällt zweischneidig aus: Auf der einen Seite ist die Transparenz gegeben. Es ist auch derzeit gerade eine Kontrollamtsprüfung im Laufen, weil wir ja diese Möglichkeit vorgesehen haben, wo auch die Ärztekammer in der Abrechnung überprüft wird. Ich kenne noch keinen Bericht, aber das werden wir dann gemeinsam im nächsten Jahr diskutieren können.

Was die Frage der Einnahmen für den KAV betrifft, ist es so, dass die Zahl der Privatpatientinnen und Privatpatienten im AKH seit dieser neuen Regelung leider zurückgegangen ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 4. Zusatzfrage wird von Herrn GR Prof Dr Frigo gestellt. - Bitte schön.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Der Rechnungshofbericht 2010, damals im Zusammenhang mit den Orthopädiern, hat ja die Geschichte mit den Sonderklassepatienten schon kritisiert, dass im öffentlichen Bereich, also im KAV, der Anteil mit 7 Prozent relativ klein ist.

Meine Frage stößt noch einmal in die Kerbe von Dr Aigner: Gibt es jetzt einen konkreten Plan, die Sonderklassebetten zu erhöhen, auch im Zusammenhang mit der Reduktion der Akutbetten?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Nein, es gibt keinen Plan, Sonderklassebetten anstelle von Akutbetten zu schaffen, denn Sonderklassebetten sind Akutbetten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Anfrage.

Wir kommen nun zur 2. Anfrage (*FSP - 04232-2011/0001 - KVP/GM*). Sie wurde von Frau GRin Ingrid Korosec gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. (*Die Wiener Seniorinnen und Senioren stellen laut Kontrollamtsbericht ein Drittel der Jahreskartenbesitzer und fallen bei der Tarifreform der Wiener Linien durch*

den Rost, denn bisher betrug die Ermäßigung 50% (224 EUR gegenüber 448 EUR). Ab Mai 2012 beträgt die Ermäßigung nur noch knapp über 40% (224 EUR gegenüber 365 EUR). Zudem soll das Zugangsalter alle zwei Jahre um ein Jahr angehoben werden. Offensichtlich sieht die rot-grüne Regierung die Wiener Seniorinnen und Senioren als Melkkühe der Stadt an und hat nichts dagegen, dass die Generation der Großeltern die Preiser-mäßigung bei den anderen Gruppen überproportional stark mittragen soll. Werden Sie sich dafür einsetzen, den Seniorinnen und Senioren weiterhin eine Ermäßigung von 50% bei den Jahreskarten zu gewähren, indem der Preis auf 182,50 EUR gesenkt wird?)

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Kollegin fragt nach der Regelung Senioren und Seniorinnen betreffend bei der neuen Vereinbarung über die Tarife der Wiener Linien.

Frau Kollegin, bei allem Respekt vor Ihren Bemühungen: Angesichts der Seniorenermäßigung, die es seit vielen Jahren in der Stadt Wien gibt und die in dieser extrem günstigen Form, so meine ich, europaweit einzigartig ist, nämlich mit 224 EUR das ganze Jahr über rund um die Uhr fahren zu können, halte ich den Begriff Aussackeln, den Sie verwendet haben - oder es ist zumindest in den Medien so dargestellt worden, da wurde dieser Begriff in dem Zusammenhang verwendet; ich will ihn nicht Ihnen unterstellen -, doch für einen sehr politisch motivierten Vorwurf.

Ich denke – nicht, ich denke, sondern wir können es auch nachweisen, man braucht sich nur die europaweiten Regelungen anzuschauen -, dass Senioren, Seniorinnen um diesen extrem günstigen Preis praktisch das ganze Jahr über fahren können, ist europaweit einzigartig. Und ich denke, es ist ein ganz großer Erfolg und auch ein sehr positives Signal gegenüber der älteren Generation, dass dieser Tarif so beibehalten und in keinsten Weise verändert wird.

Man muss ja generell sehen - Sie wissen es -, die Seniorenregelung, Seniorenermäßigung gilt seit 1.6.1992, und es ist dieser Tarif das letzte Mal 2007 erhöht worden. Das heißt, wenn jetzt hier klargelegt wurde, dass die Seniorenermäßigung so bleibt, wie sie ist, und nicht erhöht wird, so ist das, denke ich, ein wirkliches Signal in Richtung der älteren Generation, dass sie weiter von der Stadt hoch geschätzt wird und auch entsprechend unterstützt wird.

Warum es eine Änderung im Zusammenhang mit der Seniorenregelung geben musste, wissen wir alle: Es hat einen Verfassungsgerichtshofentscheid gegeben, dass das unterschiedliche Antrittsalter sozusagen für diese Ermäßigung nicht mehr rechtens war.

Ich persönlich finde, das ist ein Beispiel dafür, dass formale Gleichbehandlung nicht wirklich auch inhaltliche Gleichbehandlung sein muss, denn wir wissen, dass viele Frauen viel weniger verdienen und damit auch die Pensionen der Frauen niedriger sind. Ich bin persönlich nach wie vor der Meinung, dass hier eine

unterschiedliche Behandlung im Sinne einer positiven Diskriminierung, wie sie in anderen Fällen auch rechtens ist, absolut gerechtfertigt gewesen wäre. - Aber darüber braucht man nicht zu diskutieren. In Wien jedenfalls werden Verfassungsgerichtshofentscheidungen selbstverständlich zur Kenntnis genommen und umgesetzt.

Genauso ist es hier auch. Die Regelung ist bekannt. Wir haben jetzt - und das ist ein Vorteil für viele - die Antrittsalter sozusagen für diese so günstige Ermäßigung auf 60 Jahre herabgesetzt und werden dann zu dem Ziel, das vor allem ja auch Ihre Partei immer wieder vertritt, nämlich das faktische Pensionsantrittsalter und auch generell das Pensionsantrittsalter zu erhöhen, parallel agieren und sehr langsam, sehr vorsichtig, mit einer großen Übergangsfrist von zehn Jahren, schrittweise dieses Antrittsalter anheben, parallel also mit der Anhebung auch des generellen Pensionsantrittsalters.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass ich der Meinung bin, dass die Tatsache, dass diese Seniorenermäßigung, die seit 2007 nicht erhöht wurde, wiederum nicht erhöht wurde, ein klares Signal in Richtung Unterstützung der älteren Generation ist, dass wir großen Wert darauf legen, dass viele von ihnen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, mobil sein können, und dass wir ja für die sozial schwachen Älteren, also für unsere Mindestrentner und Mindestrentnerinnen, denen meine ganz besondere Aufmerksamkeit gilt, vor mehreren Jahren den Mobilpass eingeführt haben, der sehr erfolgreich ist. Wir haben mittlerweile über 90 000 ausgestellte Mobilpässe, und fast 10 000 der InhaberInnen sind Mindestrentner und Mindestrentnerinnen. Ich darf die Gelegenheit nutzen, diejenigen, die ihn bisher noch nicht beantragt haben, einzuladen, das zu tun, denn jeder, der Mindestpensionist oder -pensionistin ist, wie es viele sind, hat den Rechtsanspruch auf diesen Mobilpass. Das ist, denke ich, eine ganz besondere Unterstützung, die nicht am Alter ansetzt, sondern an der Frage der sozialen Lage, die uns ja allen miteinander besonders am Herzen liegt und die uns bei älteren Personen ganz besonders wichtig ist. Und viele, viele Tausend MindestpensionistInnen kommen ja auch schon in den Genuss dieses ganz extrem günstigen Mobilpasses.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage wird von Frau GRin Korosec gestellt. - Bitte schön.

GRin Ingrid **Korosec** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Sie haben richtig erwähnt, dass das Verfassungsgerichtshofurteil Sie zum Handeln gezwungen hat. Es war ja nicht so, dass Sie die Veränderung, die Gleichstellung von Männern und Frauen, selbst wollten.

Ich bin da nicht Ihrer Meinung, sondern ich bin natürlich der Meinung, dass Gleichbehandlung zu erfolgen hat, und das ist mit 60 Jahren jetzt auch richtig.

Tatsache ist, dass die Jahreskarten verbilligt wurden,

aber für Seniorinnen und Senioren nicht. Das ist erstens einmal eine Schlechterstellung von 10 Prozent.

Zum Zweiten: Es ist eine Valorisierung festgelegt worden. Das heißt, bereits im nächsten Jahr wird es möglicherweise schon zu Verteuerungen kommen.

Und zum Dritten: Es ist auch das Pensionsalter angehoben worden. Das heißt, in 2 Jahren bekommen Frauen, die bisher mit 60 Jahren die Jahreskarte gehabt haben, das erst mit 61. Das heißt konkret, Frau Vizebürgermeisterin: Da haben Sie die Frauen im Stich gelassen. Das kann man jetzt schönreden, aber Faktum ist es.

Zum Zweiten, und das ist meine Frage: Es gibt diese Jahreskarte für Senioren, die ja auch sehr stark angenommen wird – 30 Prozent der Jahreskarten werden ja von Senioren genommen, und in Zukunft werden es wahrscheinlich sogar noch mehr sein. Es gibt dann auch den Zwei-Fahrten-Fahrschein. Interessanterweise wurde verhandelt, aber gerade dieser Zwei-Fahrten-Fahrschein, der von vielen Seniorinnen und Senioren genutzt wird - und zwar ungefähr drei Millionen Fahrkarten werden hier jährlich vergeben -, ist noch nicht verhandelt. Allerdings habe ich gestern eine E-Mail - und das möchte ich Ihnen jetzt vorlesen - von einem Herrn bekommen, der bei den Wiener Linien angefragt hat, und da wurde ihm vom Kundendienst mitgeteilt, dass dieser Fahrschein voraussichtlich - es ist nicht gesagt worden, dass es so ist, aber voraussichtlich - auf 2,60 EUR erhöht wird. Wenn das also tatsächlich der Fall wäre, würde das heißen, dass die Seniorinnen und Senioren noch einmal mit einer Erhöhung um 13 Prozent belastet werden.

Ich kann das nicht glauben, und daher meine konkrete Frage an Sie, Frau Vizebürgermeisterin: Werden Sie das verhindern, dass dieser Fahrschein von 2,30 EUR erhöht wird, oder werden Sie vielleicht sogar dazu beitragen, dass dieser Fahrschein verbilligt wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich habe bei der Präsentation der Eckpfeiler dieser neuen Tarifregelung sehr deutlich gesagt, dass es viele, viele Tarife gibt, die jetzt in dieses neue System eingepasst werden müssen, denn wir brauchen ja - das ist leichter gesagt, aber ein äußerst komplexer Prozess - ein in sich logisches System. Es muss ja bei so einem äußerst komplexen Modell – im Übrigen äußerst erfolgreichen Modell, denn wenn man sich den Modal-Split in Wien ansieht, so beneidet uns die Welt darum, und wenn man sich ansieht, wie viele Menschen eine Jahreskarte haben, sind wir auch hier absoluter Rekordhalter anderen Tarifvereinigungen gegenüber - dieses in sich logische und äußerst komplexe Modell natürlich weiter beibehalten werden.

Und deswegen - und diese Antwort gebe ich Ihnen jetzt auch - müssen jene Eckpfeiler, die noch nicht festgelegt und noch nicht bekannt gegeben wurden, in dieses Modell auch eingepasst werden. Das muss ja zusammenpassen, damit nicht der eine oder der andere womöglich abgeschreckt wird, ein öffentliches

Verkehrsmittel zu benutzen, denn das wäre ja genau das Gegenteil von dem, was wir wollen.

Nur, Frau Kollegin: Das Grundprinzip, das jetzt auch bei Ihrer Zusatzfrage durchschwingt, ist eines, das ich nicht teilen kann. Sie haben auch - um das noch einzuschieben, weil ich es nicht unwidersprochen lassen möchte - so vorwurfsvoll gesagt, wir wären zu dieser Änderung gezwungen worden. Ja, das stimmt, ich bekenne mich dazu, dass ich glaube, dass formale Gleichbehandlung nicht immer inhaltliche Gleichbehandlung bedeutet - sonst würde es nicht Gleichbehandlungsgesetze geben, wonach bei gleicher Qualifikation Frauen bevorzugt werden, und vieles andere mehr -, weil wir wissen, dass Frauen immer noch weniger verdienen, weil wir wissen, dass Frauen geringere Pensionen haben. Und viele von denen, die in den Genuss des Mobilpasses kommen, weil sie eben MindestrentnerInnen sind, sind auch Frauen. Da könnte man jetzt auch sagen: Das ist eine Benachteiligung! Warum sind das nicht mehr Männer? – Nun, weil eben leider die Frauen nach wie vor weniger verdienen. Und deswegen bin ich froh, wenn viele Frauen - und ich hoffe, dass alle auch über das Angebot informiert sind - als Mindestrentnerinnen auch den extrem günstigen Mobilpass in Anspruch nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber zurück zur Grundsatzfrage. - Den Schluss, den Sie vollziehen, kann ich leider überhaupt nicht teilen. Und ich glaube, das kann ja niemand bestreiten: Die Senioren und Seniorinnen haben ein extrem günstiges Angebot. Ich darf Ihnen vielleicht noch vorrechnen: Diese 224 EUR im Jahr bedeuten, dass die Senioren und Seniorinnen in dieser Stadt um 61 Cent pro Tag mit dem tollen Angebot der Wiener Linien unterwegs sind. 61 Cent pro Tag, das ist ein extrem günstiges Angebot!

Jetzt war die Reform der Tarife getragen von den Gedanken: Wie können wir noch mehr Menschen dazu bringen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen? Da sind - und das muss man halt in dem Zusammenhang auch sagen - viele dabei, die kein besonders hohes Einkommen haben, die unter Umständen vielleicht sogar weniger Einkommen haben als manche der Senioren oder Seniorinnen, die dieses günstige, extrem günstige Angebot jetzt schon in Anspruch nehmen und die super günstige Seniorenermäßigung haben. Das heißt, man hat überlegt: Wie kann man die breite Masse der Menschen noch mehr dazu bringen, die Wiener Linien in Anspruch zu nehmen? - Und so ist diese 365-EUR-Karte entstanden. Sie kennen den Gedanken: 1 EUR pro Tag. Unsere Senioren und Seniorinnen zahlen 61 Cent pro Tag, haben also nach wie vor eine viel günstigere Regelung.

Und jetzt zu sagen, deswegen, weil andere auch eine günstige - noch immer nicht so günstige, aber eine günstige - Regelung bekommen, sind diejenigen, die ihre extrem günstige Regelung weiter haben, benachteiligt!, das halte ich für einen Schluss, der nur politisch motiviert sein kann. Denn eine andere Begründung wäre die, dass man mit dem Neidgedanken spielt, und das möchte ich Ihnen, wo ich Ihr soziales Engagement doch kenne, ganz sicher nicht unterstellen.

Insofern finde ich, dass man diesen Schluss so nicht ziehen kann. Wir haben eine extrem günstige Regelung für die Senioren und Seniorinnen. Diese ist, obwohl seit Jahren nicht angepasst, weiter so geblieben. Und gleichzeitig haben wir für eine andere große Gruppe eine zwar nicht ganz so günstige, aber ebenfalls sehr günstige Regelung gefunden. Und insofern glaube ich, dass das etwas ist, was allen dienlich ist und was allen zugute kommt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ellensohn gestellt. - Bitte schön.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich freue mich immer, wenn wir über die Tarife bei den Wiener Linien sprechen können. Die Frage ist seit gestern ein klein wenig abgehandelt worden. Aber die Österreichische Volkspartei ist dafür eingetreten, dass die Jahreskarte insgesamt teurer wird. Der Verkehrssprecher der letzten Jahre, Herr Gerstl, der in den vergangenen Tagen seinen 50er gefeiert hat, zu dem ich ihm auch in diesem Punkt hier gratulieren möchte, hat öffentlich gesagt, die Jahreskarte muss teurer werden! Und wenn man dann 50 Prozent Verbilligung gibt, wäre es viel mehr als das, was jetzt herauskommt. Da auch die Senioren und Seniorinnen nicht Prozente bezahlen, sondern Euro bezahlen, sind diese 224 EUR weniger, als im Gespräch war, und auch sehr viel weniger, als die Österreichische Volkspartei selber gefordert hat.

Aber das ist nicht meine Frage, sondern: Öffentliche Verkehrsmittel macht man unter anderem auch mit der Preisgestaltung attraktiv, aber nicht nur mit dieser. Welche zusätzlichen Maßnahmen werden denn getroffen, damit für Senioren und Seniorinnen, vor allem in höherem Alter, öffentliche Verkehrsmittel auch leicht benützlich sind?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Das ist ein richtiger Hinweis, denn der Preis ist das eine, aber wenn man zum Beispiel - ich habe das bei meiner eigenen Mutter miterlebt - bei einer Straßenbahn die hohen Stufen nicht mehr nehmen kann, dann nützt ein noch so günstiger Preis nichts. Deswegen war ja eine der Herausforderungen - Schwierigkeiten gibt es ja nicht, es gibt ja nur Herausforderungen - der Tarifarbeitsgruppe, all dies unter einen Hut zu bringen: einerseits möglichst günstige Tarife für möglichst viele Menschen anzubieten, damit zu motivieren, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, trotzdem ein stringentes neues System zu finden und - und Sie wissen, dass mir das ein ganz großes Anliegen oder ein besonders großes Anliegen war - die Investitionsfähigkeit und die Qualitätsverbesserungen bei den Wiener Linien weiter aufrechtzuerhalten. Dazu gehört, dass neue Waggons bestellt werden können, neue Züge bestellt werden können - Stichwort Bombardier; Hunderte von Arbeitsplätzen, die wir damit als Stadt sichern können. Und ganz wichtig ist natürlich eine möglichst leichte Zugänglichkeit der gesamten

Verkehrsmittel für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und für ältere Menschen, die sich vielleicht mit dem Gehen, mit dem Einsteigen, mit hohen Stufen nicht mehr so leicht tun.

Deswegen steht ganz an der Spitze der Investitionen, die jetzt auch durch diese Tarifreform gesichert sind, die weitere Anschaffung von Niederflurstraßenbahnen und Niederflurautobussen. Wir sind ja da schon sehr weit, wir haben ja zum Teil auch schon eine sehr großzügige Ausstattung mit diesen Niederflurwägen. Ich glaube, das ist aus Sicht eines älteren Menschen das Allerwichtigste, dass man eben nicht so hoch hineinsteigen muss. Aber das ist nur ein Punkt neben vielen anderen.

Es sind auch die neuen durchgängigen U-Bahn-Züge, eben die V-Wägen von Siemens und die jetzt bereits angesprochen T1-Wägen von Bombardier, die wir jetzt bestellen können, wichtig, damit man sich auch innerhalb eines Waggons entsprechend bewegen kann.

Aber, und auch das darf man nicht unterschätzen, für die ältere Generation ist das Thema Sicherheit von ganz zentraler Bedeutung. Das ist natürlich auch für uns Frauen wichtig, aber ich weiß aus vielen Gesprächen, dass es auch für die Älteren wichtig ist. Deswegen werden alle zukünftigen U-Bahnen, die wir neu ankaufen, mit Videoüberwachung ausgestattet sein, aber auch in den Stationen bauen wir diese bekanntlich aus. Wir rüsten mit Aufzügen nach - auch wichtig für die ältere Generation, aber natürlich auch für Familien mit Kindern oder für Menschen, die sonstige Schwierigkeiten mit dem Gehen haben. Diese Aufzüge sind auch alle hell und einsichtig - dies wieder zum Stichwort Sicherheit.

Und - ich nehme jetzt nur einige Beispiele, sonst wird es zu lang - um die Menschen auch über all das entsprechend informieren zu können, bauen wir die elektronische Fahrgastinformation an rund 500 Stationen aus und werden auf diese Weise dafür sorgen, dass die Wiener und Wienerinnen noch besser als bisher informiert sind. Ich habe auch den Auftrag erteilt, weil es mir ein persönliches Anliegen ist, dass man auch die Ansagen in den Stationen neu überarbeitet, denn diese sind manchmal sehr gut gemeint, aber leider unverständlich. Und deswegen wird auch das alles überarbeitet - es wird nicht von einem Tag auf den anderen gehen, weil auch das viel komplexer ist, als es im ersten Moment klingt. Man könnte meinen, na ja, sagen wir es halt neu!, aber es ist viel komplizierter. Aber auch das wird überarbeitet.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mahdalik gestellt. - Bitte schön.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie haben in der ersten Beantwortung betont, dass die letzte Erhöhung bei den Senioren 2007 - das haben Sie extra betont - stattgefunden hat. Es hat so geklungen, als wäre das 1982 gewesen, aber für mich liegt 2007 noch nicht so lange zurück, und auch für die Seniorinnen und Senioren nicht. Das wird sie also nicht sonderlich beruhigen, dass nach wenigen Jahren die Preise in diesem Fall nicht in die Vergünstigungsschiene

der SPÖ und der GRÜNEN hineingefallen sind.

Aber abgesehen von den Senioren würde mich eines interessieren, was eine andere Schieflage bei der Tarifgestaltung betrifft: Die Radln werden künftig gratis transportiert werden können, dafür wird der Einzelfahrschein empfindlich teurer. Und wir wissen, in Wien gibt es 300 000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, und an die 100 000 Sozialhilfebezieher - die sind weit davon entfernt, sich eine Monats- oder auch eine Jahreskarte leisten zu können. Die sind, wenn sie hie und da mit der Straßenbahn oder mit der U-Bahn fahren wollen, auf den Einzelfahrschein angewiesen, der für sie jetzt noch weniger leistbar ist als vorher.

Sie verwehren damit zehntausenden Menschen den Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz - außer sie fahren schwarz -, dafür werden die Radln gratis transportiert werden können. Finden Sie diese Maßnahme sinnvoll und sozial gerecht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ja, ich finde diese Maßnahme sinnvoll, weil Sie leider - bewusst oder unbewusst - hier etwas gesagt haben, was in dieser Form nicht stimmt. Sie sagen, Sozialhilfebezieher müssen sich jetzt diesen 2-EUR-Fahrschein kaufen. Das ist nicht richtig - abgesehen davon, dass wir keine Sozialhilfebezieher mehr haben, sondern Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Und die Bezieher der bedarfsorientierten Mindestsicherung haben Anspruch auf den Mobilpass, und mit diesem Mobilpass können sie um wirklich sehr günstige 15 EUR pro Monat rund um die Uhr, ohne jedes Mal einen Fahrschein zwicken zu müssen, ohne sich etwas Neues kaufen zu müssen, unterwegs sein. Das ist genau das, was ich vorher gesagt habe, denn da fällt natürlich auch diese Gruppe der Mindestrentner hinein. Die Idee der bedarfsorientierten Mindestsicherung war ja, eine einheitliche Armutsgrenze festzulegen, und all die, die eben an dieser Grenze sind, bekommen die Vergünstigungen. Davon ist der Mobilpass nur eine. Das werden Sie ja sicher wissen, dass es viele andere Vergünstigungen auch noch gibt, aber jetzt reden wir über die Wiener Linien.

Der Grundgedanke dieser Reform war, jawohl, Vielfahrer und Vielfahrerinnen insofern zu begünstigen, als natürlich das Ziel des Unternehmens aus unternehmenspolitischer, aber auch aus verkehrs- und umweltpolitischer Sicht ist, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich eine Jahreskarte zu kaufen. Das stimmt, denn mit dieser Jahreskarte fahren sie dann um 1 EUR am Tag und müssen nicht den schon bisher teureren Einzelfahrschein, der aus vielen Gründen teurer ist, lösen. Und natürlich ist das Ziel, dass möglichst viele Leute sich die Jahreskarte auch kaufen und damit die Möglichkeit haben, sehr, sehr günstig durch Wien zu kommen, und dass wir damit noch mehr dazu bringen, die Öffis zu benutzen.

Wir wissen, dass ein Großteil derer, die diesen Einzelfahrschein kaufen, Touristen und Touristinnen

sind. Da kann man jetzt natürlich auch sagen: Na ja, warum sollen die nicht auch in den Genuss einer Vergünstigung kommen? - Da sage ich Ihnen aber ganz ehrlich: Ich finde das Geld der Wiener Steuerzahler schon sinnvollerweise darin investiert, dass wir den wirklich sozial Schwachen eine extrem günstige Regelung mit dem Mobilpass bieten und den vielen, die in Wien arbeiten und die hier jedes Mal mit der Straßenbahn oder mit der U-Bahn fahren, ein extrem günstiges Angebot machen. Und für die Touristen und Touristinnen - und das ist die überwiegende Gruppe - ist, denke ich, dieser Einzelfahrschein immer noch ein gutes Angebot.

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang berichten - das hat mich selber überrascht und es ist eine spannende Information -: Bei unserer letzten Tourismusanalyse, wo wir geschaut haben, was denn für die Touristen so attraktiv ist, dass sie nach Wien kommen, sind nicht überraschenderweise Schönbrunn, Ringstraße, Oper ganz an der Spitze gestanden, aber - Sie werden es nicht glauben - schon an dritter Stelle der gut funktionierende öffentliche Verkehr und der preiswerte öffentliche Verkehr. Also ich glaube, für die Touristen und Touristinnen - und das ist die große Gruppe, die diesen Einzelfahrschein kauft, oder eine! große Gruppe, denn natürlich sind es nicht sie alleine - ist das absolut zumutbar.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 4. Zusatzfrage wird von Frau GRin Korosec gestellt. - Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterin!

Ich muss meine Frage wiederholen, denn Sie haben sie überhaupt nicht beantwortet. Es ging um den Zwei-Fahrten-Fahrschein für Seniorinnen und Senioren, wo ich Ihnen gesagt habe, dass drei Millionen davon Gebrauch gemacht haben und dass natürlich für Seniorinnen und Senioren dieser Zwei-Fahrten-Fahrschein wichtig ist, weil eben viele keine Jahreskarte brauchen. Dieser Fahrschein kostet derzeit 2,30 EUR. Ich habe Ihnen eine Mail vorgelesen, wonach die Auskunft der Wiener Linien war, dass das wahrscheinlich auf 2,60 EUR erhöht wird.

Und meine Frage an Sie war konkret: Können Sie ausschließen, dass es hier zu einer Verteuerung kommt, beziehungsweise werden Sie dafür eintreten, dass das eventuell sogar auch verbilligt werden könnte?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Ich habe Ihnen die Frage beantwortet, Frau Kollegin. Ich wiederhole es aber sehr gerne. Ich habe sogar wortwörtlich gesagt, ich wiederhole hier, was ich auf der Pressekonferenz gesagt habe, nämlich dass die noch nicht festgelegten Tarife in einzelnen Bereichen - und das sind viele, da ist die Touristenkarte dabei, da gibt es viele, viele Karten, die noch festzulegen sind, das ist so eine lange Liste - jetzt in das Gesamtsystem und in die einzelnen Eckpfeiler, die vereinbart und bekannt gegeben sind, eingepasst werden müssen. Dazu gehört dieser Fahrschein. Das heißt, wie der verändert wird, ist noch nicht fix. - Das

habe ich vorher sehr deutlich gesagt. Aber ich wiederhole es gerne für Sie.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Wir kommen nun zur 3. Anfrage (FSP - 04229-2011/0001 - KGR/GM). Sie wurde von Frau GRin Dr Pilz gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. *(Das Wiener Geriatriekonzept wird umgesetzt. Zuletzt fand die Eröffnung des Pflegewohnhauses Meidling statt. Wie ist der derzeitige Umsetzungsstand des Neubauprogramms im Bereich der Pflegewohnhäuser?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau Gemeinderätin! Sie fragen mich, wie der ganz aktuelle Stand der Umsetzung des Geriatriekonzepts ist.

Wie Sie sagen, ist ja jetzt Meidling eröffnet worden. Erfreulicherweise sind wir mit allen Projekten im Plan. Wir werden das Pflegewohnhaus in Innerfavoriten im September des nächsten Jahres besiedeln. Es ist ein Haus für 265 Plätze. Wir werden Simmering im Februar 2012 weiter fertiggestellt haben. Wir sind in Baumgarten im September 2013 so weit, in Liesing im April des nächsten Jahres. Und in Donaustadt beginnen wir jetzt mit der Generalsanierung, und da ist derzeit der Plan, im August 2014 die Besiedlung vorzunehmen.

Das heißt, dass das Ziel, das wir gemeinsam festgelegt haben, nämlich dass es im Jahr 2015 keines der großen alten Pflegeheime mehr gibt, nicht nur der Plan war, sondern dass das auch umgesetzt wird und auch haltbar ist.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 1. Zusatzfrage wird von Frau GRin Dr Pilz gestellt. - Bitte sehr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Es ist schade, dass Herr GR Rösch jetzt nicht da ist, denn er hat im Ausschuss ... (*Widerspruch bei der FPÖ.*) - Wo ist er? - Ach, da ist er eh! Entschuldigen Sie, ich habe Sie nicht gesehen. Ja, es ist wichtig, dass Sie da sind. Sie haben nämlich im letzten Ausschuss etwas besprochen oder besprechen wollen, was ich für sehr, sehr wichtig halte, nämlich dass man nachschaut, wenn es Missstände gibt, dass sie aufgeklärt werden, dass man da hinterher ist, dass man dem nachgeht. Wir haben das ja vor einigen Jahren durch eine Untersuchungskommission rund um das Geriatriezentrum Am Wienerwald auch sehr, sehr betrieben, und es ist uns GRÜNEN sehr wichtig, dass man den Dingen nachgeht. Sie haben von 25 Fällen von Pflegemissständen gesprochen und versprochen, dass Sie der Frau Stadträtin darüber Auskunft geben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wann stellen Sie die Frage?*)

Ich möchte Sie jetzt fragen, Frau Stadträtin: Haben Sie diese Unterlagen bekommen? Und was ist dran an diesen Vorwürfen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Am 15.9. war der Gemeinderatsausschuss, wo Herr GR Rösch von diesen 15 bis 25 Fällen gesprochen hat, und ich habe damals

gleich im Ausschuss darum ersucht, mir das unmittelbar, sofort zu übermitteln, damit ich gleich die Behörden darüber informieren kann, um die Heimaufsicht in Gang zu setzen.

Ich habe dann keine Unterlagen bekommen und habe daraufhin am 19.9., also vier Tage nach dem Ausschuss, den ersten Brief an Herrn GR Rösch geschickt. Ich habe wieder nichts erhalten. Dann war am 7.10. die Möglichkeit, den nächsten Brief zu schreiben. Ich habe wieder keinerlei Reaktion darauf bekommen. Dann hat der nächste Ausschuss stattgefunden, da war Herr GR Rösch verhindert und entschuldigt, und ich habe dann am 19.10. den dritten Brief an Herrn GR Rösch geschrieben - in einem nicht mehr ganz freundlichen Ton, muss ich offen sagen -, mit der Bitte, mir unmittelbar und sofort die Unterlagen über die angeblichen Missstände zu übermitteln, weil mir das Thema: Wie geht man in dieser Stadt mit alten Menschen um?, ein ganz besonders wichtiges ist. - Ich habe bis heute keine einzige Information über keinen einzigen Fall.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. - Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Nepp gestellt. - Bitte schön.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sie dürfen sich ja über eine rege Bautätigkeit in Ihrem Ressort freuen. Sie bauen ja auch als Präsidentin des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser neue Häuser des Lebens, wie zum Beispiel eines in Döbling, in der Grinzinger Allee, das ich ja auch sehr begrüße. Dieses Haus ist ja nicht nur für Pensionisten gedacht, sondern auch als Multifunktionshaus - es soll ja darin auch ein Kindergarten entstehen.

Diesbezüglich ist meine Frage an Sie, ob es für den Betrieb dieses Kindergartens eine Ausschreibung gab, wie viele Bieter es gab, ob es einen Bestbieter gab - und, wenn es keine Ausschreibung gab, warum nicht, und: Stimmt es, dass dieser Kindergarten von den Wiener Kinderfreunden betrieben werden soll?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ein Blick in die Ressortaufteilung würde Ihnen zeigen, dass ich für sehr viel in dieser Stadt zuständig bin, aber nicht für den Betrieb von Kindergärten. Ich kann Ihnen definitiv sagen, dass der Kindergarten nicht vom Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser betrieben wird. Andere Fragen kann ich Ihnen mangels Zuständigkeit und Kompetenz nicht beantworten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. - Die 3. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ing Mag Dworak gestellt. - Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich beziehe mich auf das am 23.2.2007 beschlossene Geriatriekonzept, wonach das Geriatriezentrum Am Wienerwald eben geschlossen werden soll, und zwar bis zum Jahr 2015.

Jetzt habe ich auch im letzten Gemeinderatsausschuss nachgefragt, ob dieser Termin 2015 hält. Herr Direktor Paukner hat mir das bestätigt.

Jetzt gibt es aber offensichtlich Gerüchte, dass dieser Termin 2015 nicht hält - und damit natürlich auch Ihre Ankündigung in der OTS vom 23.2.2007, dass Sie bis 2015 schließen wollen; da heißt es: „2015 wird dieses Heim daher geschlossen“ -, dass jetzt der Pavillon 10 nicht bis 2015 geschlossen werden kann, sondern erst im Jahre 2017.

Damit sind Ihre Ankündigungen nicht richtig. Oder sehe ich das falsch?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat!

Wir sind mit der Bautätigkeit genau in dem Fortschritt, den ich vorher dargelegt habe. Dass es beim Bauen bisher erfreulicherweise zu keiner Verzögerung gekommen ist, aber das nicht ausschließbar ist, ist der Fall. Das weiß jeder, der zu Hause schon etwas umgebaut hat. - Also dem Grunde nach sind wir hier im Plan.

Die Fragen, denen wir uns jetzt widmen, betreffen das Thema der Generalsanierung des Spitals, wo es um die Frage geht: Wie kommen wir von dieser Struktur zu einer wirtschaftlichen, zukunftssträchtigen Struktur? Wie ist das möglich? Und da kann es möglich sein, dass Teile des frei gewordenen Areals, wo jetzt Langzeitpflege ist, die aussiedelt, als Übergangsquartier nutzbar gemacht wird für den Bereich des Spitals. Das ist aber jetzt noch in Planung, und es ist zu früh, dass ich Ihnen eine wirklich valide Antwort darüber geben kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. - Die 4. Zusatzfrage wird von Frau GRin Dr Pilz gestellt. - Bitte sehr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Stadträtin! Rund um die Debatte um das Geriatriezentrum Am Wienerwald war immer wieder auch die Kostenfrage eine ganz wichtige. Und die Frage war: Wie viel wollen wir uns denn leisten für die Pflege alter Menschen? Es hat auch Stimmen gegeben, die gesagt haben, neue, moderne Pflegewohnhäuser kosten sehr viel, denn da haben alle Ein- und Zweibettzimmer. Die Frage: Wie viel wollen wir uns für alte Menschen leisten?, ist auch eine Wertigkeit in dieser Stadt.

Jetzt frage ich Sie: Wie sind denn im Vergleich die Kosten für ein Bett, einen Platz für einen Bewohner/eine Bewohnerin in den neuen Häusern im Vergleich zu den alten Bauten, den alten, eher doch ungeeigneten Häusern, wo es immer noch Vierbettzimmer gibt und früher Achtbettzimmer gab? Wie ist da der Kostenvergleich? Was kostet jetzt was für die Stadt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Frau GRin Dr Pilz!

Wir können jetzt schon, ohne noch wirklich valide Daten zu haben - weil man einfach ehrlich sagen muss, das erste Pflegewohnhaus ist im September in Betrieb gegangen, und daher haben wir nicht einmal noch ein Jahr so richtig mit Vollbetrieb, wo man das ganz sicher

sagen kann -, mit Sicherheit eines sagen, nämlich dass die neuen Häuser deutlich günstiger und kostengünstiger zu betreiben sind als die alten Anlagen. Das liegt einfach daran, dass die Struktur eine andere ist. Das liegt aber natürlich auch daran, dass es dort nicht kilometerweise Grünraum gibt. Es ist sehr wohl Grünraum vorhanden und es besteht die Möglichkeit für alle Bewohnerinnen und Bewohner, ins Grüne zu gehen, aber es ist eben sozusagen nicht ein ganzer Park und ein ganzes Areal. Es ist eine verdichtete Bauweise, wie das in der Leopoldstadt und in Meidling der Fall ist.

Wir können jetzt daher definitiv schon sagen, dass eines der Ziele des Geriatriekonzeptes - neben der besseren wohnlichen Qualität für die Bewohnerinnen und Bewohner - aufgegangen ist, nämlich dass der Tagsatz, der reale Tagsatz in diesen Häusern ein deutlich geringerer ist als in den alten Häusern.

Ich muss allerdings gleich eine schlechte Nachricht anhängen: Es wird natürlich jetzt der ganz reale Tagsatz in den alten Häusern immer höher werden, denn auf Grund der Absiedlung, zum Beispiel aus dem Geriatriezentrum Am Wienerwald, werden dort immer weniger Bewohnerinnen und Bewohner leben und daher die Nebenkosten sich auf immer weniger Köpfe aufteilen. Das heißt, der reale Tagsatz wird dort noch sehr stark in die Höhe gehen. Das ist aber bei solchen Transformationsprozessen nicht anders möglich.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Wir kommen nun zur 4. Anfrage (*FSP - 04228-2011/0001 - KFP/GM*), die von Herrn GR Mag Gudenus gestellt und an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet ist. (*In der Zeit von 1972 bis 1978 haben im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg, 16, Savoyenstraße 2, unglaubliche Zustände geherrscht. Der Bericht der Kinder- und Jugendanwaltschaft belegt, dass sich bereits 336 Opfer gemeldet haben. In diesen Heimen wurden Kinder und Jugendliche systematisch und wiederholt körperlich misshandelt. Die MA 11 hatte damals die Oberaufsicht über die Kinderheime der Stadt Wien. Die entsprechenden Unterlagen sind dem Wiener Archivinformationssystem zu entnehmen. Werden Sie, Herr amtsführender Stadtrat, alles Ihnen Mögliche unternehmen, um die entsprechenden Akten aus dem Archivinformationssystem zu sichern, um damit die Verantwortung der damals zuständigen Personen in der MA 11 aufklären zu können?*)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich kann Ihnen versichern, dass die bekannt gewordenen Vorwürfe - und das nicht erst seit gestern - mich genauso wie viele Bürgerinnen und Bürger in der Stadt selbstverständlich tief betroffen machen, und ich sage auch, tief betroffen machen müssen.

Gerade weil wir dieses Unrecht, das ehemaligen Kindern und Jugendlichen insbesondere in der Nachkriegszeit in Heimen der Wiener Jugendwohlfahrt widerfahren ist, anerkennen und auch Verantwortung für

die erlebte Gewalt übernehmen wollen, haben wir hier im Gemeinderat ja am 15.12.2010 sowie am 29.9.2011 das Projekt „Hilfe für Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt“ beschlossen. In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 11, der Kinder- und Jugendanwaltschaft und dem Weissen Ring soll Betroffenen durch psychosoziale Angebote geholfen werden, sie sollen finanziell entschädigt werden, und es soll letztendlich auch ihrer Geschichte Gehör verschafft werden - eine Forderung, die gerade auch von vielen Opfern erhoben wurde.

Wir haben ja hier im Gemeinderat durch die entsprechenden Beschlüsse auch finanzielle Mittel in Höhe von 5,8 Millionen EUR für Entschädigung, unabhängig von der Verjährungsfrist, bereitgestellt. Wir haben die anerkannte Opferschutzeinrichtung Weisser Ring ersucht und letztendlich mit dem Beschluss des Gemeinderates auch beauftragt, den Betroffenen rasche und auch unbürokratische Hilfe sowie auch eine Entschädigung im außergerichtlichen Weg zukommen zu lassen - wohl wissend, und das haben sowohl der Weisse Ring als auch wir bei der entsprechenden Pressekonferenz, als wir uns zur Verantwortung bekannt haben und uns auch bei den Opfern für diese Jahrzehnte zurückliegenden Demütigungen und Misshandlungen entschuldigt haben, immer wieder auch gesagt, dass völlig klar ist, dass finanzielle Entschädigung erlittenes Leid nicht vollständig tilgen kann, nicht beseitigen kann. Es war für uns daher wichtig, dass wir in der Stadt auch die Möglichkeit geschaffen haben, dass Therapieangebote in Anspruch genommen werden und seitens der Stadt auch hierfür die Kosten übernommen werden.

Im Rahmen des Weissen Ringes wurde ein Opferschutzgremium eingerichtet, das sich aus acht Mitgliedern zusammensetzt und vom Präsidenten des Weissen Ringes geleitet wird. Diesem Gremium gehören VertreterInnen der Justiz, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Psychologie, der Opferanwaltschaft, der Kinder- und Jugendanwaltschaft und des Weissen Ringes an. Bisher haben sich bei dieser Einrichtung, nicht zuletzt auch auf Grund einer sehr klaren Kommunikation und auch einer immer wieder ergangenen klaren Aufforderung, rund 500 Personen gemeldet.

Um dem Wunsch vieler Opfer - ich habe es schon erwähnt - Rechnung zu tragen, dass ihrer Geschichte Gehör verschafft wird, haben wir darüber hinaus auch die Historikerkommission eingerichtet, um die Geschichte der Wiener Heimerziehung und des Fürsorgewesens der Stadt Wien in der Nachkriegszeit historisch aufzuarbeiten. Es geht hier nicht um die konkreten Untersuchungen, auch nicht um die Leistung entsprechender Entschädigungszahlungen, es geht nicht darum, hier eine Ersatzstaatsanwaltschaft ins Leben zu rufen, sondern es geht dabei um die historische Aufarbeitung der Geschichte der Wiener Heimerziehung, der entsprechenden Rahmenbedingungen, vor allem aber auch um die Geschichte der Opfer in diesem Zusammenhang. Diese Historikerkommission wurde

unter der Leitung von Univ-Prof Dr Reinhard Sieder vom Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität installiert, und Opfer sollen dabei eben die Möglichkeit haben, sich und ihre persönliche Geschichte im Rahmen des Oral-History-Projekts entsprechend einzubringen.

Unabhängig davon erhalten alle Betroffenen selbstverständlich, wie schon bisher - und auch das wurde noch einmal entsprechend öffentlich kommuniziert, schon im vergangenen Jahr -, auch die Möglichkeit, ihre Unterlagen einzusehen. Den Betroffenen soll damit auch ein transparenter Zugang zu einem Teil ihrer Lebensgeschichte eröffnet werden - einer Lebensgeschichte, die allerdings auf Grund der Tatsache, dass es völlig andere sozialpädagogische Standards, oder Standards der Heimerziehung, gegeben hat, durchaus oftmals nicht den Erwartungshaltungen entspricht, weil eben Dokumentationen, wie sie heute Standard in der Sozialpädagogik sind, in der historischen Zeit der Heimerziehung - und es handelt sich hier wirklich um einen völlig anderen Bereich - nicht Standard waren.

Zum Kinderheim Wilhelminenberg, das 1977 geschlossen wurde, ist geplant, eine eigene Kommission einzurichten. Wir werden hier letztendlich diese Kommission mit dem Auftrag auszustatten haben, die aktuellen erschütternden und allerdings immer wieder auch in verschiedensten Darstellungsformen jetzt an die Öffentlichkeit gelangenden Aussagen entsprechend zu prüfen und eingehend zu untersuchen und einen wichtigen Unterstützungsbeitrag dafür zu leisten, dass die Geschichte des Schlosses Wilhelminenberg und all jener öffentlich dargestellten Vorwürfe lückenlos aufgearbeitet wird.

Dieser Kommission wird selbstverständlich auch Einsicht in alle Archive der Stadt Wien gewährt werden und gewährt werden müssen. Wenn es hierfür auch entsprechender rechtlicher Grundlagen bedarf, bin ich sicher, dass der Wiener Landtag diese Grundlagen dann auch zu schaffen haben wird, aber auch, so glaube ich, in großer Einheiligkeit schaffen wird.

Unmittelbar nach den ersten Vorwürfen zum Kinderheim Wilhelminenberg hat der Abteilungsleiter der MAG ELF im August 2010 alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung auch angewiesen, alle vorhandenen Unterlagen aufzuheben, nicht zu skartieren, um hier eben möglichst alles an vorhandenen Unterlagen im gesamten Umfang zu sichern. Es betrifft dies nicht nur das Schloss Wilhelminenberg, sondern es betrifft wirklich alle Unterlagen, und das schon im Zusammenhang mit den im vergangenen Jahr bekannt gewordenen Vorwürfen, die letztendlich zu unseren Beschlüssen im Gemeinderat geführt haben, aber auch zu dem klaren Bekenntnis, dass wir hier letztendlich auch Verantwortung tragen.

Dies ist vor allem auch im Zusammenhang mit dem damals geplanten und im Dezember 2010 im Gemeinderat beschlossenen Projekt „Hilfe für Opfer von Gewalt in Einrichtungen der Wiener Jugendwohlfahrt“ zu sehen, und ich bin überzeugt davon, dass diese

Unterlagen ein wichtiger und wesentlicher Beitrag dazu sein werden, dass es uns gemeinsam gelingen möge, die Schicksale der Opfer, die Schicksale im Schloss Wilhelminenberg letztendlich möglichst lückenlos aufklären zu können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für diese Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage wird von Herrn GR Mag Gudenus gestellt. - Bitte.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Recht herzlichen Dank für die sehr ausführliche Antwort zu diesem sehr ernsten Thema. Natürlich ist Entschädigung sehr, sehr wichtig - keine Frage. Sie werden auch schon gemerkt haben, dass wahrscheinlich der Fonds nicht ausreichen wird, dass sich immer mehr Opfer melden und dass wahrscheinlich diese Entschädigungszahlungen aufgestockt werden müssen.

Aber Entschädigung ist nicht alles. Die Opfer, mit denen ich mich unterhalten habe - und ich glaube, es sind noch einige mehr, die genauso denken -, wollen eine lückenlose Aufklärung, eine umfassende Aufklärung. Sie wollen wirklich den Tätern auf die Spur kommen. Und wenn es ein System dahinter gab, dann wollen die Opfer auch, dass das System aufgedeckt wird. Und dann ist es natürlich angesichts von Berichten, denen wir entnehmen konnten, dass schon 1974 der MA 11 die teilweise oder großteils in den Wiener Kinderheimen herrschenden desaströsen Zustände bekannt gemacht wurden, nämlich durch Frau Karlsson, ihrerseits auch ehemalige Nationalratsabgeordnete der SPÖ, schon seltsam anmutend, vor allem für die Opfer, dass hier schon seit damals nichts unternommen wurde.

Auch wenn wir jetzt den Medien entnehmen konnten, dass Sie schon seit Juli dieses Jahres mit diesen Vorwürfen und Skandalen konfrontiert wurden und nicht an die Öffentlichkeit getreten sind, besteht der Verdacht, dass hier - ich nenne jetzt keine Namen und mache keine persönlichen Vorwürfe - anscheinend systematisch auch eine Vertuschung betrieben wird.

Meine Frage ist daher, sehr geehrter Herr Stadtrat: Warum sind Sie nicht sofort, nachdem Sie davon erfahren haben, vor die Medien getreten und haben nicht dazu beitragen, dass auch die Öffentlichkeit von diesen Vorwürfen erfährt, weil sie ein Recht darauf hat?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Christian **Oxonitsch**: Wir befinden uns in diesem Bereich immer in einem Spannungsfeld zwischen dem legitimen öffentlichen Interesse auf der einen Seite und dem entsprechenden Respekt vor den Opfern auf der anderen Seite.

Sie erwähnen richtig, im Juli - ich glaube, am 28. Juli - ist ein entsprechendes Schreiben des Anwaltes gekommen, damals noch nicht mit entsprechenden Vorwürfen betreffend die HeimerzieherInnen. Wir haben das damals weitergeleitet an den Weissen Ring, der für Opferentschädigung für die beiden genannten Opfer die zuständige Stelle ist. Es erfolgte auch die Abklärung, ob dieser Fall beim Weissen Ring bereits anhängig ist, und es wurden damals - und das ist ja auch bereits bekannt -

auch entsprechende Entschädigungszahlungen beziehungsweise entsprechende Therapieangebote übernommen.

Am 1. September, als das neuerliche Schreiben des Anwaltes einlangte, in dem auch konkrete Namen von PädagogInnen genannt wurden, kam es umgehend nach Einlangen dieses Schreibens in der MAG ELF zur entsprechenden Einvernahme und anschließend daran zur Weiterleitung des Sachverhalts auch an die Staatsanwaltschaft, so wie es bei allen aus unserer Sicht strafrechtlich relevanten Vorwürfen - unabhängig von der Verjährung - mittlerweile Praxis ist, dass alle diese Vorwürfe an die entsprechende Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden.

Es ist hier also ganz wichtig, auf der einen Seite zu zeigen, es wurde gehandelt, aber es gibt auch klare Zuständigkeiten in diesem Bereich, zum Beispiel auch im Bereich der Strafverfolgung.

Wir wissen gerade aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres sehr genau - und wir haben uns deshalb zu dem Schritt entschlossen, hier mit dem Weissen Ring zu arbeiten -, dass es viele Opfer gibt, die sich zunächst anonym an Einrichtungen wenden. Und diese Möglichkeiten wollten wir auch entsprechend einräumen, eben durch die Möglichkeit, sich an den Weissen Ring zu wenden, ohne gleichzeitig automatisch - weil das eben unsere Praxis ist, und ich glaube, das ist auch gut und richtig so - die Staatsanwaltschaft zu informieren, weil viele Opfer auch immer wieder ersuchen, davon Abstand zu nehmen, Opfer, die Hilfeangebote in Anspruch nehmen wollen, aber gleichzeitig mit dieser Geschichte auch entsprechend abschließen wollen. Viele allerdings wollen selbstverständlich auch die Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft und die entsprechende Aufklärung haben, und ich glaube, das ist legitim, das ist richtig und letztendlich auch notwendig.

Wir stehen hier immer in dem Spannungsfeld, ob das mit einem großen medialen Getöse stattfinden muss oder ob man hier entsprechend Aufklärung leisten kann. Und ich glaube, dass gerade auch der angeführte Bereich der Sicherung der entsprechenden Unterlagen, völlig unabhängig von den konkreten Vorwürfen, eine ganz wichtige Grundlage dafür war, dass wir in die Lage versetzt werden, hier lückenlos aufzuklären.

Man muss auch dazusagen, dass eben diese Vorwürfe, die im Schreiben des Anwaltes vom 1. September konkret genannt und dann auch von Seiten des Anwaltes an die Öffentlichkeit gebracht wurden, eine völlig neue Dimension der Vorwürfe darstellen, auch im Zusammenhang mit jetzt bekannten Dingen. Daher ist es im Sinne seriöser Aufklärungsarbeit auch notwendig, sich auf der einen Seite dazu zu bekennen, dass rasch aufgeklärt wird, und auf der anderen Seite, dass gründlich aufgeklärt wird. Der Zeitfaktor ist hier ein wichtiger Faktor, aber auf der anderen Seite muss natürlich gründlich aufgeklärt werden.

Ich kann nur sagen, auf Seiten der Stadt werden wir alles tun, damit eben auf der einen Seite die Möglichkeit besteht, in die Archive umfassend Einsicht zu nehmen,

dass sie gesichert sind und daher von unserer Seite her nichts vertuscht wird. Gerade auf Grund der Tatsache, dass entsprechende Vorkommnisse immer wieder auftreten können - es arbeiten dort eben Menschen -, ist es für uns wichtig, und ich habe das in der Debatte vor über einem Jahr gesagt, hier rasch aufzuklären und entsprechende strafrechtliche Verfolgungen einzuleiten, damit das, vor dem wir jetzt stehen, nicht wieder passiert, nämlich dass Missstände damals nicht gerichtlich verfolgt werden konnten, und damit Täter auch entsprechend belangt werden können. Das ist für mich ein ganz wesentlicher und wichtiger Unterschied.

Ich hoffe und ich bin überzeugt davon, dass die Kommission hier ihr Bestes tun wird, damit eben letztendlich auch Verantwortungen geklärt werden.

Man muss aber in diesem Zusammenhang auch sagen, weil hier durchaus immer wieder dargestellt wird, es handelt sich bei der konkret angesprochenen Studie der ehemaligen Nationalratsabgeordneten um ein völlig unbekanntes Dokument, und auch ich möchte schon klarlegen, dass diese Untersuchung 1976 als Buch publiziert wurde mit einem Vorwort der damals verantwortlichen Stadträtin und mit einem klaren Bekenntnis - auch letztendlich durch die Ergebnisse der Heimkommission der damaligen Zeit - zu einem radikalen Wechsel im gesamten Bereich der Heimerziehung.

Allerdings ist auch wesentlich, und war es damals natürlich durchaus auch, und es sagen ja auch viele Opfer, wie schwer es ihnen gefallen ist, damals über Ereignisse zu sprechen, und natürlich auch auf einem ganz anderen Informationsstand. Es war kein Geheimnis, und es ist letztendlich die Notwendigkeit der Reformen klar erkannt worden, dass diese totalitären Systeme, diese Form der Heimerziehung durch eine moderne Sozialpädagogik abgelöst werden muss, dass Erzieherinnen und Erzieher ohne Ausbildung durch gut ausgebildete SozialpädagogInnen abgelöst werden müssen und dass die Einrichtungen selbst keine geschlossenen Einrichtungen sein dürfen, sondern Einrichtungen sein müssen, wo es jenen Bewohnerinnen und Bewohnern möglich ist, sich auch an andere Stellen zu wenden, in der Schule, beim Arzt, beim Freund am Spielplatz, also dass es hier Außenbeziehungen geben muss, und dass die ganz wesentlich sind. Und dieser Reformprozess ist ein schwieriger, ist auch kein einfacher gewesen, diesem Reformprozess hat man sich durchaus aber auch unterzogen und ich denke, wenn man sich heute die Standards der Sozialpädagogik ansieht und sie mit jenen Traditionen vergleicht, die in den 50er, 60er und 70er Jahren geherrscht haben, dann gibt es einen grundlegenden Unterschied.

Ich erinnere an die Diskussionen, die viele von Ihnen wahrscheinlich noch miterlebt haben. Ich war damals sehr jung und in einer Organisation tätig, in der wir an verschiedenen Orten dafür geworben haben, dass die gesunde Watschen verboten werden soll. Es war dies in den 80er Jahren, die Diskussionen damals, auch in der Gesellschaft, waren sehr kontroversiell, und ich erinnere daran, dass damals auch in der Gesellschaft durchaus

ein völlig anderer Blick geherrscht hat, auch ein anderer Blick geherrscht hat, leider, betreffend die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Einrichtungen. Kinder wurden damals vielfach, nämlich auch im Sinne der Heimerziehung, sehr maßgeblich als Täter betrachtet, heute ist klar, dass Kinder, die in Einrichtungen untergebracht werden müssen, in Einrichtungen betreut werden müssen, Opfer sind, Opfer auch ihrer familiären Umstände, und bestmöglich betreut werden müssen. Hier hat es im Laufe der Jahrzehnte einen Paradigmenwechsel gegeben, es war ein notwendiger Paradigmenwechsel und man soll ihn, glaube ich, auch seriöserweise angesichts all der bekannt gewordenen tragischen Ereignisse nicht außer Acht lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Mörk gestellt, bitte schön.

GRin Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie haben jetzt gerade den Paradigmenwechsel in den Erziehungsmethoden erwähnt. Ich darf Sie daher fragen: Wo sehen Sie die wesentlichsten Unterschiede in der Betreuung und Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendwohlfahrt zwischen damals und heute?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also zunächst einmal, dass es notwendig war, wie in anderen bekannten Bereichen auch, die Einrichtungen zu öffnen. Entsprechend, wie schon gesagt, Sozialkontakte zu ermöglichen, die über die unmittelbaren Betreuungspersonen oder andere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner hinausgehen, also die Möglichkeit im Falle von Missständen, seien es Misshandlungen, seien es hygienische Missstände, oder was auch immer für Missstände es auch immer wieder geben kann, die Möglichkeit zu schaffen, Hilferufe auszusenden. Das war ein ganz wesentlicher und zentraler Punkt der Ergebnisse der Untersuchung von Irmtraut Karlsson, der Heimkommission, aber auch der gesamten Heimreform 2000, Einrichtungen unmittelbar zu öffnen.

Ein weiterer Bereich, den ich auch bereits angesprochen habe, liegt selbstverständlich im Bereich der Ausbildung. Auch ein Bereich, der - und ich habe es auch nur den Medien, dem Fernsehen, entnommen - auch bereits in den 70er Jahren öffentlich intensiv diskutiert wurde, und wo es ja in dem, glaube ich, „Panorama-Beitrag“, aus den frühen 70er Jahren erörtert wurde: Man braucht eine Lehrausbildung um Schuster zu werden, man braucht eine Lehrausbildung, um Tischler zu werden. Man brauchte damals keine entsprechende Ausbildung, um Erzieher zu sein. Es geht natürlich auch um das pädagogische Konzept in sich selbst. Das Schlagwort der „schwarzen Pädagogik“ beschreibt es trotz alledem in all seiner Düsternis, glaube ich, sehr gut, wo also tatsächlich auch entsprechend Gewaltformen in der Erziehung - und noch einmal, die „g'sunde Watschen“ wurde erst 1989 verboten - durchaus gängige

Praxis waren, und nicht nur Praxis in Einrichtungen waren, sondern durchaus auch gesellschaftlich wesentlich größer akzeptiert waren. Und ich glaube, es ist ein gemeinsamer Verdienst, dass unabhängig von der Tatsache, dass Gewalt in Familien, in Einrichtungen, immer wieder vorkommen kann, es mittlerweile einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, dass Gewalt in der Erziehung als Grundsatz nichts verloren hat.

Der dritte Bereich ist natürlich der schon angesprochene, der einer totalen Institution. Dieser Begriff, der eben auch als die verwalteten Kinder in der entsprechenden Publikation ja auch entsprechend genannt wurde, steht für eine autoritäre Institution, eine abschottende und eine sehr kontrollierende Institution. Auch Lehrer waren in der Regel damals keine entsprechenden Ansprechpartner, sondern letztendlich auch nur entsprechende autoritäre Personen, wie das ja durchaus auch bekanntermaßen durchaus in den Unterrichtskonzepten der damaligen Zeit festgelegt war, was sich ja Gott sei Dank sehr verändert hat. Heute haben wir Wohngruppen und Wohngemeinschaften auch in größeren Einheiten, aber dieses Wohngruppenprinzip ist ein wesentliches. Die Kinder besuchen das Regelschulwesen, die Kinder besuchen einen Zahnarzt, wenn sie Zahnweh haben und einen praktischen Arzt, wenn sie sonst krank sind. Damals wurde das innerhalb der Einrichtung, der Zahnarzt nicht, aber ansonsten alles andere innerhalb der Einrichtung absolviert. Also, hier gibt es jetzt diese unmittelbare Kontaktnahme, und die Kinder haben die Möglichkeit, Freizeitverhalten an den Tag zu legen, wie meine Tochter oder Ähnliche mehr. Sie können sich frei bewegen, sie können auch Spielplätze besuchen und Ähnliches mehr. Ich glaube, das ist ganz wesentlich, und vor allem auch ein wesentlicher Bereich, und der von mir zunächst angesprochene. Es ist der Gesellschaft mittlerweile klar, Gewalt hat in der Erziehung nichts verloren, das gilt für Kinder in Einrichtungen, das gilt für Kinder in der Familie, das gilt für Kinder in Sportvereinen und Institutionen. Hier gilt es, wenn es zu entsprechenden Vorfällen kommt, konsequent zu handeln, strafrechtlich anzuzeigen, den Opfern Unterstützung zu geben und letztendlich sicherzustellen, dass die vielen Pädagoginnen und Pädagogen, die tagtäglich schwerste Arbeit leisten und ordentliche und gute Arbeit leisten, die Gewissheit auch haben können, dass sie ihre Arbeit gut vollziehen können und dass es auch von unserer Seite ein Bekenntnis zu ihrer qualitätsvollen Arbeit und ihrer guten Ausbildung gibt. Das haben sich auch diese Pädagoginnen und Pädagogen verdient, hier nicht immer über das System letztendlich ein bisschen mitangepatzt zu werden. Ich glaube, das ist ganz besonders wichtig, und ich danke an dieser Stelle auch den Pädagoginnen und Pädagogen, den vielen, die es gibt, die hervorragende und schwierige Arbeit leisten und die auch dazu beitragen, dass, wenn es zum Beispiel immer wieder entsprechende Vorwürfe gibt, auch diese ans Tageslicht kommen können, an die Staatsanwaltschaft weiterübermittelt werden können, damit jetzt entsprechende Täter auch entsprechend strafrechtlich verfolgt werden können. Das ist ganz

besonders wichtig, und noch einmal ein Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 3. Zusatzfrage wird von Frau GRin Mag Anger-Koch gestellt, bitte schön.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, Grüß Gott, Herr Stadtrat!

Ich möchte schon festhalten, dass es schon so ist, dass sich die Opfer an die Stadt Wien gewandt haben, und dort abgelehnt worden sind. Und in diesem Zusammenhang möchte ich fragen, ob es der Tatsache entspricht, dass wichtige Akten skartiert worden sind, sprich, vernichtet worden sind, und ob somit eine vollständige Aufklärung dieser Fälle überhaupt noch möglich ist und dass sie, wie wir das alle fordern, lückenlos aufgeklärt werden sollen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also, bitte um Verständnis, wenn wir das in aller Umfassung bereits jetzt wüssten, dann würde sich durchaus das eine oder andere klären. Tatsache ist, dass es eben bereits im vergangenen Jahr zu einem entsprechenden Skartierungsstopp gekommen ist, aber selbstverständlich gibt es immer auch Unterlagen, zum Beispiel auch nach einer gewissen Zeit des aktiven Dienstverhältnisses et cetera, die skartiert werden. Das ist ja auch gängige Praxis und letztendlich auch notwendig. Nur nichtsdestotrotz gehe ich davon aus, und so können wir es zumindest jetzt einmal sehen, soweit wir es haben, dass wir durchaus immer wieder auch Einzelgeschichten, die jetzt in den Medien auftauchen, zumindest einmal in einen Bezug bringen können, was ja ganz wichtig ist. Uns liegen ja leider nicht immer alle entsprechenden Informationen vor. Wenn es Opfer gibt, die sich an die Öffentlichkeit wenden, kennen wir deren Namen oft nicht, aber in den Medien werden sie mit entsprechenden Buchstaben genannt.

Das heißt, je schneller die Kommission auch die entsprechenden umfassenden Informationen hat - ich erinnere nur an den Vorwurf des Todesfalles, wo auch bei der Pressekonferenz keine Namen genannt werden konnten, weder der des Opfers noch der des Täters, aber trotz allem werden wir natürlich immer versuchen, den Vorwürfen nachzugehen - kann es gelingen, entsprechende Unterlagen zu finden. Aber ich bitte um Verständnis darum, dass es durchaus auch ein ganz wesentlicher Bereich sein wird, all das, was es an Unterlagen gibt, zu sichern. Das ist schon im Vorjahr geschehen ungeachtet der jetzt auftauchenden Vorwürfe, um damit möglichst umfangreich die entsprechenden Dokumentationen klarzulegen und den entsprechenden Vorwürfen auch nachgehen zu können, es werden aber natürlich auch ganz wesentlich die vielen Darstellungen der Opfer sein, die sich an den Weissen Ring gewandt haben, und vieles andere mehr. Also ich hoffe, dass es uns gelingen wird, aber ich bitte um Verständnis, dass ich nicht die gesamte Aktenlage der vergangenen 55 Jahre jetzt in einer Lückenlosigkeit garantieren kann. Wenn ich das könnte, dann wäre ich

zwar sehr froh, aber es wäre absolut unseriös von meiner Stelle her, das zu garantieren.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 4. Zusatzfrage wird von GRin Hebein gestellt. Bitte schön.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Grundsätzlich halte ich es für sehr entscheidend, dass wir jetzt keine parteipolitischen Rechnungen auf dem Rücken der Opfer begleichen, sondern das einzig Wahre und Richtige, was wir jetzt tun können, ist, lückenlos aufzuklären. Was ist tatsächlich passiert, wie konnte es tatsächlich passieren. Insofern ist die Untersuchungskommission ein wichtiges Signal, vor allem an die Opfer, dass wir hier jetzt Verantwortung übernehmen.

Meine konkrete Frage an Sie ist: Welche Aufgaben hat die Kommission, und werden neben der Klärung von Einzelschicksalen auch die Fragen der Hintergründe, der strukturellen Gewalt dahinter, und auch der gesellschaftspolitischen Zusammenhänge, beantwortet werden. Können Sie uns hier Genaueres erzählen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also ich denke, aus meiner Sicht geht es derzeit um drei wesentliche, zentrale Fragen: Das eine ist, was ist passiert? Warum ist es passiert? Und wurden nicht entsprechende Maßnahmen gesetzt, um es zu verhindern?

Ich glaube, das sind die drei ganz wesentlichen zentralen Fragen. Das heißt, wie sah der Informationsstand damals in den 50er, in den 60er, in den 70er Jahren aus, wieweit war das Heim - jetzt die konkrete Einrichtung Schloss Wilhelminenberg - in dem Zusammenhang betroffen und welche Geschichte hat es durchlaufen. Wir wissen, dass wir auch hier mit sehr unterschiedlichen Aussagen konfrontiert sind. Ich denke an den Bericht, der gestern im Fernsehen gelaufen ist. All dem ist einmal lückenlos nachzugehen, um eine mögliche Klärung zu finden, was ist geschehen, wer hat gehandelt, gibt es hier Möglichkeiten, strafrechtlich entsprechend zu verfolgen, wo liegen Verantwortlichkeiten und - und das ist immer der wesentliche Bereich - wurde bei Bekanntwerden von entsprechenden Missständen auch entsprechend gehandelt. Ich glaube, das ist der ganz wesentliche und zentrale Bereich. Man soll nicht vergessen - ich habe gesagt, 1976 ist das Buch publiziert worden, 1975 wurde die Studie fertiggestellt, das Schloss wurde 1977 dann auch entsprechend geschlossen.

Nichtsdestotrotz ist jedem einzelnen Vorwurf, der im Raum steht, nachzugehen, es ist hier entsprechend Verantwortung zu klären, es ist hier zu klären, ob Vorwürfe, die an die Öffentlichkeit gelangen, so eingetreten sind, und möglichst zu objektivieren. Wie weit das gelingt, wird die mühevoll Aufgabe dieser Kommission sein. Zur Frage der Entschädigungsleistungen, und ich möchte das auch im Interesse der Opfer weiterhin sagen: Wenn es hier entsprechende Informationen gibt, bleibt der Weisse Ring der entsprechende Ansprechpartner. Er wickelt das

gemäß dem Gemeinderatsbeschluss auch ab. Und ergänzend vielleicht noch zur Frage, wenn es notwendig wird, diese Mittel aufzustocken, werden wir es tun. Wir haben es ja auch vor dem Sommer bereits durch einen zusätzlichen Beschluss getan, nämlich 2 Millionen auf 3,8 Millionen aufgestockt und ich bin überzeugt davon, dass wir selbstverständlich, wenn es notwendig sein wird, die Mittel entsprechend aufzustocken, das tun werden. Gleichzeitig war es aber auch natürlich für uns klar und selbstverständlich, dass wir die Kommission auch beauftragt haben, Entschädigungsleistungen auf Basis der derzeit gültigen Rechtslage festzulegen, aber eben unabhängig von der Verjährungsfrist.

Das ist der ganz wesentliche und wichtige Bereich, sodass ich glaube, dass wir hier auch als Gemeinderat in großer Einigkeit vor einigen Monaten, vor über einem Jahr, wichtige Beschlüsse gefasst haben und ich gehe davon aus, dass wir das auch für die Zukunft entsprechend tun werden.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die fünfte und damit letzte Zusatzfrage stellt GR Mag Gudenus, bitte schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Eine kleine Anmerkung zur Frau Karlsson und dem Buch, das erschienen ist. Sie hat selbst gesagt, dass das Buch, das 1976 erschienen ist, ihren Bericht enthält, zwar sehr verkürzt, entschärft, geschwärzt. Das nur als kleine Anmerkung. Das Ganze ist also nicht wirklich mit dem Bericht identisch, den sie 1974 verfasst hat.

Ich möchte kurz noch einmal auf die Kommission zu sprechen kommen. Es wurde ja vor einem Jahr eine solche ins Leben gerufen. Es gab ja auch Vorfälle und Vorwürfe im August Aichhorn Haus, die noch einer Klärung bedürfen und hoffentlich bald geklärt werden. Die Staatsanwaltschaft hat ja auch wieder Ermittlungen aufgenommen, nachdem sie Anfang des Jahrtausends eingestellt wurden, und jetzt soll es eine neue Kommission geben, die über den Weissen Ring fungieren soll. Ich glaube, dass es wichtig wäre, im Bezug vor allem des „check and balances“, so nenne ich es einmal, dass alle Parteien in diese Kommission eingebunden werden, dass sie paritätisch von den Parteien besetzt wird und aus ihrer Mitte ein Vorsitzender gewählt wird, denn dann ist garantiert, dass hier nicht einseitig in irgendeine Richtung geforscht, untersucht, ermittelt wird, sondern dass alle Parteien auch eingebunden sind. Meine Frage ist, was würden Sie von einer solchen Konstruktion halten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte Herr Stadtrat!

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich habe ganz bewusst für kommenden Freitag schon am Montag oder Dienstag zu einem entsprechenden Gemeinderatsausschuss eingeladen, weil ich glaube, dass - und das ist vielleicht auch eine Ergänzung zur Frage der GRin Hebein - es notwendig ist, dass durchaus auch die im Gemeinderat vertretenen Parteien, sage ich einmal, Fragestellungen entwickeln müssen, was diese Kommission zu klären hat. Ich halte allerdings

wenig davon und ich sage das auch ganz offen, die Kommission selbst, abseits der in der Stadtverfassung vorgesehenen Instrumentarien, Untersuchungskommissionen, et cetera, hier zu einem eigenen Gremium zu machen. Ich glaube, es ist notwendig, dass hier Expertinnen und Experten die Möglichkeit haben, einen entsprechenden Bericht zu verfassen, dieser dann auch natürlich immer wieder politisch diskutiert werden muss und letztendlich auch die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und die im Gemeinderat vertretenen Parteien die Möglichkeit haben müssen, Fragen an diese Kommission zu stellen und Aufgabenstellungen zu diskutieren.

Also, ich halte es für wirklich wichtig und darum habe ich auch dazu eingeladen, dass die im Gemeinderat vertretenen Parteien im entsprechenden Ausschuss letztendlich sich auch über die Frage der Aufgabenstellung ein wenig unterhalten. Ich halte es aber auch für notwendig, angesichts der Tatsache, dass ich davon ausgehe, dass es Personen sind, die fachliches Wissen mitbringen in der entsprechenden Aufarbeitung derartiger Dinge und auch einer entsprechenden Aufklärung derartiger Dinge die Möglichkeit haben müssen, hier konkret und konsequent, ungeachtet des Parteienstreites, zu arbeiten. Also ich glaube, die Einbindung ist wichtig und notwendig, wir haben hier das Gremium des entsprechenden Gemeinderatsausschusses, wir haben das Gremium auch hier im Wiener Landtag und im Gemeinderat, wir haben auch hier immer wieder ja auch Diskussionen geführt, zum Beispiel über die Haltung der Stadt Wien im Bereich der Schaffung eines Bundesjugendwohlfahrtsgesetzes, etwas, was wir gemeinsam mit einem anderen Bundesland als Einzige massiv befürworten, dass es hier auch zu einheitlichen Qualitätsstandards kommt, damit es auch bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen außerhalb der entsprechenden Landesgrenzen zu einheitlichen Standards kommt. Also, hier gibt es ja immer wieder eine sehr große Übereinstimmung in diesem Bereich und ich bin davon überzeugt, dass auch die Arbeit der entsprechenden Kommission große Übereinstimmung finden wird.

Noch einmal: Wichtig ist mir auf der einen Seite die Klärung der entsprechenden Vorwürfe durch diese neue Kommission, die rasche, unbürokratische Hilfe für die Opfer über die Einrichtung des Weissen Rings, die historische Aufarbeitung dieses Bereiches und die notwendige, schmerzvolle, aber sicherlich notwendige politische Diskussion hier im Wiener Gemeinderat. Und ich glaube, dass gerade in diesem Zusammenspiel der entsprechenden Verantwortungen dafür, wo können wir gesetzlich etwas tun, wo müssen wir gesetzlich etwas tun, wo gibt es strafrechtliche Verantwortung, wo gibt es rasche und unbürokratische Hilfe und wo gibt es auch die historische Aufarbeitung, hier völlig unterschiedliche Aufgabenfelder vorliegen. Für diese, glaube ich, werden wir uns in der guten Praxis - und so habe ich auch die gemeinsamen Beschlüsse für die Arbeit des Weissen Rings im Interesse der Opfer gesehen -, auch hier im

Gemeinderat abseits jeglicher Parteigrenzen bemühen, um zu einer guten Lösung für die betroffenen Opfer zu kommen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung dieser sehr wichtigen und auch sehr sensiblen Frage.

Die 5. Anfrage (FSP - 04222-2011/0001 - KSP/GM) wurde von Herrn GR Petr Baxant gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet. (Auf Bundesebene hat der Startschuss zu den Gesundheitszielen stattgefunden. Gibt es auf Stadt Wien Ebene Überlegungen, wenn ja, welche Schritte wurden bereits gesetzt?)

Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat!

Es geht um das Beste, um Ihre Gesundheit, aber Sie fragen mich zum Thema der Gesundheitsziele auf Bundesebene und ob wir in Wien diesbezüglich Pläne haben. Es ist so, dass wir in Wien bereits im Frühjahr 2010 begonnen haben, uns inhaltlich mit dem Thema zu beschäftigen, weil damals erstmals Herr Bundesminister Stöger öffentlich gesagt hat, dass der Plan bestehe, eine Bundesgesundheitszieldebatte zu beginnen. Es erscheint mir unbedingt notwendig, dass sich die Länder daran beteiligen, sodass wir am Ende zu gemeinsamen österreichischen Gesundheitszielen kommen, weil ich nichts davon halte, wenn wir neun unterschiedliche Gesundheitsziele haben. Wir müssen den Prozess in Wien aber auch deshalb machen, weil wir sehr vieles einzubringen haben. Wir haben daher im Frühjahr des heurigen Jahres mit Expertinnen und Experten die ersten Workshops zu diesem Thema durchgeführt, wobei es hier fünf Schwerpunkte gegeben hat: Das erste Thema ist die Gesundheit von Anfang an, da geht es vor allem um das Thema Schwangerschaft, aber auch Gesundheit für Kinder und Jugendliche, der zweite Bereich ist die psychosoziale Gesundheit, der dritte Bereich die integrierte Versorgung, also intramural und extramural, der vierte Bereich betrifft die gesunden Lebenswelten, also wie können wir unser Leben gestalten, damit man nicht krank wird, und der fünfte Bereich, ein ganz besonders wichtiger, sind die epidemiologisch relevanten Krankheiten, und wie kommen wir zu Daten, um das auch wirklich darlegen zu können.

Ich gebe jetzt den Startschuss zur Konstituierung der Steuerungsgruppe, die wird noch im heurigen Jahr ihre Arbeit aufnehmen, mit Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde Wien, aber auch mit anderen wichtigen Vertretern, wie der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer. Sie haben den Auftrag, die Grundlagen dafür zu erarbeiten und mein Ziel ist, dass wir in rund einem Jahr eine Gesundheitszielefachtagung haben unter Einbeziehung aller Kolleginnen und Kollegen, die auch im Gemeinderatsausschuss für Gesundheit tätig sind, aber wenn es andere Interessierte darüber hinaus gibt, ist es sehr positiv, weil es darum geht, dass wir den Ansatz „healthing upholding“ umsetzen, wo es nicht nur darum geht, dass sich das Gesundheitsressort um Gesundheitsziele kümmert, sondern dass in allen

Bereichen Gesundheit ein Thema sein muss.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 1. Zusatzfrage wird von Frau GRin Korosec gestellt.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, Frau Stadträtin, ich finde diese Initiative sehr gut, und Bundesminister Stöger hat ja auch im Besonderen darauf hingewiesen, dass ihm die Kindergesundheit ganz besonders am Herzen liegt, sowie eine gesunde Lebensführung, und alles, was dazugehört. Jetzt wissen wir durch die Helena-Studie, dass gerade in Wien die Kinder sehr übergewichtig sind. Fast ein Viertel der Buben ist übergewichtig, 16 Prozent der Mädchen. Wir haben 2009, Frau Stadträtin, einen Antrag gestellt, erstens einmal strukturierte Maßnahmen zu setzen, aber wir haben auch damals eine wissenschaftliche Studie gefordert, diese ganzen Rahmenbedingungen der Kinder zwischen 3 und 18 Jahren zu erforschen, weil der letzte Kindergesundheitsbericht aus dem Jahre 2000 stammt, und Sie haben damals, im März 2009, in Ihrer Beantwortung geschrieben, ja, das sei in Planung und das werde kommen. Das war März 2009, wir schreiben heute Ende 2011, wir haben ihn noch nicht und daher meine Frage, wann können wir damit rechnen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich habe diese wissenschaftliche Studie auch noch nicht, aber sie ist in Ausarbeitung. Sie wissen, dass wir zwischenzeitlich ein kleines Problem mit der Frage der Möglichkeit der Datenübermittlung über Schulärzte gehabt haben, daher konnte ich das leider nicht in dem Zeitplan, wie ich es umzusetzen angekündigt habe, umsetzen, aber sie ist in Arbeit und wird dann selbstverständlich Ihnen auch zugehen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Dr Pilz gestellt, ich bitte schön.

GRin Dr Sigrid **Pilz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Danke, Herr Vorsitzender!

Frau Stadträtin, es ist, finde ich, sehr wichtig und gut, dass wir in der Stadt jetzt von einem krankheitsfokussierten Blick weg zu einem gesundheitsfokussierten Blick kommen, das ist ein wichtiger und zukunftsweisender Ansatz.

Ich war gestern bei einer Veranstaltung, da ist es um „health literacy“, also um Gesundheitskompetenz, gegangen. Das Ludwig-Bolzmann-Institut ist diesbezüglich an einer europäischen Studie beteiligt, und die Ergebnisse für Österreich können uns nicht freuen, wenn bei solchen Fragestellungen wie: Verstehe ich die Anweisungen des Arztes, verstehe ich, was meine Krankheit ist, habe ich einen Einblick, wie ich mich verhalten muss, um meine Gesundheit zu verbessern, Österreich leider eher schlecht liegt.

Also, die Gesundheitskompetenz zu stärken, ist sicher ein ganz wichtiges Anliegen, das wir uns stellen, und wir haben ja im Koalitionsabkommen über die Einrichtung einer unabhängigen Patienten- und Patientinneninformationsstelle auch vor, dieses Wissen

zu verstärken.

Ich frage Sie jetzt rund um die Gesundheitsziele: Welche umfassenden Maßnahmen sind denn geplant, um diese Kompetenz der Menschen zu stärken, insbesondere wenn man an Benachteiligte denkt, die dann immer wieder die schlechteren Karten haben, wodurch ein „health gap“, also sozusagen eine Kluft zwischen den Gesundheitschancen in der Bevölkerung entsteht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich finde, dass dieses Thema, Verständnis für Gesundheitsfragen, ein ganz wichtiges ist, und es war ja auch mein Bereichsleiter, Mag Gauss, gestern bei dieser Veranstaltung und da haben wir - das liegt, glaube ich, ein bisschen an der paternalistischen Vergangenheit dieses Landes - einfach keine besonders gute Geschichte und auch noch nicht eine ausreichend gute Gegenwart.

Was die Frage betrifft, wie man das verbessern kann, denke ich, dass zwei Wege dazu notwendig sind: Der eine ist der selbstorientierte Ansatz. Das bedeutet, das Winken mit erhobenem Zeigefinger ist vollkommen sinnlos, man kann es machen, aber man kann es auch nicht machen, es ändert nichts. Und es ist nun mit allen diesen Programmen, die wir jetzt mit der Wiener Gesundheitsförderung durchführen, seit wir die geschaffen haben, auch viel konzentrierter möglich, dass wir es auch sehr positiv machen können, wie den gesunden Kindergarten, die gesunde Schule, die gesunde Jause, vielleicht nur, um hier einige Beispiele zu bringen, und es freut mich wirklich, dass dies so gut läuft. Wir haben jetzt in vielen Schulen, schon in Volksschulen im 20. Bezirk, eingeführt, dass es ausschließlich Wasser gibt und dass sich die Kinder gemeinsam die Jause machen. Das schlägt viel weiter aus, als man das glaubt, nämlich auch in die Familien hinaus, und es ist ein bisschen so wie in den 80er Jahren, als die Kinder den Eltern gesagt haben, dass Mülltrennung eigentlich etwas Relevantes ist.

Und daher glaube ich, dass der Setting-orientierte Ansatz ein ganz besonders wichtiger ist, das Zweite ist aber auch, dass wir uns damit beschäftigen können, ist es möglich und wenn ja, wie ist es möglich, Gesundheitsziele zu definieren, und wo man dann auch sehen kann, hat es etwas gebracht oder nicht, wo man sich realistische Ziele setzen muss und den von Ihnen angesprochenen Punkt, nämlich der Unterschiedlichkeit zwischen der de-iure-Zugänglichkeit des Gesundheitssystems und der de-facto-Zugänglichkeit sich auch anzuschauen und zu überlegen, wie man diesen Gap schließen kann und das auch zu überprüfen und zu schauen, ist es möglich und wie kommen wir dorthin.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke! Die nächste Zusatzfrage wird von Herrn GR Seidl gestellt, bitte!

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ja, guten Morgen, sehr geehrte Frau Stadträtin!

Meine Frage wird sich auf ein Wiener Thema beziehen, und dazu möchte ich ganz kurz eine OTS-Meldung vorlesen, eine OTS-Meldung, die am 17.3.2011 von Ihnen geschrieben wurde. Keine Angst, ich bringe sie nur auszugsweise: „Die Angebote des Kaiserin-Elisabeth-Spitals werden bis Ende 2012 übersiedeln, Chirurgie und Nuklearmedizin in die Krankenanstalt Rudolfstiftung, die Innere Medizin in das Donauespital, bis 2015, 2016 wird das Kaiserin Elisabeth-Spital zu einem modernen Pflegewohnheim umgebaut.“ De facto heißt das, dieses Spital wird 2012, sprich, in einem Jahr, geschlossen.

Meine Frage: Wir haben Informationen erhalten, wonach derzeit im Kaiserin-Elisabeth-Spital, im Pavillon 4, in das komplette Stiegenhaus samt neuem Aufzug sowie in ein neues Krankenzimmer investiert wird. Meine Frage lautet nun, stimmen diese Informationen, was kostet das, oder ist es schon eine Vorleistung auf das Pflegewohnhaus.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ich habe leider, weil ich das natürlich nicht wissen konnte, dass Sie mir diese Aussendung vorlesen, die Aussendung des Herrn Lasar nicht da, der am 17.3.2011 dieses von mir präsentierte Spitalskonzept, das wir gemeinsam in der Koalition beschlossen und so präsentiert haben, goutiert hat. Also, das könnten Sie ja auch zur Verlesung bringen. Tatsächlich ist es so, dass wir selbstverständlich bis zur letzten Minute, in der das Kaiserin-Elisabeth-Spital in Betrieb ist, für alle Patientinnen und Patienten dort den Standard bieten werden, den sie brauchen, und ich gehe fest davon aus, dass, sollten dort - ich bin darüber jetzt nicht informiert, kann Ihnen das gerne nachreichen - diese Bauarbeiten, von denen Sie sprechen, gerade stattfinden, sie sicher deshalb stattfinden, weil es notwendig ist, um den Patientinnen und Patienten das Niveau an Ambiente und Versorgung zu garantieren, das in dieser Stadt üblich ist, und ich denke, Sie würden es genauso wollen, wenn Sie dort Patient wären.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Stadträtin, für die Beantwortung der 5. Frage. Damit ist die Fragestunde beendet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich noch informieren, dass Frau StRin Frauenberger erkrankt und daher während des gesamten Tages entschuldigt ist, und ich möchte auch hinweisen, dass ich in der Präsidialkonferenz bereits die Klubvorsitzenden informiert habe, dass Herr Bgm Dr Häupl heute ab 12.30 Uhr entschuldigt ist.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Hat Kindesmissbrauch in Wiener Kindesheimen System? – Umfassende und schonungslose Aufklärung gefordert“, verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Mag Gudenus, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. Ich bitte

schön.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Werter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Gäste auf der Galerie!

Wir beleuchten heute ein sehr ernstes, aktuelles Thema in Wien. Wir stellen die Frage, ob der Kindesmissbrauch in Wiener Kinderheimen System hat und darf am Anfang gleich feststellen, dass natürlich der Umgang mit Kindern in einer Gesellschaft auch das Spiegelbild einer Gesellschaft ist und möchte auch feststellen und klarstellen, dass natürlich im Vordergrund und im Mittelpunkt der Diskussion die Opfer stehen müssen. Sie verdienen nicht nur Mitleid, sie verdienen Unterstützung, sie verdienen Zuwendung, aber sie verdienen vor allem auch das, was sie am meisten wollen, nämlich lückenlose und schonungslose Aufklärung dieser Vorwürfe, dieser Skandale und dieser Fälle.

Und die Täter verdienen harte Strafen. Harte Strafen erstens deswegen, weil sie sich selbst an Kindern, an Kinderseelen, vergangen haben und zweitens deswegen, weil es generalpräventiv notwendig ist, in Zukunft dafür zu sorgen, dass so etwas nicht wieder vorkommt, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und ich schicke auch gleich voraus: Niemand hier in diesem Haus will politisches Kleingeld wechseln oder politisches Kleingeld aus dieser Diskussion schlagen. Niemand will das, aber es ist schon interessant, dieser Vorwurf des politischen Kleingeldes kommt immer dann reflexartig - so scheint es mir -, wenn jemand ein schlechtes Gewissen hat, eben weil wahrscheinlich politische Verflechtungen vorhanden sind. Und dann kommt reflexartig der Vorwurf, man will politisches Kleingeld wechseln, weil man eben Angst hat, dass hier die Dinge beim Namen genannt werden.

Man darf ja kein politisches Kleingeld auf dem Rücken der Opfer wechseln. Das ist vollkommen richtig, und das heißt es auch immer. Das tun wir aber nicht, aber wir wissen ganz genau, was die Opfer wollen. Die Opfer wollen schonungslose Aufklärung, sie wollen wissen, wer sind die Täter, wer steckt dahinter, gab es ein Netzwerk, und wer deckt dieses Netzwerk. Und sie wollen nicht nur abgespeist werden, sie wollen, dass endlich die Täter auch gerichtet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, und da muss man Licht ins Dunkle bringen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und wenn man wirklich ernsthaft und seriös um Aufklärung bemüht ist, dann muss es auch erlaubt sein, und es ist sogar notwendig, alle Fakten, Sachverhalte, Strukturen, Verstrickungen beim Namen zu nennen. Ja natürlich, das Strafrecht ist Individualrecht. Das ist ein Individualanspruch gegenüber Einzelpersonen, das ist überhaupt keine Frage, und das sollen auch die zuständigen Strafbehörden klären, und wir wollen sie dabei auch unterstützen. Ich hoffe, wir alle wollen das, aber die politischen Verstrickungen offenzulegen, das ist unsere Aufgabe hier im Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*) Und

vielleicht gab es welche, vielleicht gab es keine, das bleibt offen, aber das bleibt aufzuklären. Und angesichts dieser schweren Vorwürfe ist die Frage berechtigt, wer trägt die rechtliche Verantwortung und wer trägt die politische Verantwortung für diese systematischen Missbrauchsfälle in Wiener Kinderheimen, weil der Wilhelminenberg ist kein Einzelfall, das August Aichhorn Haus - der Fall hat erst vor zehn Jahren geendet, und hat über mehrere Jahre lang gedauert -, und wer weiß, vielleicht gab es auch noch wo anders Fälle, von denen wir noch nichts wissen, denn es melden sich ja immer mehr Opfer.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ganze schreit nach einer Gemeinderätlichen Untersuchungskommission, und wir werden die Gespräche führen und schauen, ob wir auch eine solche zustande bringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jedenfalls, das Heim des Grauens am Wilhelminenberg ist ein Riesenskandal, der in den 70er Jahren, oder nicht nur in den 70er Jahren, stattgefunden hat, es gibt auch Erzählungen von Vorfällen lange davor. Es war ein Kinderheim der Stadt Wien, das 1977 geschlossen wurde, es ist die MA 11 anscheinend involviert gewesen, sie war ja auch zuständig, und nur so am Rande gab es auch damals eine absolute Mehrheit, und eine absolute Allmacht der SPÖ, das stelle ich jetzt nur einmal so fest, ohne das zu bewerten. Aber wie gesagt, es hat nichts mit der strafrechtlichen Relevanz und Verantwortung zu tun. Faktum ist, da wurden hunderte wehrlose Kinder von Bediensteten des Heims erniedrigt, sie wurden gefoltert, sie wurden vergewaltigt, sie wurden für Sexspiele an Perverse vermietet, und laut Zeugen gab es sogar Mädchen, die zu Tode geprügelt wurden. Das geschah alles bis zur Schließung 1977.

Und der Fall ist der Stadt Wien schon seit dem Jahr 1974 bekannt, da hat nämlich die Psychologin Irtraut Karlsson die Zustände in den Wiener Kinderheimen angeprangert - sie ist eine ehemalige SPÖ-Abgeordnete -, hat eine Studie erstellt, die dann auch in ein Buch gegossen wurde, wenn auch verkürzt und geschwärzt. Aber in ihrer Studie hat sie schon festgestellt, dass damals 14 von 34 Heimen regelrecht als Kindergefängnisse bezeichnet werden können. Sie hat auch festgestellt, dass die Kinder zu Kinderarbeit, auch zu Sklavenarbeit, angehalten und gezwungen wurden, und ich frage mich, was haben die zuständigen Stellen damals im Rathaus gemacht. Haben sie davon gewusst, wurden sie informiert, waren sie gar involviert, wurde der Bericht geschönt? Jedenfalls wurde er schubladisiert und damit wurden de facto die Täter gedeckt. Und deswegen ist die Frage nach einem System berechtigt, wenn man weiß, dass der Bericht in der Originalversion schubladisiert wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es fanden Serienvergewaltigungen statt, nächtliche Serienvergewaltigungen im Dunklen und dort im Dunklen, nämlich im Verborgenen, sollten diese Fälle anscheinend auch für immer bleiben. Aber so darf das nicht gehen, wir werden dafür sorgen, dass hier Licht ins Dunkle kommt.

Es gab anscheinend ein funktionierendes, groß angelegtes Missbrauchssystem, ein Zusammenspiel zwischen den Erziehern und Erzieherinnen, vielleicht Mitarbeitern der MA 11, Ärzten, Angestellten, Beamten. Damit dieses System über Jahre hinweg reibungslos unbehelligt funktionieren konnte, mussten natürlich Leute involviert sein, die die Macht und das Wissen besaßen, diese Dinge auch zuzudecken, und das ist genau der Vorwurf, den wir alle hier schonungslos auch klären sollten, nämlich politisch, nicht nur rechtlich: Was ist hier die letzten Jahrzehnte im Bezug auf die Kinderheime passiert?

Und da ist es zu wenig, dass kurz vor der Wahl, im Jahr 2010, ein Opferfonds eingerichtet wurde, was gut ist, keine Frage. Vielleicht zu wenig, doch es ist einmal ein erster Schritt, aber es reicht nicht. Auch eine unabhängige Historikerkommission ist zu wenig, weil es haben wahrscheinlich auch Perverse in anderen Heimen ähnliche Systeme aufgebaut, eben wie zum Beispiel im August Aichhorn Haus. Diese Vorwürfe liegen eben erst zehn Jahre zurück, und ich kenne auch einige Opfer persönlich.

Es ist vielleicht auch unangenehm, dass in diesem Vorstand des August Aichhorn Hauses auch namhafte SPÖ-Politiker gesessen sind. Das sollte man auch vielleicht dazuerwähnen, das heißt freilich nicht, dass sie was davon gewusst haben müssen, aber ich es sage es einmal dazu, weil es natürlich auch für die Klärung der politischen Verantwortung wichtig ist. Aber trotzdem, niemand weiß, was die eingesetzte Kommission tut, sie ermittelt offenbar im stillen Kämmerlein, oder sie tut zumindest so, als würde sie ermitteln, und das Ergebnis bis jetzt ist: Null! Ich habe bis jetzt noch nichts gehört, und da wird in Wirklichkeit noch immer vertuscht und verschleiert, und da stellt man sich schon berechtigt die Frage, hat das Ganze System oder nicht.

Eines ist klar: Es ist ein Schlag in das Gesicht der Opfer, wenn hier weiter vertuscht wird, wenn hier weiter unter den Tisch gekehrt wird. Die Entschädigungszahlungen sind gut, sie sind ein erster Schritt, sie müssen aber auf jeden Fall erhöht werden, können aber das Leid, das die Menschen erlitten haben, nie wieder gut machen.

Wir aber sagen, die Täter müssen verfolgt werden, sie müssen verfolgt werden ohne Gnade, hier darf nicht zugedeckt werden, hier darf nicht geschwiegen werden, hier darf nichts verschwiegen werden, diese Täter müssen schonungslos verfolgt werden.

Wenn hier Vorwürfe im Raum stehen, nämlich Vorwürfe von Tatbeständen, die nicht verjähren können, wie Mord, wie Sklaverei, wie sexueller Missbrauch mit Todesfolge, so muss hier schonungslos ermittelt werden, weil diese Tatbestände verjähren nicht, und die Staatsanwaltschaft ist aufgerufen, auch hier ihres dazu beizutragen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitliche haben in den letzten Tagen zwei Anzeigen erstattet. Eine wegen der Serienvergewaltigungen, Misshandlungen und auch wegen Amtsmissbrauchs, weil anscheinend Leute diese

systematischen Misshandlungen und Vergewaltigungen zugedeckt haben. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden, und erst gestern haben wir eine andere Anzeige wegen der ungeklärten Todesfälle eingebracht, weil da verschwanden plötzlich Mädchen. Da gab es eine Zeugin, die sagt, dass damals ein achtjähriges Mädchen in der Klasse von der Lehrerin totgeschlagen, totgetreten wurde, und dem muss auf den Grund gegangen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mord verjährt nicht und eines muss klar sein: In Zukunft müssen wir in Österreich schauen, dass es noch härtere Strafen für Kinderschänder gibt und dass solche Taten auf keinen Fall verjähren können, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Ulm gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ein Krimineller ein Verbrechen begeht, dann liegt das an seiner persönlichen kriminellen Energie, die Politik trifft daran keine Schuld. Wenn ein Täter böse handelt, dann tut er das auf Grund seiner freien Entscheidung und aus seinem freien Willen, die Politik trifft daran keine Schuld. Wenn ein Mensch herzlos handelt, dann liegt das daran, dass er sein Gewissen nicht richtig gebildet hat, die Politik trifft daran keine Schuld.

An den entsetzlichen Taten in den Kinderheimen der Stadt Wien trifft die Politik aber eine Schuld, sogar eine große Schuld. Es waren nämlich nicht nur einzelne Menschen, die kriminell, böse und herzlos waren, in den Kinderheimen herrschte strukturelle Gewalt.

Irmtraut Karlsson hat uns gesagt, dass die Heime Kindergefängnisse waren und dass die Gewalt System gehabt hat. StR Oxonitsch hat uns vorgestern im Ö1-Morgenjournal gesagt, dass die Erziehungstradition des Dritten Reiches fortgesetzt wurde. Die furchtbaren Vorkommnisse geschahen in den 70er Jahren.

Sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, Ihre Partei hat eine Erziehungstradition des Nationalsozialismus fortgesetzt, 30 Jahre lang, dafür trägt die SPÖ die Schuld, eine große Schuld.

Irmtraut Karlsson hat in ihrer Untersuchung festgestellt, dass nur 11 von 34 Kinderheimen entsprochen haben. 14 waren Kindergefängnisse mit systematischer Gewalt, Demütigung und Unterwerfung. Ihr Bericht 1974 wurde von Verwaltung und Politik zensuriert, sie durfte die Heime nicht beim Namen nennen, sie wurde als Nestbeschmutzerin bezeichnet, ihre Karriere als Beamtin der Stadt Wien war beendet.

Was ist nach dem Bericht in den Kinderheimen passiert? Nichts. Jahrelang nichts, betroffene Kinderheime wurden erst 1977 geschlossen.

Frau Karlsson sagt, man konnte die pragmatisierten

Beamten nicht entfernen, man wusste nicht, wohin mit ihnen, sie habe die Trägheit des Systems schwer unterschätzt.

Was war das damals für eine Zeit in den 70er Jahren? War das eine ganz andere Zeit, ist sie uns ganz fern? Das war die Zeit eines Bruno Kreisky, eines Leopold Gratz, einer Maria Jacobi und einer Gertrude Fröhlich-Sandner. Ich kenne keine dieser Personen persönlich und ich gehe davon aus, dass sie weder systematische Gewalt noch Erziehungsmethoden des Dritten Reiches wollten. Gegeben hat es das alles aber trotzdem, und für den Widerspruch zwischen Wunsch und Realität, für die Trägheit des Systems, sind die Politiker und die Politik verantwortlich.

Kein Politiker von heute kann etwas für die Verbrechen in den Kinderheimen in den 70er Jahren, aber eine Partei von heute kann etwas dafür, die SPÖ. Sie hat damals die Verantwortung getragen und sie trägt die Verantwortung auch noch heute.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, die politische Verantwortung für die entsetzlichen Taten in den Kinderheimen der Stadt Wien nimmt Ihrer Partei niemand ab. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Hebein gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Gäste!

Es fällt mir schwer, sachlich zu bleiben, weil offensichtlich wird dennoch versucht, auf dem Rücken der Opfer politisches Kleingeld zu lukrieren. Ich lege es kurz auf die Seite und gehe nicht auf die Vorredner ein, sondern sage das, was ich in der Früh gesagt habe: Das Allerwichtigste, was wir jetzt machen müssen, was in unserer Verantwortung liegt, ist, restlos, schonungslos aufzuklären, was passiert ist, und wie konnte es passieren. Da stehen wir in der Verantwortung der Opfer, daher ist die Untersuchungskommission, die unabhängige Untersuchungskommission die jetzt eingerichtet wird, ein richtiger Schritt, ein wichtiges Signal an die Opfer, dass wir hier Verantwortung übernehmen wollen und übernehmen werden. Das ist das Entscheidende. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Dazu gehört nicht die Frage, ob hier Parteivertreter drinnensitzen. Nein, es geht um die Unabhängigkeit von Experten und Expertinnen, die nicht nur Einzelschicksale aufdecken sollen, aufklären sollen, jedem Hinweis nachgehen sollen, sondern auch klären müssen, wie die Einrichtungen mit dieser strukturellen Gewalt umgegangen sind, die auch aufklären, wie die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge damals waren, die Vorschläge zur Entschädigung machen müssen, aber auch Vorschläge zur Prävention, damit es nicht wieder passiert. Das ist der wichtige Schritt.

Das Zweite, was sehr entscheidend ist: Machen wir nicht die Fehler, wiederholen wir nicht die Fehler von früher. Wir haben, und das rufe ich in Erinnerung, vor eineinhalb Jahren auch eine Diskussion über Missbrauch an Kindern und Jugendlichen geführt. Damals waren die

Kirchen und Kirchenvertreter betroffen. Da gab es eine Historikerkommission, eine Klasnic-Kommission und man weiß, und hat es von den Opfern danach erfahren, dass die Hemmschwelle sehr groß war durch die Nähe der Kirche. Damals wurde über Entschädigungszahlungen gesprochen, aber was ist sonst passiert in den letzten eineinhalb Jahren? Deshalb ist es in unser aller Verantwortung, und ich gebe es auch an die ÖVP mit, schon damals war das Thema, wie es mit dem Zivilrecht, dem Strafrecht, den Verjährungsfristen ist, und ich frage Sie: Was ist seit damals passiert.

Das Zweite, was auch entscheidend ist, ist, auch wenn ich keine Hoffnung habe, dennoch richte ich mich hier an die Opfer und an die Menschen, die es ernst meinen. Auch die SPÖ sollte die Fehler von damals nicht wiederholen. Wir haben vor eineinhalb Jahren auch im Bund viel darüber diskutiert, ob es nicht eine staatliche Einrichtung geben muss, die alle Vorwürfe in Heimen und auch in Kirchen überprüfen soll. Da gab es keinerlei Unterstützung einer SPÖ, man hat nichts gehört, anscheinend waren damals die Opfer nicht so wichtig.

Gerade im Gegenteil, die Opfer haben sich bei uns nach den Nationalratsdebatten gerührt, sie haben sich von der FPÖ missbraucht gefühlt, weil es wieder zu einer Abrechnung mit Parteien gekommen ist sowie hier und heute, auf dem Rücken der Opfer. Was noch entscheidend ist, ist: Völlige Transparenz erkennen wir an, dieses Leid, das diesen Kindern widerfahren ist, klären wir aber klar und deutlich und was konkret passiert ist. Wir dürfen es aber auch nicht den Medien überlassen.

Was ist konkret passiert und wie konnte es passieren, ist die entscheidende Frage. Beim Strafrecht ist es wichtig zu schauen, nicht den Opfern Hoffnungen zu machen, dass es nach den Anzeigen auch tatsächlich zu einer Bestrafung kommt, sonst werden sie noch einmal gedemütigt. Hier müssen Experten entscheiden, Forensiker, Traumexperten, wie es sinnvoll ist, hier die Gesetze zu verändern. Unsere Aufgabe ist es, aufzuklären und auch in die Prävention zu investieren, weil eines ist schon klar: Das passiert in sehr autoritären radikalen Strukturen, und viele haben davon gesprochen, dass hier auch ErzieherInnen mit nationalsozialistischem Gedankengut tätig waren. Jede autoritäre Struktur ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen, ich bitte um ihren Schlusssatz!

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): In Ordnung. Wie auch immer, bleiben wir sensibel, auch wenn die FPÖ heute noch Straflager für Jugendliche fordert. Vielen Dank! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.- Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Vettermann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was uns hier im Gemeinderat eint, ist, wir sind für

eine lückenlose und vollständige Aufklärung und Aufarbeitung der Vorwürfe und der Vorkommnisse und ich glaube, wir haben auch da immer gemeinsame und auch einstimmige Beschlüsse dazu gefasst. Es gibt aber neue Vorwürfe, massive Vorwürfe, viele Vorwürfe, und darauf wurde auch entsprechend rasch reagiert und ich sehe auch da die Aufklärung und Aufarbeitung ebenfalls gesichert. Wir haben für die nächste Woche den Sonderausschuss einberufen, den Gemeinderatsausschuss, er wurde vom Stadtrat selbst angeregt, wird von den Regierungsparteien einmal getragen, und auch die Opposition war durchaus dafür, dass wir uns diesem Thema widmen, sodass auch das hier gemeinsam getragen ist, und es wird eine Sonderkommission, eine Aufarbeitungskommission nur zum Wilhelminenberg allein geben, die man deshalb auch herauslösen muss, weil es hier natürlich eine schnellere Aufarbeitung braucht und auch außerdem die Zahl der Meldungen durch die Veröffentlichung explosionsartig angestiegen ist, sodass man nicht sagen kann, dass das auch in der normalen Historikerkommission bearbeitet wird.

Auch das ist gesichert und wird vorgestellt werden und, so glaube ich, es werden entsprechend alle Vorwürfe behandelt werden. Denn wie sind wir vorgegangen? Es war ja so, dass sich im Rahmen der Vorwürfe an die kirchlichen Einrichtungen zuerst Menschen an die Kinder- und Jugendanwaltschaft, die ja gänzlich unabhängig war, gewandt haben, wir haben aber gesagt, nein, es soll sozusagen von Wien wirklich ganz wegkommen, damit nicht jemand gehindert ist, weil er wieder Wien trifft - und da kann man nicht erwarten, dass sich der genau auskennt, was ist Kinder- und Jugendanwaltschaft, wie ist das mit der Unabhängigkeit - und daraufhin wurde der Weisse Ring, eine wirkliche und anerkannte Opferschutzorganisation, beauftragt, hier diese Abklärung vorzunehmen.

Die schaffen es auch, eine sensible Prüfung und Befragung durchzuführen, denn viele wollen ja nicht, dass sie ihre Erlebnisse im Rahmen der Befragung noch einmal durchleben müssen, und sie wollen auch nicht Öffentlichkeit. Was wir aber machen, ist, dass wir die Therapiekosten, die Therapie übernehmen, dass dort, wo Öffentlichkeit gewünscht wird, diese auch gegeben ist und dass der Weisse Ring auch zu der Historikerkommission entsprechend, nicht überweist, sondern den Kontakt herstellt, sodass wir die beglaubigten Fälle auch haben, und gleichzeitig entscheidet der Weisse Ring auch über die Entschädigung. Wir sollten gemeinsam auch dem Versuch widerstehen, das politisch zu missbrauchen.

Jetzt einen einzigen Nebensatz zu Kollegen Dr Wolfgang Ulm: Bis 1973 war die ÖVP mit amtsführenden Stadträten vertreten, aber auch das sei gesagt, wenn man es aufarbeitet, werden wir uns nicht drücken, und es wird sich die gesamte Wiener Politik nicht drücken können vor dem, was hier an Verantwortung kommt. Denn eines ist klar, dass es diesen Bericht gegeben hat, und dass natürlich darauf reagiert wurde, indem 1974, 1976, 1977 Heime geschlossen wurden. Ob das schnell

genug, intensiv genug war, werden wir aus heutiger Sicht sicher anders sehen, man wird auch entsprechend einen Bericht vorlegen. Und diese Historikerkommission soll ja eben das aufklären und wird auch einen Bericht über das Gesamtsystem abgeben.

Ohne jetzt dem Bericht vorgreifen zu wollen, glaube ich, ist eines klar, und ist durch Einzelberichte schon bestätigt, dass es die totale Institution, was auch der Herr Stadtrat in der Fragestunde schon beantwortet hat, dass eine totale Institution in einzelnen Fällen de facto auch eine Art Kindergefängnis ist von der Vorschrift her, man muss die Gesellschaft vor den Heiminsassen schützen und nicht umgekehrt, dass diese Institution entsprechendes Leid und Schwierigkeiten auch hervorgerufen hat, und dass die Totalinstitution derartige Vorfälle begünstigt.

Es wurde auch strukturell reagiert, seit 1970 hat es Schritte gegeben, um das entsprechend auch zu öffnen, sodass die Kinder auch zur Schule gehen, in die Öffentlichkeit kommen, aber wir haben es auch geschafft, über die Heimreform 2000, dass zumindest alle Großheime jetzt einmal geschlossen wurden und wir in Wohngemeinschaften entsprechend vorgehen. Das heißt - ich habe nur mehr 124 Sekunden, es leuchtet aber jetzt schon - es geht hier auch um die individuelle Schuld, das möchte ich sagen, und da hat Wien immer eines gemacht, dass wir alles und jedes und jeden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet haben, und das wird jetzt entsprechend auch immer geschehen. *(Ein akustisches Signal zeigt das Ende der Redezeit an.)* Nach der eigenen Zeit hätte ich noch zehn Sekunden, aber ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Herr Kollege, es tut mir leid, ich habe darauf keinen Einfluss genommen, offensichtlich haut es nicht ganz genau hin, Sie haben selbstverständlich noch den Schlusssatz, bitte schön.

GR Heinz **Vettermann** *(fortsetzend)*: Dass mich der Apparat benachteiligt, auch das nehme ich bei dem Thema zur Kenntnis, denn diese vollständige Aufklärung und Darstellung wird ja hoffentlich - und das ist ein Zukunftssatz - dazu führen, dass auch endlich einmal ein gesellschaftlicher Konsens gefunden wird und inhaltlich Schluss gemacht wird mit der „schwarzen Pädagogik“. Vielen Dank! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Gemeinderatsvorsitzender Schuster hat es mir auch gesagt, es wurde hier einiges umgestellt, offensichtlich gibt es hier noch technische Mängel, bitte diese zu entschuldigen und auch bei der jeweiligen Rede gelassen hinzunehmen. Wir arbeiten daran.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner zum Wort gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Der Wiener Gemeinderat ist ein politisches Gremium, ist keine Staatsanwaltschaft, hat auch keinerlei vergleichbare Befugnisse. Wir haben die Aufgabe,

politische Verantwortung einzumahnen und diese auch wahrzunehmen. Und im Unterschied zum Strafrecht ist es schön, dass politische Verantwortung keiner Verjährungsfrist unterliegt, und daher kann man sich sozusagen auf diese Fristen auch nicht berufen. Es ist auch völlig klar, dass die verantwortlichen Politiker, die heute operativ tätig sind, für die damaligen Vorkommnisse in keiner Weise verantwortlich gemacht werden können, und das macht auch niemand. Ich glaube, wir haben hier einen parteiübergreifenden Konsens, dass die Erziehungsmethoden von damals in der heutigen Zeit Gott sei Dank nichts mehr zu sagen haben.

Es ist zwar für die Opfer überhaupt kein Trost, aber es ist auch eine Tatsache, dass diese Probleme in sehr vielen Ländern aufgetreten sind, und zwar sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich. Und privater Bereich meint bei Gott nicht nur die Kirche, auch im reformpädagogischen Sektor, denken wir an die Odenwaldschule in Deutschland, denken wir an die ganzen Kommunen der 70er Jahre, die sich damals dafür feiern haben lassen, dass dort Kinder wirklich als Sexobjekte missbraucht worden sind, also ich glaube, da haben auch sehr viele einen Lernprozess hinter sich und ich kann nur hoffen, dass dieser Lernprozess auch ein genereller Lernprozess geworden ist und dass sozusagen hier auch alle in der Gegenwart angekommen sind.

Ich glaube, man sollte auch immer sehr vorsichtig sein mit der berühmt-berüchtigten Faschismus-Keule. Ich weiß, wie schnell man diese hier schwingt. Und dann ist die Frage, die Kollege Ulm aufgeworfen hat, natürlich schon berechtigt, warum bis in die 60er und 70er Jahre den Heimkindern auch noch ein NS-Schreckensarzt Dr Gross, der Spiegelgrund-Gross, als höchste Strafe drohte, wenn sie irgendwie nicht still waren. Also auch diese Frage sollte man klären und sozusagen ganz neutral auch sagen, dass hier offenkundig im Nationalsozialismus eine Saat gesät wurde, die in sehr vielen politischen Lagern teilweise leider Gottes aufgegangen ist. Man kann nur hoffen, dass die letzten Reste dieser Saat irgendwo verschwunden sind.

Es geht daher um offene Aufklärung, um Transparenz, es geht auch darum, dass man wirklich die Strukturen hinterfragt, denn auch das kann man schon als Tatsache ansehen, dass hier nicht individuelles Versagen allein Ursache gewesen sein kann, sondern es muss hier ein System kollektiver Vertuschung gegeben haben bis ganz weit hinauf, denn ansonsten ist es nicht zu erklären, dass solche Dinge so lange eigentlich unter der Tüchent gehalten worden sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das, was jetzt auch für die politische Arbeit erforderlich ist, ist, dass die Verantwortlichen hier im Haus ihre Information von den jetzt operativ Verantwortlichen aus erster Hand beziehen. Ich muss dazusagen, auch als Mitglied des Ausschusses, meine primären Informationsquellen sind zur Zeit sind die Zeitungen und die Interviews. Also wir sind bis dato über relativ wenig informiert worden. Ich bin auch sehr gespannt auf den Ausschuss, aber ich würde

mir hier wirklich wünschen, dass auch die politischen Kräfte über die Regierungsparteien hinaus zeitnahe informiert werden. Ich glaube, da gibt es durchaus auch noch ein Potenzial nach oben, wenn ich das einmal so vorsichtig formulieren darf.

Und zu guter Letzt glaube ich auch, dass man die Dramatik dieser Vorwürfe nicht dadurch relativieren soll, dass man sagt, man hat in den 80er Jahren die „g'sunde Watschn“ abgeschafft und bekämpft. Ich bin auch sehr froh darüber, ich halte das auch für kein gutes Erziehungsmittel, aber ich meine doch, es tut den Opfern nicht wirklich gut und es ist eigentlich eine Ungerechtigkeit, wenn man nächtliche Massenvergewaltigungen, sklavereiähnliche oder gefängnisähnliche Zustände in einem Atemzug mit „g'sunden Watschn“ nennt, wo man sich auf die Fahnen heftet, diese beseitigt zu haben. Ich glaube, hier ist eine ganz andere Dimension angesprochen, und wir sollten gemeinsam darangehen, den Opfern Gerechtigkeit zukommen zu lassen, die Täter, deren man habhaft werden kann, entsprechend auch zur Verantwortung zu ziehen, vielleicht auch pensions- und disziplinarrechtlich, und für die Zukunft sicherzustellen, dass man genau beobachtet: Was passiert hier und heute, und wie können wir verhindern, dass Kinder zu Schaden kommen? Ganz verhindern wird man es nicht können. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mag Anger-Koch gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir wissen, dass es aktuell 2 600 Kinder gibt, die aus sozialen und gesundheitlichen Gründen nicht bei ihren Familien aufwachsen können. Diese Kinder kommen zum Teil in Pflegefamilien oder in Betreuungseinrichtungen.

Und um eine dieser Betreuungseinrichtungen geht es hier heute. Eine dieser Betreuungseinrichtungen wurde 1977 geschlossen, und die Gründe dafür sind bis heute nicht publik gemacht worden. Erst durch den „Kurier“, durch ein Medium, wurde eigentlich ein Fall ins Rollen gebracht, der in seiner Ungeheuerlichkeit Vergleichbares sucht. Seriengewaltigungen, Sexattacken, Missbrauch. Die Unglaublichkeit ist, dass es hier um Kinder geht, die diesen Menschen, die dort gearbeitet haben, die Erzieher waren, unschuldig, hilflos und schutzlos ausgeliefert waren. Und noch ungeheuerlicher ist, dass diese Vorfälle der Stadt Wien bereits im Juli, wenn nicht schon früher bekannt waren.

Zwei der betroffenen Frauen haben sich durch ihren Anwalt an die Stadt Wien gewendet und haben Schadensersatz gefordert. Die Stadt Wien soll hier die Therapiekosten übernehmen. Bis dato hat nur eine Frau recht bekommen. Auf weitere Schreiben des Anwaltes wurde nicht reagiert seitens der Stadt.

Meine Damen und Herren! Was ist das für eine Vorgehensweise? Wir hatten ja schon heute von dem Bericht der Frau Nationalratsabgeordneten Karlsson

gehört, die damals diese Heime, es waren 34, untersucht hat. 11 dieser Heime hatten die Erziehungsziele, wie sie damals genannt wurden, nicht erfüllt. Diese Ziele, um die es hier geht, hätten eigentlich die Kinder zu mündigen Bürgern zu erziehen sollen, aber nicht mit Attacken und Missbräuchen.

Wie uns bekannt wurde, sind genau zu diesem Zeitpunkt und auch über den hinaus diese Menschen von Opferschutzverbänden aufgefangen worden, und es ist erwiesen, dass auch die Stadt Wien zu diesem Zeitpunkt schon Bescheid wusste. Das Einzige, was Sie getan haben, war, die Verfahren wegen Verjährung einzustellen und die Opfer nicht ernst zu nehmen. Hier stellt sich jetzt die Frage: Agieren Sie womöglich bei anderen Fällen auch so ignorant?

Ich möchte Sie nur daran erinnern, dass wir immer wieder schon Debatten über die Jugendwohlfahrt hatten, sprich, die MA 11, wo es gerade in Familien oder unter Jugendlichen zu Gewaltübergriffen kam. Wir haben Sie auch immer wieder darauf hingewiesen, hier wäre großer Handlungsbedarf, nicht nur in finanzieller, sondern auch in personeller Hinsicht. Wir haben Ihnen auch vorgebetet, dass die Fallzahlen in der Jugendwohlfahrt um 30 Prozent gestiegen sind.

Ich möchte Ihnen noch einen anderen Fall, den wir vor zwei Jahren diskutiert haben, in Erinnerung rufen, und zwar ging es damals um den Verein „Family for You“, der Adoptionen getätigt hat. Hier ging es um eine besondere Adoption, und zwar um zwei Kinder aus Äthiopien, die an eine Familie vermittelt worden sind, wobei sich dann herausgestellt hat, dass die Kinder weder Geschwister waren noch in einem Waisenhaus waren, sondern dass den Eltern, sprich, den Müttern, die Kinder in Äthiopien unter Vorspiegelung falscher Tatsachen entzogen worden sind.

Meine Damen und Herren! Auch der Verein „Family for You“ gehörte zu der Aufsicht der Jugendwohlfahrt, und auch hier wurde nichts getan. Hier wurde weder eine Aufsichtspflicht gewahrt noch wurde kontrolliert, noch wurde nachgeforscht, obwohl es eigentlich notwendig wäre, dass die Stadt Wien das genau bei diesen Vereinen, die unter Ihrer Verantwortung sind, tut.

Ich frage mich: Ist der aktuelle Skandal nur die Spitze des Eisberges? Wir fordern wirklich eine allumfassende Aufklärung dieses Falles. Es darf eigentlich nicht passieren, dass in unserer Gesellschaft derartige Vorkommnisse ignoriert werden. Es ist nicht nur unser politischer Auftrag – (*Der Ton wird sehr leise*) ist das schon wieder aus? –, sondern auch ein gesellschaftspolitischer Auftrag, dafür zu sorgen, dass Werte und menschliches Miteinander kein Verfallsdatum haben. – Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Abermals darf ich mich entschuldigen für die technischen Probleme. Ich glaube, durch das Blinken des Lichtes hört man dann immer dieses Ticken, und deshalb wird versucht, das leiser zu drehen, damit es nicht allzu durchdringend ist. Ich bitte noch einmal um Verständnis und um entsprechende Rücksichtnahme.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Ellensohn zu

Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Bei Kindesmissbrauch wird allen zu Recht immer mulmig, und dieses Ausmaß, das hat man sich ja fast gar nicht vorstellen können. Aber das gab es in Kirchen, in Internaten, in Heimen in Wien, in Niederösterreich, in ganz Österreich, in ganz Europa, in Irland, in den USA, hunderte, tausende Pfarrer. Es ist fast nicht zu fassen, und man kann nur versuchen zu erklären, was in der Gesellschaft damals los war, damit das überhaupt funktioniert hat.

Was man heute tun kann, um die Dinge aufzuarbeiten, die 40 Jahre her sind, ist klar: Lückenlose Aufklärung! Was sonst? Den Opfern helfen, so gut man einem Opfer nach 40 Jahren noch helfen kann, und die Täter stellen, wenn das noch möglich ist. Das alles ist eine Selbstverständlichkeit, aber wir müssen vor allem eines tun: Schauen, dass es in Zukunft nie vorkommt, das wünschen wir uns, schauen, dass es so selten wie möglich vorkommt, wird wohl das Ziel sein.

Und dann muss man sich die Gesellschaft und die Entwicklung der Gesellschaft schon anschauen. Wir haben in den 60er Jahren eine Gesellschaft gehabt, die die Züchtigung in der Schule erlaubt hat. Es war nicht nur üblich und man hat nichts dagegen gemacht, sondern es war nicht strafbar. Wenn dir der Lehrer eine gibt, und du bist ein Kind, das in den 50er Jahren, in den 60er Jahren aufgewachsen ist, und dein Trommelfell ist kaputt, hast du Pech gehabt. So war es einfach!

Nachher war die Diskussion über die „g'sunde Watschn“ bis in die 80er Jahre hinein. Heute reden wir darüber, ob man Jugendliche, wenn sie über die Stränge schlagen, in Boot Camps steckt, sie in ein Lager steckt und durchbricht zwei-, dreimal, bis sie nicht mehr wissen, wer sie selber sind.

Aber die Gesellschaft hat sich weiterentwickelt. Heute sieht man ja zum Glück – und wir würden ja hoffentlich fast alle oder alle einschreiten – nicht einmal mehr ein Kind, das auf offener Straße Ohrfeigen bekommt. Das ist jetzt ein Seltenheitsbild, das habe ich gar nicht jedes Jahr. Das war anders, als ich nach Wien gekommen bin vor über 20 Jahren, und es war auch anders in Vorarlberg, wo ich hergekommen bin.

Also man muss schon auch sehen, tatsächlich haben wir alle – das hat mit den Parteien herzlich wenig zu tun – die Gesellschaft schon soviel weitergebracht. Heute kannst du nicht im Park dein Kind herflaschln, und es sagt dir keiner was. Das hat es aber leider schon einmal gegeben. Und dass dann Auswüchse passieren, dort, wo die Kinder komplett rechtlos sind und nicht einmal Eltern in der Nähe sind, das muss man leider heute zur Kenntnis nehmen.

Das ändert nichts daran, dass wir dafür sorgen müssen, dass Kinder heute – und das ist das Wichtigste an allem – glückliche Kinder, selbstbewusste Kinder sind. Das müssen wir schaffen. Kinder, die sich trauen, zu jemandem zu gehen, die sich wehren.

Und die Kinder werden heute auch anders erzogen. Ich muss nächste Woche mit meinem Kind zum

Schularzt. Weiß man, dass offensichtlich heute nicht mehr der Schularzt und das Kind allein sind und es ist niemand da von den Eltern? Offensichtlich ist das jetzt so. Das habe ich nicht gewusst, aber da bin ich dabei, wenn der Schularzt kommt und den Buben anschaut. Das ist offensichtlich notwendig geworden über die Jahre, aber dafür passiert dort auch nichts mehr.

Ich möchte schon auch nicht nur zur Kenntnis nehmen, dass wir uns weiterentwickelt haben, aber es ist mir sehr wichtig, dass wir jetzt da nicht versuchen, parteipolitisches Kleingeld zu münzen, denn ich lese heute gerade: „Allentsteig – das nächste?“ Ich befürchte, dass da jedes Bundesland betroffen ist. Wir können uns als GRÜNE wunderbar herausreden, dass es damals noch keine gegeben hat, aber richtig ist – das betrifft alles, was unter Alternativbewegungen gelaufen ist, alles, was unter strengeren Regeln abgelaufen ist –, das war überall so. Ein schlechtes Zeugnis für die Menschen insgesamt, ein gutes, dass wir es weitergebracht haben und dass es heute nicht mehr so passiert.

Deswegen finde ich heute nicht nur die lückenlose Aufklärung dieser Fälle so wichtig und dass man den Opfern hilft, sofern man noch kann – denen hätte man viel früher helfen müssen, die haben ein Leben lang damit zubringen müssen und die meisten leben wahrscheinlich gar nicht mehr, es sind sicher schon viele verstorben, und bei den Tätern gilt natürlich genau das Gleiche –, aber das Wichtigste ist, wie wir heute mit den Kindern in unserer Gesellschaft umgehen, und das Wichtigste ist deswegen auch Kinderbetreuung im Kindergarten, in der Schule, Familien stärken, Eltern stärken, die Kinder erziehen. Das ist das Um und Auf, damit wir selbstbewusste kleine Menschen haben, die irgendwann selbstbewusste große Menschen werden. Denn viele Opfer sind leider später auch nicht in der Lage, ihre Kinder entsprechend freundlich und nett zu erziehen, weil sie es nicht gelernt haben. Das sollten wir aber alle lernen.

Insgesamt halte ich die Diskussion heute für wesentlich niveauvoller, als ich es befürchtet hatte, und dafür bedanke ich mich bei allen. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Dem Dank des Herrn Klubobmannes schließe ich mich an. (*Heiterkeit.*)

Als nächste Rednerin hat sich Frau StRin Matiassek zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. StRin Veronika **Matiassek**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zu meinen Worten komme, muss ich auf die Wortmeldung meiner Vorrednerin Hebein eingehen, die in einem letzten flapsigen Schlusssatz der FPÖ vorgeworfen hat, sie stünde für Straflager für Jugendliche ein. Also, Frau GRin Hebein, und auch ganz allgemein gesagt: Dem widerspreche ich ganz energisch! Da ersuche ich Sie auch, dass Sie das zurücknehmen. Das ist wirklich nicht nur ein grober Unfug, sondern das ist schlicht und ergreifend die Unwahrheit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir haben heute in vielen Reden schon gehört, dass

das, was passiert ist und was jede Einzelne und jeder Einzelne von uns natürlich schärfstens kritisiert, durchaus Ausfluss eines Systems ist, wie ja auch Aufdecker wie Abg Karlsson oder damit Befasste wie Herr Präsident Jesionek gesagt haben, der zum Beispiel von einer Dimension spricht, die ihn selbst erschreckt hat, obwohl ich denke, dass man als Opferanwalt ja tagtäglich mit sehr grausamen Dingen befasst ist. Oder es wurde von einer Mauer durch Beamte gesprochen, die eben keine Kritik zugelassen haben.

Und das ist ja das Wesentliche, dass eine Beschwerdekultur in einem dichten, verflochtenen System aus Verwaltung, aus Politik nicht stattfinden kann. Daher ist es natürlich wichtig, hier auch das System zu beleuchten im Falle Wien. Wien ist ja nicht der einzige Fall, war aber eben auch ein System SPÖ.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht verabsäumen, eine Lanze für die vielen Erzieherinnen und Erzieher, Pädagoginnen und Pädagogen zu brechen, die oft unter sehr widrigen Umständen arbeiten, denn die Kinder, die in die Hände dieser Erziehungseinrichtungen gelangen, haben ja eine schwierige Biographie und sind dann miteinander noch um ein Vielfaches schwieriger. Es ist Thema in Wien, das ist ganz klar. Es gibt ja auch viele Menschen, die eine Zeit ihres Lebens in einer entsprechenden Einrichtung verbringen mussten. Mir hat eine noch relativ junge Frau, die zwei Jahre im Charlotte-Bühler-Heim war, gesagt, sie denkt mit Dankbarkeit an diese Zeit zurück. Und das möchte ich hier auch sagen, weil es nicht überall so war.

Aber leider kenne ich auf der anderen Seite auch ehemalige Knaben, heute Männer, die schon in die Jahre gekommen sind, die auf der Hohen Warte waren, wo eben das Essen von Erbrochenem, das eingewickelt Sein in nasse Laken und in der Nacht am kalten Gang stehen auch zu den Erziehungsmethoden gehört haben.

Wir alle sind uns klar darüber, dass diese Erziehungsmethoden Gott sei Dank heute oder jetzt schon über einen längeren Zeitraum keine anerkannten mehr sind, und wir alle distanzieren uns davon. Man muss aber auch sagen, dass die Distanzierung hier im roten Wien von etwa einem Psychiater Dr Gross – weil ja heute auch schon die NS-Methoden in der Erziehung von VorrednerInnen angesprochen worden sind – sehr lange gedauert hat, und hier ist schon die Frage zu stellen – Dr Gross lebt nicht mehr, aber er hatte Helfer und ein Team –: Wer hat hier Verantwortung getragen?

Es war leider auch in späteren Jahren so – ich bin Jahrgang 1958, das heißt, ich spreche durchaus von einer Zeit, die ich schon bewusst erlebt habe, Gott sei Dank nicht bei mir zu Hause, aber ich weiß das von meinem Umfeld durchaus –, dass die Worte „Du kommst ins Heim!“ eine der schärfsten Drohungen war, die man einem Kind gegenüber aussprechen hat können. Das heißt, es war schon auch in der öffentlichen Meinung durchaus im Bewusstsein, im Kinderheim ist es nicht schön. Dass es dann aber zu solchen Dimensionen gekommen ist, wie wir sie jetzt vom Erziehungsheim am Wilhelminenberg hören, ist natürlich sehr, sehr bedauerenswert.

Wir sagen aber, natürlich muss jede untersuchende Kommission unabhängig sein. Ich darf jetzt nur aus der Berichterstattung zitieren. Herr Stadtrat, Sie haben gesagt, Juristen werden gefragt, ob sie diese Kommission leiten wollen. Wir würden auf jeden Fall dafür plädieren, dass es insgesamt eine unabhängige Kommission gibt. Vielleicht rollt der Fall in Wien weitere Fälle auf – es gibt ja schon in Anzeichen in anderen Bundesländern auch –, daher wäre selbstverständlich auch aus meiner Sicht eine Bundeskommission unabhängiger Experten von Nöten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir müssen aber auch mit aller Kraft gegen die Verarmung von Familien angehen, denn Kinder mit diesen Biographien landen wieder in Händen von autoritären Strukturen, die vielleicht dann Gewalt und Macht über sie ausüben. Das heißt, starke Kinder kommen aus starken Familien. Jede Stärkung der Familie wird von uns selbstverständlich gefordert und mitgetragen. Wir haben immerhin ungefähr 5 800 – das ist die bestätigte Zahl, die Grauzone, würde ich einmal sagen, ist mindestens doppelt so groß – verwahrloste, vernachlässigte Kinder in Wien. Auch daran gilt es zu arbeiten, dass diese Zahl um ein Vielfaches geringer wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Als letzte Rednerin hat sich Frau GRin Mag (FH) Tanja Wehsely gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geschätzter StR Oxonitsch! Aufklärung, Transparenz und lückenlose Aufarbeitung – unter diesen Prämissen wird die aktuelle Debatte geführt, und sie muss auch unter diesen Prämissen geführt werden. Ich denke mir, StR Oxonitsch ist auch ein Garant dafür, dass das so geführt wird und so sein muss. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Respekt, das Zuhören, die Wertschätzung und natürlich auch die Entschädigung, das ist es, was die Opfer unbedingt brauchen.

Die totale Institution, die geschlossenen Systeme, die Wände, die Mauern, die bis in die 70er Jahre üblich waren, die sind schrecklich, die sind verwerflich, die verurteilen wir heute glücklicherweise alle, doch sie waren – das ist schon von vielen Vorrednern gesagt worden – leider breitest getragen. Es war kein Zufall, sondern es war teilweise, so wie es Vorredner Ellensohn auch gesagt hat, Gesetz, etwa die „g'sunde Watschn“ et cetera. Wir haben es schon gehört. Es wäre wirklich wunderbar gewesen, ein Traum nahezu, hätte man damals in den 70er Jahren einen Schalter umlegen können, und die erwachsene Gesellschaft hätte Kinder und Jugendliche respektiert und als Persönlichkeiten geachtet. Es war leider nicht so.

Seit damals haben viele Bewegungen – und viele von uns haben diesen Bewegungen angehört – gekämpft. Es war die 68er Bewegung, es war die Bewegung für antiautoritäre Erziehung, es war die Bewegung für emanzipatorische Erziehung, also Kinder gleichberechtigt und als Partner zu sehen, sie zu

respektieren, es war die Spartacus Bewegung in der Sozialpädagogik und in der Sozialarbeit für die Öffnung der Heime, es war die Jugendzentren Bewegung der 70er Jahre, die auch viel mit den Heimkindern von damals zu tun gehabt hatte, es gab eine große Familienrechtsreform, die Kinder und Frauen erst vom Patriarchat befreit hat, das viel mit dieser Unterdrückung zu tun hatte, es war die Reform des Heimwesens, die Professionalisierung der Sozialarbeit und der Sozialpädagogik, es war die Schließung der Großheime und viele andere Reformen, die gefolgt sind.

Heute sind wir Verfechter einer gewaltfreien Erziehung. Wir sind für die Förderung der Persönlichkeit der Kinder, für Liebe und Zuneigung für Kinder und Jugendliche, für Respekt, für Achtung und für deren aktive Beteiligung in unserer Gesellschaft. Heute haben die Mauern, sofern sie nicht schon restlos niedergedrückt wurden, große offene Tore, sie haben Fenster, sie haben Türen. Und ich sage Ihnen, diese Tore, diese Türen und diese Fenster, die müssen und die sollen wir alle sein, das muss die Politik sein, das müssen die PädagogInnen sein, die Sozialarbeiter, das muss die Justiz sein, das muss die Jugendarbeit sein, das müssen wir alle sein.

Gut ist, dass wir heute, offenbar geeint über alle Fraktionen hinweg, das erlittene Unrecht verdammen und verurteilen, dass wir uns gegen autoritäre, gewalttätige und demütigende Law-and-Order-Behandlung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen aussprechen, gemeinsam Transparenz, Aufklärung und Entschädigung und Respekt für die Opfer fordern.

Und ich sage Ihnen, wenn das – neben Aufklärung, Entschädigung, Wertschätzung der Opfer – ein Ergebnis ist, dann haben wir schon etwas erreicht, und wir haben gleichzeitig einen Grundstein gelegt für eine positive Entwicklung, eine restlose Aufklärung und eine, wie gesagt, positive Entwicklung der Jugendwohlfahrt und der Jugendhilfe und Kinderhilfe in dieser Stadt. *(Lang anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen 8 des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und 20 des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt sind.

Außerdem sind vor Sitzungsbeginn zwei Anträge von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien und einer des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben. Die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Frau Dipl.-Ing Sabine Gretner hat mit Ablauf des 20. Oktober 2011 auf ihr Mandat im Gemeinderat der Stadt Wien verzichtet. Sie beehrt uns heute auf der Galerie. *(Allgemeiner Beifall. – Frau Dipl.-Ing Sabine Gretner erhebt sich von ihrem Platz und verneigt sich.)* Sie hat vorher auch schon ein Foto mit ihrem Handy geschossen. Ich hoffe, sie hat es, nachdem sie jetzt nicht mehr Gemeinderätin ist, rechtzeitig beim Kollegen

Schuster angemeldet. *(Heiterkeit.)*

Frau Gemeinderätin! Wir hatten gestern ja schon die Gelegenheit, Sie zu verabschieden. Vielleicht nur ganz kurz: Sie waren sechs Jahre in unserem Hause tätig, Sie waren zuletzt auch Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung. Ich glaube, ich kann für den Gemeinderat sagen: Wir danken Ihnen für Ihre Arbeit und wünschen Ihnen alles Gute für Ihre weitere berufliche Zukunft! *(Allgemeiner Beifall.)*

Der Herr Bürgermeister hat gemäß § 92 Abs 2 der Wiener Gemeindevahlordnung auf das dadurch freigewordene Mandat das in Betracht kommende Ersatzmitglied im Wahlvorschlag der GRÜNEN/Grüne Alternative Wien, Frau Dr Jennifer Kickert, in den Gemeinderat berufen.

Auch hier freut es mich, dass ich die Angelobung vornehmen darf, wobei ich darauf hinweisen darf, dass mir, als ich aus dem Bezirksrat in den Gemeinderat gewechselt habe, Frau Dr Kickert, damals noch in ihrer Funktion als Bezirksvorsteherin-Stellvertreterin, brieflich alles Gute gewünscht hat in dieser Funktion. Nunmehr darf ich sie hier angeloben und im Gemeinderat begrüßen.

Davor aber noch die Formalismen. Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung ist das Gemeinderatsmitglied anzugeloben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Gelöbnisformel zu verlesen, und das neue Gemeinderatsmitglied, auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe!“ zu leisten. Ich bitte um Verlesung der Formel.

Schriftführerin GRin Ing Isabella **Leeb**: „Ich gelobe der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue, stete und volle Beachtung der Gesetze sowie gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.“

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Gemeinderätin.

GRin Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Ich gelobe!

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. Die Angelobung ist hiermit vollzogen! *(Allgemeiner Beifall.)*

Frau Dr Kickert, ich darf Ihnen auch alles Gute für Ihre Arbeit zum Wohle unserer Heimatstadt wünschen.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 3 bis 8, 11 bis 15, 17 und 18 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung gelten als bekannt gegeben.

Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderates gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 10 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummer 1, 10, 9, 16 und 2. Die Postnummern

werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Wir kommen nunmehr zur Postnummer 1. Sie betrifft die Wahl eines Dienstnehmervertreters in die Gemeinderätliche Personalkommission.

Bevor wir über den vorliegenden Wahlvorschlag abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 27 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung sind die Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage Ihnen vor, diese Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte nun jene Damen und Herren des Gemeinderates, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Herr Peter Lüger ist als Dienstnehmervertreter aus der Gemeinderätlichen Personalkommission ausgeschieden. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten schlägt für dieses Mandat Herrn Michael Bauer vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 10 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Sammlung Rotes Wien. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Dr Troch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Poststück.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. – Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Es fällt mir wirklich schwer, nach dieser Aktuellen Stunde zum Alltag überzugehen. Aber das gehört wohl auch, sage ich jetzt einmal, zum politischen Leben dazu, dass man sich mit solchen Dingen auseinandersetzt und auseinandersetzen muss. Ich darf mich nur als Gemeinderätin dieses Gremiums auch meinen Vorrednern anschließen. Ich hoffe, dass wir das möglichst sachlich über die Bühne bringen – im Sinne der Opfer.

Wir haben jetzt ein Geschäftsstück zu behandeln, eine Subvention an den Verein Sammlung Rotes Wien, dem die ÖVP nicht zustimmen wird, und ich nehme dieses Geschäftsstück zum Anlass, um wieder einmal, zum wiederholten Male einen Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP die Kunsthalle Wien betreffend einzubringen.

Wir haben auch in der vergangenen Woche ganz interessante Dinge erfahren. Dinge, die mich persönlich nicht weiter verwundert haben nach dem Sittenbild, das sich in der Kunsthalle im letzten Halbjahr bereits abgezeichnet hat. Im „profil“ wurden schwere Vorwürfe erhoben, und zwar, dass für Herrn Matt in seiner

Privatwohnung hauseigene Betriebsmittel verwendet wurden, dass dort Leistungen erfüllt wurden, die eigentlich mit der Kunsthalle gar nichts zu tun haben, und dass diese Dinge dann auf die berühmte Kostenstelle 10 verbucht wurden.

Wir haben dann ziemlich rasch auch eines wieder erfahren: Dass sich der Vorstand der Kunsthalle natürlich, selbstverständlich wieder hinter Herrn Matt gestellt hat. Man hat gemeint, das seien übliche organisatorische Tätigkeiten, wenn zum Beispiel eine Chefsekretärin für ihren Chef die Urlaube bucht, Hotelbuchungen vornimmt, private Reisen, private Treffen organisiert. Das mag schon sein. Wenn ich auf eigene Kosten in meinem eigenen Unternehmen auf eigenes Risiko tätig bin, dann obliegt es mir und meiner Betrachtungsweise, wie ich meine Mitarbeiter einsetze, aber bitte nicht in einer Institution, die von uns allen bezahlt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Woller war dann auch sehr schnell zur Stelle und hat gemeint, wir sollen uns nicht so aufregen, denn das Kontrollamt prüft ja, auch die Staatsanwaltschaft prüft, und man möge doch bitte warten, bis das Kontrollamt geprüft hat. Ja, wir warten gerne, aber wir wollen nicht mehr länger warten, denn das Kontrollamt wird seine Prüfung höchstwahrscheinlich nicht vor Ende des nächsten Jahres abgeschlossen haben. Und wenn ich nach Salzburg blicke, einen kleinen Ausflug in die Salzburger Kulturszene mache, dann hat dort die Staatsanwaltschaft 20 Monate erhoben. Wir wollen aber nicht mehr warten, wir wollen keine 20 Monate mehr warten, wir wollen keinen einzigen Monat mehr warten. Wir wollen, dass diesem unwürdigen Schauspiel, das hier auf unser aller Kosten betrieben wird, endlich Einhalt geboten wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und dann ist etwas passiert, was für mich persönlich bemerkenswert war, auch für die Situation der GRÜNEN in Wien. Denn offensichtlich haben sich die GRÜNEN besonnen, dass sie in den vergangenen Jahren eine durchaus respektable Rolle in der Kulturpolitik innehatten, und offensichtlich sind sie draufgekommen, sie machen jetzt einen Schritt nach vorne und schließen sich unseren Forderungen an. Das finde ich toll, und wir werden ihnen heute Gelegenheit bieten, sich unseren Forderungen anzuschließen. Wir werden den Antrag einbringen, dass Gerald Matt mit sofortiger Wirkung aus dem Verkehr gezogen werden muss, dass die Kunsthalle reorganisiert werden muss und dass kein Cent aus Steuergeldern in jeglicher Form dort mehr hineinfließen darf, solange Gerald Matt dort sein Schindluder treibt.

Die Hoffnung, dass Sie zustimmen, ist gering. Sie haben es ja in den Medien bereits verkündet. Nur frage ich mich, warum tun Sie das? Warum gehen Sie in die Medien und spielen sich als Kontrollorgan auf, was Sie ja eigentlich gar nicht sind? Denn eines ist klar: Wenn Sie, was Sie tun werden, diesem Antrag heute nicht zustimmen, dann sind ab dem heutigen Tag nicht nur der Vorstand, der Kulturstadtrat, der Herr Matt schuldig, dann sind auch Sie schuldig an den Missständen und an der Rufschädigung, die die Kunsthalle in Wien mittlerweile erlitten hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und dann gibt es den Herrn Kulturstadtrat, der offensichtlich durch den Druck, der in den Medien aufgebaut wurde, auch den Schritt nach vorne wagt und im Ö1-Morgenjournal ein Interview gibt. Dort höre ich dann, dass man jetzt intensiv daran arbeitet, eine Reorganisation der Kunsthalle aufzustellen. Das finde ich sehr löblich und das unterstützte ich vollinhaltlich, aber ein Kulturstadtrat, der gleichzeitig erzählt, er hat es nicht in der Hand, Druck auszuüben auf den Vorstand, dass man Gerald Matt aus dem Verkehr zieht, ja, wie soll denn der bitte eine Reorganisation der Kunsthalle durchsetzen? Das erklären Sie mir bitte!

Eines noch, was besonders bemerkenswert ist: Die Mitglieder des Vorstandes der Kunsthalle waren das bestgeschützte Geheimnis, ähnlich wie der Zugangscodex zu Fort Knox. Sie haben immer gesagt, wir haben dort niemanden mehr – denn es war ja das Ziel, dass die Politik aus all diesen Gremien hinausgeht –, wir haben keine Vertrauten, wir haben niemanden, der uns informiert. Und jetzt kommen wir drauf, im Vorstand der Kunsthalle sitzen Leute, die, ich möchte jetzt einmal sagen, der SPÖ nahestehen. Ein Herr Dr. Josef Kirchberger, Geschäftsführer Art for Art Theaterservicegesellschaft, SPÖ-Publikumsrat im ORF. Ganz bekannt der neue Rechnungsprüfer in der Kunsthalle, auch kein unbekannter Herr: Dr. Thomas Stöphl, ehemaliger Mitarbeiter und ziemlich erfolgloser ehemaliger kaufmännischer Direktor im Volkstheater. Auch kein Unbekannter bei der SPÖ.

Und dann gibt es eine Frau Mag. Waltraud Orthner, die zwar seit Frühling angeblich nicht mehr dabei ist, die allerdings Sonderbeauftragte für Kunst, Kultur, Bildung und Wissenschaft im Gusenbauer-Kabinett war und nunmehr Leiterin der Abteilung Sponsoring der Wien-Bibliothek ist.

Also sich jetzt noch immer herzustellen und sagen, wir haben dort niemanden, wir wissen nichts, wir kriegen keine Informationen, das ist, bitte, im höchsten Maße ungläubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eines ist diese Woche auch noch passiert, was eigentlich wirklich erschütternd ist, denn bislang hat dieses Thema die Grenzen Österreichs noch nicht weit überschritten, aber in der Zeitung „Die Zeit“ von dieser Woche ist ein bemerkenswerter Artikel erschienen, und ich weiß nicht, ob alle von Ihnen gelesen haben, was darin zu finden ist. Es ist bemerkenswert, denn die Kulturhauptstadt Europas erlangt traurige Berühmtheit. Und eines wird in diesem Artikel auch ganz eindeutig klar: Der Kulturstadtrat ist anscheinend nicht willens, im Sinne der res publica zu handeln. Ich darf nur ein paar Dinge aus diesem Artikel zitieren, damit Sie wissen und noch einmal die Delikatesse dieser Affäre vor Augen geführt bekommen:

„Wer an einem Wochentag durch die Kunsthalle im Wiener Museumsquartier streift, kann sich einsam fühlen. Menschenleere Hallen, gelangweiltes Personal. Auf der Internet-Seite des Ausstellungshauses empfängt der Chef persönlich die Besucher: ‚Die Gazelle zittert, weil der Löwe brüllt. Die Hyäne wittert. Doch die Kunst erfüllt.‘

In den vergangenen Monaten häufte sich ein beeindruckendes Berg an Vorwürfen: enorme Reisespesen, frisierte Besucherzahlen, fragwürdige Nebeneinkünfte, zu Unrecht unter seinem Namen veröffentlichte Publikationen, Mobbing, der Versuch, ganz nach Kärntner Vorbild potenziellen ausländischen Sponsoren die österreichische Staatsbürgerschaft zu verschaffen.

In der Kunsthalle ist es übrigens ein offenes Geheimnis, dass Matt und seine engsten Mitarbeiter sogar Erfolgsprämien kassiert haben sollen, weil sie sich gar so tapfer monatelang gegen alle Vorwürfe zur Wehr gesetzt haben.

Lange, manche meinen, viel zu lange, war SPÖ-Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny seinem Schützling beigestanden. Über den Sommer schien die lästige Affäre ausgestanden, doch im Lichte der neuen Verdachtsmomente scheint es dem roten Kulturpolitiker jetzt angeraten zu sein, sich vorsichtig abzusetzen. Er stellte eine Neuorganisation der Kunsthalle für die unmittelbare Zukunft in Aussicht.“

Und noch einmal: Wie wollen Sie die durchsetzen, wenn Sie nicht einmal den Direktor absetzen können?

Dann wird noch darüber erzählt, dass der Herr Matt eigentlich politisch nicht zuordenbar ist. Er ist einer – da gibt es mehrere – die immer dort sind, wo Rauch aufsteigt. Und obwohl die Stadt das Budget der Kunsthalle mit mehr als 4 Millionen EUR an Steuergeldern jährlich finanziert, betrachten Matt und Kunsthallenpräsident Häusle das Ausstellungshaus als ihre Privatangelegenheit.

Im April dieses Jahres stand in einer Presseaussendung des Vorstandes sogar zu lesen, die Vereinsführung habe es Matt genehmigt, betriebliche Ressourcen für Nebentätigkeiten zu nutzen. Das wird jetzt ergänzt um die Leistungen in seinem privaten Umfeld, in seiner Wohnung und alles, was Urlaubsreisen und Sonstiges betrifft.

Dann gibt es noch eine Machbarkeitsstudie, die delikaterweise von der ehemaligen Lebensgefährtin des Herrn Matt erstellt wurde. – Alles in allem ein Sumpf, der seinesgleichen sucht.

„Wenn der Direktor in den Medien unter Beschuss gerate, würde er mit dem Strategieklassiker vom Kriege des preußischen Generals Carl von Clausewitz unterm Arm durch seine Kunsthalle tigern und aus voller Kehle brüllen: ‚Ich bin im Krieg! Und ich werde ihn gewinnen!‘ Allerdings lehrt Clausewitz auch, ein Feldherr müsse stets gewärtig sein, dass sich auf seinem Schlachtfeld regelmäßig das Unvorhergesehene einstelle.“

Um dieses Unvorhergesehene möglich zu machen, erlaube ich mir, einen Beschluss- und Resolutionsantrag einzubringen und hoffe sehr, dass die Vernunft in diesem Hause heute siegt und alle Parteien diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag. Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag. Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag. Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte

Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie!

Zum Unterschied von der ÖVP werden wir hier keiner Zerstörung der Kunsthalle zustimmen. Ich glaube schon, dass es in Ihrem Sinne ist, innovative ... (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*) Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass es im Sinne einer konservativen Kulturpolitik ist, eine innovative Institution von internationalem Ruf, die Avantgardekunst betreibt (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja ein vorbildlicher internationaler Ruf!*) und auch international bekannt ist, zu zerstören und keine Rücksicht darauf zu nehmen, dass Sie hier einfach irgendwie Dinge fordern, die unter Umständen dazu führen würden, dass Sie die Institution zerstören.

Die GRÜNEN stehen für das Gegenteil, für das Gegenteil von dem, was Sie wollen. (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) Ich habe Ihnen auch nicht dazwischengerufen, Frau Leeb. Wir stehen für das Gegenteil von dem, was Sie hier wollen. Wir wollen Avantgardekunst ermöglichen, wir wollen den internationalen Ruf der Kunsthalle erhalten. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das wollen wir auch!*)

Nicht nur deswegen stimmen wir selbstverständlich diesem Antrag nicht zu. Sie haben das ganze Jahr, seit es Rot-Grün gibt, damit verbracht, grüne Anträge aus der Oppositionszeit oder neue grüne Anträge, grüne Pressemeldungen oder wie im Fall Kunsthalle die Recherchen des grünen Nationalratsabgeordneten Wolfgang Zinggl, denen sie keine eigenen Recherchen hinzufügen konnten, hier vorzulegen.

Schauen Sie, ich bin Buchautor, ich habe mehrere Bücher geschrieben. Wenn Sie meine Bücher abschreiben und mir dann zum Verkauf anbieten, werde ich sie Ihnen auch nicht abkaufen. (*Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN.*) Sie können froh sein, dass ich ein Anhänger offener Lizenzen bin und auch das Urheberrecht nicht einklagen werde. Ich bin da sehr, sehr großzügig. Im Gegenteil, ich freue mich und ich fühle mich geehrt, wenn Sie hier meine Texte als Anträge einbringen. Nur, wir werden dem nicht zustimmen. Ich kaufe Ihnen das nicht ab, was ich selbst gemacht habe.

Aber jetzt einmal zum Fall Matt. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Das habe ich angekündigt, und das wird auch so gemacht. Was ich ankündige – zum Unterschied von vielen Dingen, die Sie sagen –, wird auch so gemacht. (*Ironische Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*)

Ich stehe zu dem, was ich gesagt habe. Dieser Verein Kunsthalle, der es toleriert hat und nach wie vor toleriert, wird keine Subvention der Stadt Wien erhalten, solange die Vorwürfe gegen Gerald Matt nicht aufgeklärt sind, und zwar restlos aufgeklärt sind, und zwar alle Vorwürfe, nicht so, wie das bisher geschehen ist, und solange er diesen Gerald Matt weiter beschäftigt. Das habe ich so gesagt, und das wird auch so sein, denn ohne die GRÜNEN gibt es bekanntermaßen keine Subvention für den Verein Kunsthalle, solange sich das nicht ändert. (*GR Mag Wolfgang Jung: Hoffentlich weiß das die SPÖ!*)

Ich habe mich – zum Unterschied von Ihnen –, und wir haben uns aber auch an die Unschuldsvermutung zu halten. Unschuldsvermutung, das ist ein Begriff, den Sie, glaube ich, sehr, sehr gut kennen, sowohl die ÖVP als auch die FPÖ, wenn wir an Strasser, Grasser, Meischberger, Gorbach, Scheibner oder Scheuch denken, für den ja nicht einmal mehr die Unschuldsvermutung gilt. Wir nehmen das ernst mit der Unschuldsvermutung, deswegen machen wir keine Vorverurteilungen.

Aber für die GRÜNEN gilt etwas, nämlich dass die Kulturpolitik nicht erst dann beginnt, wenn das Strafrecht endet, sondern angesichts der jetzt vorliegenden Vorwürfe haben wir gesehen, dass das nicht mehr so zu halten ist und dass Gerald Matt nicht mehr so zu halten ist.

Sie haben aus dem Bericht der „Zeit“ zitiert, ich zitiere auch aus diesem Bericht der „Zeit“. Über Gerald Matt schreibt die „Zeit“: „Wiewohl der Kunsthalle-Direktor seinen Job der SPÖ verdankt, liegt seine politische Heimat anderswo. In den 80er Jahren arbeitete er für die FPÖ in deren parlamentarischem Klub. Laut der freiheitlichen Kultursprecherin ...“ (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das kann ja keine Rolle spielen, wo er gearbeitet hat!*) Hören Sie einmal zu. Ich glaube das ja auch, dass er überall arbeitet, wo er Geld kriegt, aber er fühlt sich offenbar nach wie vor dieser Ideologie des Geldnehmens für „unsere Leut“ zugehörig.

„Laut der freiheitlichen Kultursprecherin Heidemarie Unterreiner kehrte er der Partei von Jörg Haider erst den Rücken, nachdem ihm die Freiheitlichen kein Nationalratsmandat in Aussicht gestellt haben. Dass Matt aber weiterhin auf FPÖ-Seilschaften zurückgreift, zeigt die im April dieses Jahres bekannt gewordene Einbürgerungsaffäre. Ein Netzwerk aus Vorarlbergern hatte versucht, reichen Ausländern für eine Spende an die Kunsthalle die österreichische Staatsbürgerschaft zu vermitteln.“

Das erinnert mich an einen anderen Herren, den ich vorher zitiert habe, nämlich an den Herrn Scheuch, der ja auch aus Ihren Reihen kommt.

Aber nun zurück zu Matt. Ich habe Anfang dieser Woche Kenntnis erlangt von den eidesstattlichen Erklärungen, die gegen Gerald Matt vorliegen. Ich habe sie hier. Es sind sieben eidesstattliche Erklärungen, die ich gelesen habe, und die sind schlichtweg atemberaubend. Ich zitiere nur aus einer. Da schreibt ein ehemaliger Mitarbeiter der Kunsthalle: „Ich möchte festhalten, dass ich im Zuge meines Wirkens auch Arbeiter in der Kunsthalle, die meist freiberuflich tätig waren, für private Aufträge des Direktors der Kunsthalle, Gerald Matt, abstellen musste. Die Tätigkeiten beinhalteten auch private Arbeiten für Gerald Matt oder ihm nahestehende Personen und hatten jedenfalls nichts mit den Aufgaben der Kunsthalle Wien zu tun. So wurden regelmäßig Matts private Möbel transportiert, Einbauten und Reparaturarbeiten an seinen Autos durchgeführt, oder es wurden Umbauarbeiten in seiner Wohnung in der Gumpendorfer Straße, 1060 Wien, verrichtet. Diese Arbeitsleistungen wurden über den

Verein Kunsthalle abgerechnet und also offenbar von diesem finanziert, und zwar über die Kostenstelle 10 der Buchhaltung. Für die Arbeiten wurden auch die Räumlichkeiten und Infrastruktur des Vereins Kunsthalle Wien – Maschinen, Werkzeuge, Fahrzeuge, Logistik et cetera – genutzt."

Das, meine Damen und Herren, ist für mich ausreichend, dass die GRÜNEN – und ich betone es hier noch einmal – diese Dinge nicht dulden. Wir werden uns als politisches Gewicht in die Waagschale werfen, dass so etwas in Hinkunft nie wieder passiert, weil es mit Steuergeldern der Wiener und Wienerinnen passiert, und wir sind auch hier angetreten, zu verhindern, dass so etwas passiert.

Und deswegen wiederhole ich noch einmal: Ein Verein, der so etwas duldet, wird keine Unterstützung der Stadt Wien mehr erhalten. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Ich sage es Ihnen gerne so oft, wie Sie es hören wollen.

Kulturpolitik beginnt schon viel früher, als das Strafrecht endet. Ich maße mir hier auch kein strafrechtliches Urteil an, sondern ich stehe hier dafür, dass wir Kulturpolitik im Sinne der Transparenz und Sauberkeit machen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Meine Damen und Herren! Zum Vorwurf Transparenz und Sauberkeit – das kann ich jetzt hier, glaube ich, auch für meinen Koalitionspartner sagen –: Transparenz und Sauberkeit sind im Sinne beider Koalitionsparteien aufrechtzuerhalten. Da gibt es noch jemanden anderen, der schuldig ist, nicht nur Gerald Matt, sondern es ist der Verein Kunsthalle, der das offenbar jahrelang geduldet hat.

Ich habe hier einen Dienstvertrag mit Gerald Matt, der es ihm sogar erlaubt, für Nebenbeschäftigungen – das hat der Verein heuer im Frühjahr ja auch in einer OTS gesagt –, der es ihm erlaubt, für Nebenbeschäftigungen, für die er privat Geld kassiert, die Ressourcen der Kunsthalle Wien zu nutzen.

Das, meine Damen und Herren, werden wir nicht weiter dulden. Es ist nicht zu dulden, dass die Wiener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dafür aufkommen, dass sich ein sehr, sehr gut bezahlter Kunstmanager persönlich auch noch bereichert. Wir werden diese Dinge abstellen, gemeinsam mit dem Koalitionspartner, mit dem wir darüber völlige und restlose Einigkeit erzielt haben.

Zum Unterschied von der ÖVP tragen wir allerdings eine Verantwortung, wir tragen die Verantwortung für den Fortbestand der Kunsthalle Wien. Das ist Ihnen wurscht, das haben wir mittlerweile schon mitbekommen, uns ist es nicht wurscht. Wir werden dieser Verantwortung nachkommen, aber es ist, nach dem, was in der Vergangenheit passiert ist, nicht einfach, da rauszukommen. Hier sind in der Vergangenheit Verträge geschlossen worden, für die wir nichts können, wo wir uns jetzt aber bemühen müssen, möglichst friktionsfrei und möglichst auch so, dass der Stadt keine hohen zusätzlichen Kosten erwachsen, rauszukommen und nicht nur den Bestand der Kunsthalle, sondern auch allen Beschäftigten der Kunsthalle – jetzt einmal

ausgenommen den Gerald Matt – einen Fortbestand ihrer Beschäftigungsverhältnisse zu garantieren, den Besuchern und Besucherinnen der Kunsthalle auch weiterhin zu garantieren, dass hier großartiges, hervorragendes, internationale anerkanntes Programm geboten wird. All das soll möglichst friktionsfrei ablaufen.

Und was Sie nicht machen müssen, weil Sie in der Opposition sind – ich beneide Sie nicht darum, denn ich mache diesen Job hier sehr gerne –, was Sie nicht machen müssen, ist, sich jetzt Gedanken darüber zu machen, wie wir da rauskommen. Ich sage, das Erste, was ich von hier aus ausrichte, ist die Message an den Verein Kunsthalle und insbesondere an den Präsident Häusle: Sehr geehrter Verein Kunsthalle! Sehr geehrter Herr Präsident Häusle! Sie sind persönlich haftbar. Ich erinnere Sie daran, dass laut Vereinsgesetz der Vereinsvorstand persönlich haftbar ist. Das heißt, ich fordere den Verein Kunsthalle hiermit nachdrücklich auf, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Problem – und dieses Problem heißt Gerald Matt – gelöst wird. Wenn Ihnen das nicht gelingt, kriegen Sie ein Problem mit der Stadt Wien.

Dafür werden wir sorgen, und dann werden wir uns gemeinsam mit dem Koalitionspartner einfallen lassen, wie wir dieses Problem lösen. Das ist rechtlich nicht ganz unkompliziert, aber hier rauchen die Köpfe, und wir bemühen uns, das zu ändern.

Der Stadtrat hat auch bereits angekündigt, was wir sonst noch machen werden. Das sind Dinge, die im Übrigen auch vom Kontrollamt bereits im Jahr 2002 gefordert wurden und was auch die GRÜNEN immer wieder eingefordert haben. Gemeinsam mit dem Stadtrat werden wir uns darum bemühen, die Kunsthalle auf völlig neue Füße zu stellen, sprich, es wird eine GmbH mit einem Aufsichtsrat geben, der uns die Kontrollmöglichkeiten bietet. Wir werden den Verein völlig umbauen. Wir werden einen Aufsichtsrat mit anerkannten Leuten besetzen, die der Stadt Wien regelmäßig Bericht erstatten und die es uns als Kulturpolitiker dieser Stadt möglich machen, hier auch rechtzeitig einzugreifen. Darüber herrscht völlige Einigkeit mit dem Koalitionspartner.

Die GRÜNEN werden auch weiterhin in der Wiener Kulturpolitik wie auch anderswo für Sauberkeit und Transparenz stehen, aber zum Unterschied von den Oppositionsparteien werden wir auch dafür stehen, dass der Fortbestand der Kunsthalle gesichert ist und dass wir hier kulturpolitische Verantwortung übernehmen. – Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau GRin Ing Leeb gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Sie haben drei Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Das wird schwer, da gibt es viel zu sagen, aber die tatsächliche Berichtigung ist: Die Texte, Herr Lobo, sind von uns. (*Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Die Forderung, die Sie gestellt haben, haben wir bereits vor dem Sommer gestellt, aber darum geht es gar nicht.

Was Sie heute hier da gerade schön demonstriert haben, ist: Sie wollen Verantwortung für die Kunsthalle übernehmen und nicht für die Bürger und Bürgerinnen in dieser Stadt, die seit Jahren und mittlerweile Jahrzehnten dieses unwürdige Schauspiel finanzieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben es nachher zwar gesagt, für die Verträge haftet der Vorstand, da brauchen Sie sich überhaupt keine Gedanken zu machen. Und wir werden Sie beim Wort nehmen. Sie haben heute gesagt, es wird ohne Reorganisation und solange Gerald Matt in der Kunsthalle tätig ist, keine Subventionen geben. Sie haben es hier mehrfach gesagt. Wir werden Sie beim Wort nehmen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Frau Kollegin, ich darf Sie ganz kurz unterbrechen. Sie haben sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Bitte, das tatsächlich zu berichtigen, was zu berichtigen ist.

GRin Ing Isabella **Leeb** *(fortsetzend)*: Das war der Text.

Und eines möchte ich auch noch tatsächlich berichtigen. Sie haben heute klar bewiesen, dass Sie keine Kontrollfunktion in der Regierung übernehmen können *(GRin Dr Sigrid Pilz: Berichtigung!)*, dass Sie zu etwas verkommen sind, was mit Kontrollfunktion nichts mehr zu tun hat. Sie sind Claqueure geworden, die sich für etwas aufspielen, das Sie in keinster Weise darstellen. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Das war keine tatsächliche Berichtigung!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Meine Damen und Herren! Ich habe es schon im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung, glaube ich, angemerkt. Ich bitte, bei tatsächlichen Berichtigungen tatsächlich Berichtigungen vorzunehmen. Ich verweise auf die Geschäftsordnung, die in diesem Hinblick sehr dünn ist. Da wird nicht näher ausgeführt, wie man vorzugehen hat. Ich glaube, wir sollten uns da am Nationalrat orientieren, da ist das relativ eindeutig. Es gibt einen Tatbestand, der wird vorgetragen, der wird berichtigt.

Als nächster Redner hat sich Herr GR Mag Ebinger gemeldet. Er hat 40 Minuten. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das war eine unglaubliche Rede vom Kollegen Werner-Lobo. Also ich würde ein bisschen aufpassen. Heute ist die Frau Kollegin Gretner gegangen. *(Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Die Kollegin Jerusalem hat einmal gegen eine Personalentscheidung in Stadtschulrat gestimmt und ist auch schon ausgetauscht worden.

Es war eigentlich eine Verteidigung seiner Pressemeldung mit gleichzeitiger Relativierung in jedem Satz. Das ist schwer, das ist so – ich habe das schon einmal gesagt – wie der Nestroy gesagt hat: „Jetzt bin ich g'spannt, wer g'winnt. I oder i?“ Und er hat gesagt – vielleicht gehe ich irgendwann dann später noch darauf ein, ich habe 40 Minuten, das muss man einmal ausnutzen –, die Transparenz ist etwas ganz Wichtiges,

und da spricht er genauso für seinen Koalitionspartner – der Herr Stadtrat befindet sich irgendwo unsichtbar im Hintergrund, es redet jetzt nur mehr der Herr Klaus Werner-Lobo –, und das ist an sich schon skurril, das zu sagen, denn gerade die Stadt Wien hat mit Transparenz nicht gerade sehr viel zu tun.

Wir sind in der Kultur die Intransparenz ja geradezu gewöhnt. Ich denke an unsere langjährige Forderung, gemeinsam mit der ÖVP und früher einmal gemeinsam mit den GRÜNEN, dass man eine jährliche Liste erstellen soll, in der alle Subventionen enthalten sind, wo jeder drinnen steht, der eine begehrt hat, wo drinnen steht, was jeder dann tatsächlich bekommen hat beziehungsweise ob er was bekommen hat. Das ist immer abgelehnt worden.

Ich denke da an die sogenannten unabhängigen Kommissionen, die es gibt, die zum Beispiel die Off-Theater-Subventionen vergeben. Als Minimum an Transparenz kann man als Opposition schon erwarten, dass bei einer Subventionsvergabe von 3,57 Millionen EUR, also 50 Millionen Schilling, zumindest drinnensteht, wer was bekommen hat. Das Warum soll meinerwegen die unabhängige Kommission entscheiden, aber ich kann nicht einer solchen Subvention blind zustimmen, wenn ich nicht einmal weiß, wem ich was gegeben habe. Das ist gelebte Transparenz der Stadt Wien.

Und da gibt es auch das berühmte und sehr skurrile Beispiel mit der Kunst im öffentlichen Raum – auch da ist Kollege Matt Direktor –, wo Sie wiederum einen sehr dicken Akt haben, in dem jedes Projekt drinnensteht und wo damals vor zwei Jahren bei einem Projekt drinnenstand: „auf persönlichen Wunsch des Herrn Bürgermeister“. Gleichzeitig rühmte man sich, das sei eine internationale unabhängige Kommission.

Seit diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, bin ich einfach sehr skeptisch, was Unabhängigkeit in der Stadt Wien bedeutet, und ich lasse mich hier auch nicht so leicht überzeugen, weil ich ständig vom Gegenteil überzeugt werde.

Ich habe einmal einen Fall gehabt, nämlich diese „living books“, wenn Sie sich erinnern. Da ist es darum gegangen, dass eben einer etwas erzählt. Dafür gibt es eine Förderung von der MA 7, und gleichzeitig steht bei „living books“ auch etwas von einer Förderung vom Verein Stadtimpuls.

Daraufhin habe ich gefragt und erfahren: Der Verein Stadtimpuls wird zufälligerweise von einem sozialistischen Bezirksrat und Bezirksvorsteher-Stellvertreter geleitet, erhält eine Subvention von 385 000 EUR und vergibt seinerseits eine Subvention. Das heißt, der Verein vergibt eine Subvention und bekommt selber eine Subvention, ein Sub-Subventionsvergeber sozusagen.

Da kann man sagen, die MA 7 hat gewisse Kriterien für ihre Subventionen, aber: Ist das transparent, dass diese dann ohne Kriterien weitervergeben werden? Und was war damals die Antwort vom Herrn Stadtrat? Kollege Ebinger, das ist doch üblich in der Subventionsvergabe!

Und da kommen Sie mir mit Transparenz und mit dem Koalitionspartner! Da passt es ja wie die Faust aufs

Auge, dass wir heute Transparency International beitreten, meine Damen und Herren. Da gehören wir hin als Stadt Wien! Das ist der Hohn schlechthin, meine Damen und Herren! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Aber ich habe vorhin Kunst im öffentlichen Raum erwähnt, damit kommen wir zum Thema Matt. Vielleicht noch der Vollständigkeit und der Richtigkeit halber: Dem Aktenstück, dieser Umwidmung betreffend die Sammlung Rotes Wien stimmen wir klarerweise auch nicht zu.

Wobei wir nichts dagegen haben, Herr Kollege Troch, auch das habe ich schon ausgeführt, dass die Stadt Wien auf die Erfolge der Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit – ich sage das, der Zwischenkriegszeit! –, die unbestreitbar waren – ich sage, waren! –, hinweist. Nur verstehen wir nicht, warum man da einen eigenen Verein machen muss und das nicht als zusätzliches Budget dem Museum der Stadt Wien gibt und das so abführen kann. Das habe ich ja schon mehrfach ausgeführt, das ist nur für das Aktenstück.

Kommen wir also zu dieser Kunsthalle. Solche Dinge scheinen bei Museumsdirektoren und Kunstschaaffenden in Österreich üblich zu sein. Das hat einmal mit Seipel begonnen. Der hat ja bekannterweise immer Dubletten gesammelt, auch das war etwas Lustiges. Die haben eingekauft und dann hat er die Dubletten von Uschebtis – ich frage mich, wie es bei 3 000 Jahre alten Sachen Dubletten geben kann, damals gab es ja gar keine Produktion in dem Sinne – eben in seine Privatsammlung abgekauft.

Noever, ehemaliger MAK-Direktor, klagt jetzt – eine unglaubliche Frechheit eigentlich – sogar ein Erfolgshonorar ein und sagt, dass die Geburtstagsfeiern für seine Mama im Interesse des Museums für angewandte Kunst waren. So weit sind wir gekommen!

Es ist ja eine Politik und eine Stimmung in diesem Land, die eigentlich unglaublich ist. Nicht nur, dass solche Dinge vorkommen, sondern diese Leute gehen her und klagen da noch etwas ein! In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Geschichte um Gerald Matt zu sehen.

Es gab schon früher Vorwürfe. Er wurde von der StRin Pasterk ... Zuerst war er kulturpolitischer Berater, dann Generalsekretär der Kunsthalle. Die künstlerische Leitung hatte damals Cathrin Pichler, die in einem „Standard“-Interview 1998 gesagt hat, er lässt die Texte von Ghostwritern schreiben und manipuliert die Besucherzahlen. Das war 1998.

Der Herr Chefkurator Mießgang wurde von jetzt auf sofort entlassen, und zwar aus schwerwiegenden Gründen, weil man ihm nämlich Datenklau vorgeworfen hat. Er selbst hat, das ist durchaus glaubwürdig, die meisten Texte von Gerald Matt in den letzten 11 Jahren geschrieben, die dann der Matt ...

Er hat das gern gemacht. Er hat auch im Buch „Gespräche – Österreichs Kunst der 60er Jahre“ beim Interview mit Hrdlicka seinen Namen eingesetzt, obwohl das Interview von jemand anderem geführt wurde. Dieses Buch ist jetzt, glaube ich, eingestampft worden,

weil sie sich nicht mehr einigen konnten. Er hat also ein gewisses Geltungsbewusstsein. (*Leiser Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) – Bitte? Ich verstehe das nicht, ich höre es nicht.

Interessant sind auch die Verträge, die Klaus Werner-Lobo angesprochen hat. Auch so etwas habe ich noch nicht gesehen. Wenn man dem „profil“ glauben kann, stand in Matts Dienstvertrag seit 2003 „Vergütung allgemeiner Reisekosten, die nicht einem bestimmten Projekt zugeordnet werden können“, bis zur Höhe von 18 500 EUR pro Jahr. (*GR Mag Wolfgang Jung: Urlaub!*)

Das verstehe ich als Jurist eigentlich nicht. Die Kunsthalle hat laufende oder eben geplante Projekte, und es müsste einem Menschen eigentlich ganz leicht möglich sein, seine Dienstreisen einem Projekt zuzuordnen. Daher muss man davon ausgehen, dass die 18 500 EUR, die nicht zuordenbar sind, aber im Dienstvertrag stehen, nur Privatreisen sein können. Das heißt, offensichtlich steht im Dienstvertrag: 18 500 EUR Privatreisen.

Dann kommt der von der Kollegin Leeb zitierte lange Artikel auf „Zeit Online“ „Dandy und Despot“, wo eben Dinge ausgeführt werden, die ich jetzt gerade auch schon erwähnt habe, ein ganzer Berg von Vorwürfen: frisierte Besucherzahlen, fragwürdige Nebeneinkünfte, zu Unrecht unter seinem Namen veröffentlichte Publikationen, ihm zugeschriebene Ausstellungen, Mobbing. Es gibt sechs eidesstattliche Erklärungen von Mitarbeitern, von persönlichen Urlaubsreisen, Bankgeschäften, dass Umbauarbeiten in seiner Wohnung durchgeführt wurden sowie Reparaturen an seinem Oldtimer Mercedes 220 Coupé.

Das Neueste, das aufgekommen ist, ist diese Diskussion im Zusammenhang mit der Initiative der Kulturministerin Schmied, dass die Kunsthalle in das Künstlerhaus gehen soll, weil sie den Platz im Museum für das Museum moderner Kunst braucht. Dazu wurde eine Machbarkeitsstudie veranlasst, von der Stadt Wien natürlich, inwieweit die Kunsthalle ins Künstlerhaus einziehen kann. Diese Studie wurde von seiner langjährigen Freundin Susanne Moser gemacht, die mit ihm gemeinsam das Buch „Kulturmanagement leicht gemacht“ geschrieben hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sehr leicht!*) – Ja, sehr leicht!

Diese Studie kommt natürlich zum Schluss, dass im Künstlerhaus für die Kunsthalle kein Platz ist. Dafür wurden im Dezember 2009 33 600 EUR netto, zuzüglich Spesen – beim Matt ist es ja gefährlich, wenn Spesen zuzüglich sind, aber das ist nicht der Matt – und Umsatzsteuer verrechnet.

Ich möchte auch Matts Initiativen hinsichtlich Staatsbürgerschaftverleihung gegen Zuwendungen nicht unerwähnt lassen. Das ist ja ein Thema, das in Wien momentan sehr en vogue ist.

Da gibt es einen Fall in Salzburg, der von der Staatsanwaltschaft nur widerwillig aufgenommen und gleich wieder eingestellt wurde, wo aber auf Grund des Prüfberichtes von Audit Services Austria festgestellt wurde, dass für die 2,5-Millionen-EUR-Spende 300 000 EUR auf ein nordzypriotisches Konto gegangen sind;

und die Frau Landeshauptfrau wurde nicht zur politischen Verantwortung gezogen, das ist eingestellt worden, es gibt keine politische Verantwortung!

In diesem Falle Matt sagt der Herr Matt, er habe ja nur gefragt, ob das möglich sei. – Ganz so ist es nicht, denn hier steht doch ... Er sagt dann noch etwas anderes, und das wirft noch ein anderes Licht auf die Sache. Dazu haben wir einen Präzedenzfall in Kärnten, wo jemand sozusagen präventiv für alle verurteilt wird, und dann steht hier, Matt, „Der Vorstand der Kunsthalle bestätigte die Vorgänge“, nämlich mit den Worten: „Wie die Albertina und andere Kunstinstitute auch“, habe eben auch die Kunsthalle versucht, durch Verleihung von Staatsbürgerschaften Sponsoren zu finden. Es ist offensichtlich gang und gäbe, dass das gemacht wird.

Weiter steht hier, dass Matts Rechtsanwalt Lumper an Matt geschrieben hat, einer der Investoren lade ihn, Matt, nach Kuwait ein, wobei selbstverständlich alles bezahlt wird. Darauf schreibt Matt zurück, dass er sich auf diese Einladung sehr freut. „Am 18. April wurde das Büro Lumper informiert, dass die Reise nach Kuwait nun doch klappt.“ Involviert in die Reiseplanung war ein Mitarbeiter der HSBC-Private Bank. Am 21. April übermittelte das Büro Lumper das elektronische ‚Matt-Ticket‘.“

Wolfgang Zinggl vom Parlament hat die Anzeige dazu erstattet, wobei die Kunsthalle wiederum einen Rechts-Universitätsprofessor engagiert hat, der sagt, das sei alles legal. Mir soll alles recht sein: Wenn es legal ist, dann ist es für alle legal; ich möchte nur nicht, dass mit zweierlei Maß gemessen wird. Deswegen sind wir sehr daran interessiert, dass solche Fälle bis zum letzten aufgeklärt werden! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Es gibt auch einen lustigen Artikel auf „orf.at“. Ich lese das über Matt als Sammler deswegen vor, weil das das Ganze vielleicht in ein anderes Licht setzt. Vielleicht war das alles ganz anders. Da steht also: „Kunst erweitert das Leben. ‚The power of being deeply moved by the presence of beautiful objects.‘ Diesen Ausspruch des englischen Philosophen Walter Pater hat sich der Direktor der Kunsthalle Wien, Gerald Matt, zu Eigen gemacht.“

Um mich kurz selbst zu unterbrechen: Ein Wortgewaltiger ist er natürlich, das muss man sagen. Wenn ich mich an diese Swingerklub-Diskussion erinnere, da war die Kollegin Unterreiner in der Sendung „Am Punkt“. Da ist nicht der StR Mailath-Pokorny hingegangen, der der Secession die Subventionen vergeben hat, sondern da hat er den Herrn Matt hingeschickt, die Stimme seines Herrn, weil der doch um einiges eloquenter reden kann. Die Kunstschaffenden haben ja so Ausdrücke, bei denen ein Normaler lieber ruhig ist, bevor er einen Blödsinn redet, nicht?

Hubsli Kramar, den Händebeißer, hat er auch hingeschickt. Die sind beide sozusagen losgegangen auf die Kollegin Unterreiner. Das sind dann die Unabhängigen, die in schwierigen Diskussionen die Standpunkte der Stadt Wien vertreten, nicht? (*Heiterkeit bei GR Mag Dietbert Kowarik.*)

Also gut. In diesem Artikel auf „orf.at“ heißt es, Herr

Matt sei tief ergriffen von den schönen Gegenständen und das treibe ihn eben zum Sammeln. Er sammelt „Krawatten, Frauenfiguren der 20er und 30er Jahre, Überseekoffer, aber auch zeitgenössische Fotografien“. – Gott sei Dank keine Uschebtis, wie der Seipel, aber bitte.

Jetzt kommt etwas Skurriles: „Gerald Matt ist außer Sammler auch ein obsessiv Reisender. Seine ausgewählten Fundstücke sind Postkarten – und die sind nur scheinbar gewöhnlich: Seit vielen Jahren schreibt Gerald Matt Karten an sich selbst, als Absender gibt er einen gewissen Herrn ‚Sebastian Mayrek‘ an, der Vorname der erdachten Figur kündigt von einer besonderen Verehrung.

‚Dieser Sebastian, auch als Heiliger Sebastian, war eine ganz wichtige Figur in der Kunstgeschichte, auch für viele Autoren und Künstler.‘

In Havanna, Buenos Aires, Shanghai, Kiev oder am Weg von Südnorwegen zum Nordkap hinauf – an jeder Straßenecke, auf jedem Breitengrad dieser Erde finden sich Geschichten, die postwendend an die Adresse ‚Gerald Matt‘ in Wien kommen. Dass die Geschichten allesamt nicht der ‚Wahrheit‘ entsprechen, stört Gerald Matt keineswegs. Sein Kunstverständnis und seine Lebensauffassung sind immerhin eng mit den Begriffen Fiktion und Realität verbunden.

‚Es ist spannend, einen Freund wie Sebastian zu haben, der eine Möglichkeit, die ich selbst nicht lebe, quasi auslebt und mir über die Postkarten zukommen lässt. So sind das sozusagen Tagebücher meines fiktiven Helden.“ – Ich weiß nicht, vielleicht war das alles ganz wer anderer. (*Heiterkeit des Redners und bei der FPÖ.*)

Aber lassen wir den Spaß beiseite. Es ist eine Fülle von Vorwürfen, die wir sehr wohl ernst nehmen und auf die unserer Meinung nach nicht oder viel zu langsam reagiert wurde. Die Kollegin Leeb hat es gesagt: Die Prüfung durch das Kontrollamt dauert bis Ende nächsten Jahres, und es ist eigentlich nicht einzusehen, dass bis Ende nächsten Jahres nichts passiert.

Jetzt kam etwas ganz Interessantes. Der Kultursprecher der GRÜNEN hat sich in einem Artikel oder einer Wortmeldung zu Wort gemeldet und gemeint: Keine Subvention, wenn Matt bleibt. Heute hat er, glaube ich, gesagt, keine Subvention, solange das nicht aufgeklärt ist. Das heißt für mich: Ab heute gibt es keine Subvention mehr. Oder? Ich meine, das kann man nur so verstehen.

Klarerweise sagt er, es gilt die Unschuldsvermutung. Klar, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass er unschuldig war. Aber das ist eben die Schwierigkeit. Die Stadt Wien muss zeitnah etwas tun. Man kann nicht zuschauen, wie da Steuergelder zweckwidrig verwendet werden, und dann immer nur sagen, nein, das geht nicht.

Eines möchte ich schon sagen. Es ist ja lächerlich: Kaum ist Matt in der Bredouille, und alle sind ja in der Bredouille mit dem Matt, heißt es, der war ja früher Freiheitlicher, das ist klar! – Ein Opportunist ist er, wenn schon. Aber dass er bis 1986, noch vor Haider, Freiheitlicher war, fällt einem jetzt natürlich als geniales

Argument ein, denn das Böse ist ja immer freiheitlich. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Ein nettes Beispiel dazu: Als diese Ausschreitungen im Hanappi-Stadion waren. Ihr alle wisst ja: In der SPÖ kann man gescheit oder blöd sein, man kann sein, was immer man will, aber man muss entweder bei Rapid oder bei Austria sein *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* – ich weiß, du bist bei Rapid –, sonst wird man in der Wiener SPÖ nichts.

Kaum sind die Ausschreitungen passiert *(Der Redner hält die genannte Zeitschrift in die Höhe.)*, steht in der „News“, die Fans sind alles Freiheitliche, typisch, das ist die FPÖ. Die Fans haben mit uns nichts zu tun! Genauso kommt mir das mit dem Matt vor. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Es reicht, opportunistisch zu sein!)*

Also bitte, ich sage dir nur: Pass auf! Du hast jetzt versucht, die Kurve zu kratzen, einerseits mit der klaren Ansage, keine Subvention, andererseits mit dem Hinweis auf die Unschuldsumutung, mal sehen, was da jetzt herauskommt. Ich glaube nicht, dass jetzt irgendetwas herauskommt. Ich glaube nicht, dass ab heute die Subvention gestrichen wird.

Unseren Anträgen werdet ihr sicher nicht zustimmen. Deswegen hat Isabella Leeb sicher recht, wenn sie sagt: Ab heute gibt es keine Ausrede mehr, die Verantwortung ist auch bei den GRÜNEN.

Es gibt auch Artikel über den Herrn StR Mailath-Pokorny. In seinen Stellungnahmen meint er, er könne „über Verträge nicht bestimmen“. Er gibt kaum konkrete Antworten: „Diese Frage betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung.“ – Ja, das sind eben die typischen Antworten. Deswegen möchte ich gemeinsam mit Johann Gudenus, abgesehen davon, dass wir dem Antrag der ÖVP klarerweise zustimmen, ebenfalls einen Antrag einbringen, der da lautet:

„Der amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft wird aufgefordert, alle nötigen Maßnahmen in seinem Wirkungsbereich zu ergreifen,“ – damit eben nicht nur der Kollege Werner-Lobo für den Koalitionspartner spricht, sondern der Herr Stadtrat seine Verantwortung persönlich wahrnimmt – „damit Gerald Matt umgehend von seiner Funktion als Direktor der Wiener Kunsthalle abberufen wird. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich hätte noch 19 Minuten *(GR Mag Wolfgang Jung: Gib sie dem Stadtrat!)*, aber ich bin ein freundlicher Mensch. Dem Aktenstück zur Sammlung Rotes Wien stimmen wir trotzdem nicht zu. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Auch ich werde dem Aktenstück nicht zustimmen, und zwar nicht, weil ich etwas gegen die Sammlung Rotes Wien habe. Es ist schon fast ein bisschen zum Schmunzeln, wenn es nicht so traurig wäre. Wenn man sich den Akt anschaut, steht darin: „Durch nicht vorhersehbare Kostenüberschreitungen wurde die

gewährte Subvention nicht ausgeschöpft.“ – Als ob eine Kostenüberschreitung ein Unglück wäre, das über jemanden hereinbricht!

Also, es soll doch nichts Schlimmeres passieren, als dass ein zuerkannter Subventionsbetrag nicht ausgeschöpft wird. Dann wird er eben nicht ausgeschöpft, er bleibt liegen und es steht jedem offen, da sozusagen wieder einen Antrag zu stellen. Ich glaube, in Zeiten der Sparsamkeit sind Überschreitungen etwas Schönes und Wünschenswertes – und nicht etwas Schreckliches, das nach einer Umwidmung schreit.

Ein paar Worte zur Kunsthalle. Ich habe dem Kollegen Werner-Lobo sehr gut zugehört. Er hat der Opposition, vor allem der Kollegin Leeb, unterstellt, dass sie die Kunsthalle aus ideologischen Gründen quasi umbringen möchte. Das könnte ich jetzt tatsächlich berichtigen: Tatsache ist, dass die Frau Kollegin Leeb seit Monaten massiv dahinter war, nicht die Kunsthalle umzubringen, sondern die Abberufung des Direktors, der unhaltbar ist, zu fordern.

Was Sie machen, ist hingegen genau das, was Sie der Opposition, unter anderem der Kollegin Leeb, unterstellen. Sie wollen nämlich die ganze Kunsthalle trockenlegen, weil Sie nicht in der Lage sind, einen untragbaren und unhaltbaren Direktor abzurufen! *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Sie setzen das Schicksal der Kunsthalle aufs Spiel, weil Sie von Ihren Durchgriffsmöglichkeiten, die Sie entweder juristisch haben sollten oder faktisch haben, nicht Gebrauch machen wollen – oder können oder intern noch nicht einig sind.

Als Jurist und Arbeitsrechtler habe ich Ihnen doppelt genau zugehört. Wenn Sie davon sprechen, dass da die Köpfe rauchen, dass man schaut, wie man das juristisch macht, dass man das friktionsfrei hinbekommt: Meine Damen und Herren! Die einzige Möglichkeit, so etwas friktionsfrei hinzubekommen, ist, einen Batzen Steuergeld hinzulegen und den Direktor bei laufenden Bezügen entweder freizustellen oder herauszukaufen. Da rauchen nicht die Köpfe, sondern da „brennen“ die Wienerinnen und Wiener, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ich weiß auch nicht, warum man immer das Strafrecht braucht. Es handelt sich da um einen Dienstvertrag. Das Strafrecht ist so ein grober Raster! Kleine Supermarktkassiere können entlassen werden, wenn sie ein abgelaufenes Packerl Lebensmittel mitnehmen; dann sagt man, der ist vertrauenswürdig. Das muss nicht strafbar sein!

Wer auf seinem Dienst-PC gegen Weisung des Arbeitgebers ein privates Computerprogramm benützt oder gegen das Verbot, während der Dienstzeit auf Facebook zu surfen, verstößt, kann entlassen werden. Das sind heutzutage arbeitsrechtliche Entlassungsgründe, da braucht man kein Strafrecht!

Umgekehrt, wenn Sie Entlassungsgründe nicht rasch und unverzüglich geltend machen, dann sind sie weg, dann sind sie verjährt, verfristet. Das wird über eine Verzeihung konstruiert, mit dem Vorwand, dass der Dienstgeber in Kenntnis des Entlassungsgrundes nichts

unternommen hat, dann sind die Dinge weg!

Deswegen ist Gefahr in Verzug. Es ist bis dato nicht gehandelt worden, es ist niemand entlassen worden. Ich befürchte, dass die Entlassungsgründe schlichtweg weg sind. Dann kann man sich beraten lassen, und dann wird es wirklich teuer! Meine Damen und Herren, hier ist Gefahr in Verzug – einerseits für die Kunsthalle, andererseits für den Steuerzahler!

Es ist bereits darauf hingewiesen worden: Es ist schon eine Chuzpe, dass eine Gebietskörperschaft, die es mehr oder weniger in die Champions League der Intransparenz gebracht hat, am selben Tag, wo man eine so eine starke Ausprägung der Intransparenz abermals diskutiert, Transparency International beitrifft.

In den Vereinsstatuten von Transparency International heißt es, man möchte „einen Beitrag zu transparenzfreundlichen und korruptionsresistenten Rahmenbedingungen“ leisten, es müsse die „Sensibilität der Öffentlichkeit gegenüber Transparenz“ gesteigert werden, man will eine allgemeine Bewusstseinsbildung.

Meine Damen und Herren! Nicht nur im Kulturbereich, aber da besonders, haben Sie ein System aufgezogen, das ja beinahe ein Schulbeispiel dafür ist, wie man sozusagen verschleiert, wie man Vereine gründet, die man beherrscht, auf die man aber formal keinen Einfluss ausüben kann, die zur Gänze von der Stadt leben!

Das betrifft nicht nur die Kunsthalle, das betrifft auch die Vereinigten Bühnen Wien, die Wiener Symphoniker und so weiter. Überall weiß man, wer das Sagen hat: Das Sagen hat da immer das Rathaus, im Hintergrund politisch die SPÖ, jetzt versuchen eben die GRÜNEN, ein bisschen mitzutun.

Ich kenne den Präsidenten Fiedler, vor allem aus seinen medialen Auftritten. Jetzt habe ich mir gedacht: Wieso nimmt der Fiedler die Stadt Wien zu Transparency? Ich bin eigentlich nur zu einem einzigen einigermaßen logischen Erklärungsmuster gekommen: Er möchte ein Schulobjekt. (*Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.*) Er möchte den Intransparenzjägern zeigen: Bitte – so wie man in der Pathologie teilweise arbeiten muss und sagt, jetzt schauen wir uns das einmal vor Ort an –, werdet Vereinsmitglied, dann können wir uns das ansehen, vielleicht können wir dann irgendwo Intransparenzen aufdecken. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Transparenz soll also bitte nicht nur mit 5 000 EUR sozusagen abgepeist werden. Oder man könnte sagen: „If you can't beat them, join them.“ – also gehen wir eben hinein und unterwandern den Verein Transparency. Halten Sie es mit den Vereinsstatuten des Vereins, bei dem Sie heute Mitglied geworden sind! Schaffen Sie Ordnung! Wir stehen zur Kunsthalle, aber wir wollen ordentliche Arbeits- und sonstige rechtliche Verhältnisse! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Mag Ines Anger-Koch und GRin Ing Isabella Leeb.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Woller. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe in den Reden aller meiner VorrednerInnen vor allem zwei Dinge vermisst: Erstens, dass es in einer Kulturdebatte eigentlich angemessen wäre, auch einmal über Kunst und Kultur zu sprechen (*GR Mag Wolfgang Jung: Da geht's aber um Unkultur!*); und zweitens, dass alle meine VorrednerInnen zumindest einmal auch den Lieblingssatz des Jahres 2011 in den Mund nehmen, nämlich: „Es gilt die Unschuldsvermutung.“ – auch für Gerald Matt.

Zu diesem zweiten Punkt möchte ich später kommen. Zuerst möchte ich doch meinen, dass es sehr viel gibt, worüber es in einer Hauptdebatte über Kunst und Kultur des Wiener Gemeinderates angemessen ist, einmal zu reden: über die grandiose Aufführung der Händel-Oper „Serse“ im Theater an der Wien. Jenen, die sie nicht gesehen beziehungsweise gehört haben, kann ich nur sagen: Großartig, umjubelt, das Opernhaus Nummer 1 in Europa.

Man könnte reden über den Film „Atmen“, das großartige Regiedebüt von Karl Markovics – ein Film, der als österreichischer Kandidat für den Auslands-Oscar ausgewählt wurde. Man könnte auch reden über eine Million Gratisbücher, die in Wien verteilt wurden. Diese Woche haben wir „Der Geschichtenerzähler“ von Mario Vargas Llosa verteilt. Das machen wir seit 10 Jahren, wobei jedes Jahr 100 000 Bücher gratis verteilt werden.

Wir könnten reden über eine Millionen verkaufte österreichische Filme in der Edition „Der österreichische Film“ von Georg Hoanzl. Wir könnten über vieles reden, Natürlich auch über den eigentlichen Inhalt des Poststückes Nummer 10, nämlich über das neue Museum Rotes Wien, im „Waschsalon“ im Karl-Marx-Hof.

Allen, die es noch nicht gesehen haben, kann ich nur einen Besuch empfehlen, es ist ein wunderbares, kleines, besonders feines Museum zu einer wichtigen kulturgeschichtlichen Epoche unserer Stadt. Es ist ein Museum, das die wohnungspolitische, sozialpolitische und kulturhistorische Dimension des Roten Wien aufzeigt – des Roten Wien, das überall in der Welt zu Recht bewundert wird und auf das wir zu Recht auch stolz sein können.

Vor wenigen Tagen haben unser Bürgermeister und der Wohnbaustadtrat im „Waschsalon“ die Sonderausstellung über Hubert Gessner eröffnet – einen Otto-Wagner-Schüler, der unter anderem so wichtige Bauten errichtet hat wie den Karl-Seitz-Hof, den Lassallehof, den Reumannhof und die Augartenbrücke, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Ich glaube, Kollege Dr Aigner ist deshalb aus dem ÖVP-Klub ausgeschieden, damit er nicht nur von der ÖVP, sondern auch von der FPÖ Applaus bekommt. Das scheint jetzt eine Strategie zu sein, so kann man mehr Applaus bekommen. Die ÖVP wird nicht stärker werden, das sehe ich schon ein; daher ist es ganz logisch, auszutreten und dann von beiden Oppositionsparteien Applaus zu bekommen.

Wenn der Kollege Dr Aigner sagt, da ist Geld übrig geblieben, dann stimmt es tatsächlich: Die Verantwortlichen haben sehr, sehr gut gearbeitet. Nur

war es so: Das Museum wurde am 1. Mai 2010 eröffnet. Im ersten Jahr war noch nicht ganz klar, wie viel an Betriebskosten, zum Beispiel Energiekosten, auflaufen würde. Da wurde sehr geschickt gewirtschaftet. Es ist ja positiv, dass jemand sehr gut mit Geld umgeht und versucht, möglichst viel einzusparen.

Dann haben die Leute vom Museum Rotes Wien in Absprache mit der Kulturabteilung der Stadt Wien gesagt, um die Gelder, die übrig geblieben sind, kaufen wir dann andere Dinge ein und erledigen Dinge, die sehr wichtig sind, insbesondere die Restaurierung von einer ganzen Reihe von Büsten, insbesondere von Büsten, die dem Wien Museum gehören.

Nun, wenn wir schon über Kunst sprechen, möchte ich auch über das neue Herzeigeprojekt der Kulturstadt Wien, nämlich Kunst im öffentlichen Raum sprechen, mit dem der Stadt Wien in den letzten acht Jahren ein wirklich großer Wurf gelungen ist, mit dem wir es geschafft haben, zeitgenössische Kunst, bildende Kunst, in den öffentlichen Raum zu bringen, Platz für Rezeption und Diskussion zu finden.

Kunst im öffentlichen Raum ist Kunst, die man quasi im Vorbeigehen erleben kann, mit der man sich auseinandersetzen kann, über die man streiten kann, wo man keine Schwellen überschreiten muss wie bei einem Museum, einer Galerie oder einer Kunsthalle, sondern einfach im Vorbeigehen mit Kunst im öffentlichen Raum konfrontiert wird.

Der Fonds Kunst im öffentlichen Raum hat in diesen sieben Jahren ein beachtliches Programm gezeigt. Ein beachtliches Programm ist realisiert worden, welches in dieser wunderbaren Broschüre „Art Walks“ (*Der Redner hält die genannte Broschüre in die Höhe.*) und auch im Internet sehr gut dargestellt wird.

Ich möchte jetzt nur zwei Beispiele nennen. Erstens die Aktion „Kunst zahlt Miete / Miete zahlt Kunst.“, die ich vor wenigen Tagen für den Wiener Wohnbaustadtrat eröffnen durfte. Dabei wird in elf Wohnungen im Karl-Wrba-Hof in Favoriten von elf Künstlerinnen und Künstlern Kunst präsentiert, wobei die Wohnungen geöffnet werden – für Diskussion, aber auch für den Besuch des Publikums.

Es war tatsächlich faszinierend zu sehen, dass elf ganz normale Mieterinnen und Mieter des Karl-Wrba-Hofes – und das ist kein privilegiertes Haus, wie wir wissen – sich mit Kunst auseinandersetzen. Es hat einen intensiven Diskurs gegeben. Übrigens: Sieben dieser elf Mieterinnen und Mieter haben Migrationshintergrund.

Es war faszinierend, beispielsweise den Fotokünstler Paul Albert Leitner im Gespräch zu erleben mit dem 94-jährigen Mieter, Herrn Klobutschar, der seit 40 Jahren selbst fotografiert und sagt, eigentlich bin auch ich Fotokünstler; und ganz so unrecht hat er nicht, wie wir dann im Gespräch feststellen konnten. Da verschwimmen Grenzen zwischen Kunst und Alltagskultur, und das ist gut so.

Erwähnen möchte ich auch die Medieninstallation „PI“ des kanadischen Künstlers Ken Lum in der Westpassage des Karlsplatzes, die meines Erachtens die meistbeachtete, meistbetrachtete, meistdiskutierte und

meistfotografierte Kunstinstallation der Stadt ist. Bei jedem Durchgehen erlebe ich, wie die Menschen diese Kunst betrachten, diskutieren und rezipieren.

Das Erfolgsprojekt Kunst im öffentlichen Raum wird kuratiert und umgesetzt von der Kunsthalle Wien, und zwar in Verantwortung der beiden Geschäftsführer Bettina Leidl und Gerald Matt. Das wird hervorragend umgesetzt, das muss man gerade in der heutigen Diskussion sagen! Da gibt es temporäre Projekte wie zum Beispiel die Installation „TOO LATE“ am Morzinplatz – sie ist leider schon vorbei, aber man kann sie sich noch im Internet ansehen.

Dann gibt es die Bespielung von permanenten Kunstplätzen. Der Graben wird mit Thomas Schüttes „Große(n) Geister(n)“ bespielt, der Kunstplatz Karlsplatz wird jährlich zwei Mal mit drei KÖR-Projekten bespielt – derzeit mit der Skulptur „Henry Moore Bound to Fail“ von Paul McCarthy. Darüber hinaus gibt es die Installation von Fabian Seiz, einem jungen österreichischen Künstler, am sogenannten Schaufenster des Verkaufsräumens der Bäckerei „Der Mann“ am Karlsplatz – für jemanden, dem das vielleicht noch nicht aufgefallen ist.

Ferner gibt es ein Leuchtband mit einer Schrift aus roten Lettern auf schwarzem Grund, die über den „project space“ am Karlsplatz läuft, wo derzeit „In Fetzen“, ein Text von Elfriede Jelinek, läuft. Das gehört auch zur Ausstellung „Vanity“, die in Wien derzeit läuft.

Nun komme ich zur Kunsthalle. Ich denke, es wäre sinnvoll, wenn meine Vorrednerinnen und Vorredner machen würden, was ich gestern gemacht habe: Ich war in der Kunsthalle im Museumsquartier und habe mir die beiden aktuellen Ausstellungen angeschaut.

Ich konnte mich überzeugen von der hohen künstlerischen Qualität dieser Ausstellungen (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das bezweifle ich!*), vom großen Besucherandrang am Donnerstagnachmittag um 15 Uhr – vor allem sehr viele junge Menschen – und von der hohen Kompetenz und der hohen Begeisterungsfähigkeit des Direktors und Kurators Gerald Matt, der dort persönlich eine Gruppe durch die Ausstellung geführt hat.

2011 zeigt die Kunsthalle drei große Eigenproduktionen über die großen und kleinen Träume des Menschen. Die Ausstellung „Weltraum. Die Kunst und ein Traum.“ ist schon vorbei. Sie wurde großartig rezipiert, sieben Fernsehstationen aus dem In- und Ausland schickten ihre Kamerteams zu dieser Ausstellung nach Wien.

Die zweite Ausstellung ist dem Comeback des Surrealismus gewidmet, mit einer Ausstellung über Salvador Dalí in einer Auseinandersetzung mit vier zeitgenössischen Künstlerinnen und Künstlern: mit Louise Bourgeois, Glenn Brown, Francesco Vezzoli und Markus Schinwald, einem jungen österreichischen Künstler, dem heuer Österreichs Pavillon bei der Biennale in Venedig gewidmet ist.

Da ist Kunst von Salvador Dalí zu sehen, die in Wien noch nie zu sehen war und wahrscheinlich auch nie wieder in dieser Form in Wien zu sehen sein wird. Da

waren viele Arbeiten aus privaten Beständen dabei, und das ist ausschließlich das Verdienst von Gerald Matt: Er kennt nämlich die privaten Sammler, die teilweise nicht einmal genannt werden wollen, so gut, dass er diese Kunst für Wien bekommen hat.

Das sind alles Kunstwerke zeitgenössischer Kunst, Kunst des 20. Jahrhunderts, die es in Österreich einfach nicht gibt. Kein österreichisches Museum hat sie angekauft, daher kann man sie auch nicht zeigen. Die Kunsthalle mit ihrer künstlerischen Arbeit füllt dabei eine große Lücke, die es in der zeitgenössischen Kunst, insbesondere in der Kunst des 20. Jahrhunderts, gibt.

Die dritte Ausstellung, die gestern Abend mit großem Erfolg eröffnet wurde, ist die Ausstellung „Vanity: Mode / Fotografie aus der Sammlung F C Gundlach“. Diese Ausstellung hat schon lange vor der Eröffnung öffentliche Anerkennung beziehungsweise Resonanz gefunden. Sie haben das sicher gesehen: In „freizeit“, der „Kurier“-Beilage, vom letzten Samstag, ist die Titelseite dieser Modefotografie-Ausstellung gewidmet, ebenso im „Schaufenster“, der Beilage von „Die Presse“, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Es gibt insgesamt eine großartige Presseresonanz im In- und Ausland. Ich habe hier Artikel von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, von „Die Zeit“ – und zwar nicht von der Österreich-Ausgabe, sondern von der deutschen Ausgabe! –, von „Der Spiegel“, von der „Corriere della Sera“ und auch von „The New York Times“. Die schreibt, die Kunsthalle Wien sei ein „Mekka der Kunst“.

Sie geifern hier über die Kunsthalle und den Direktor, der dafür seit 17 Jahren verantwortlich ist, wobei es nicht zuletzt sein Verdienst ist, dass „The New York Times“ schreibt, die Kunsthalle sei das „Mekka der Kunst“! Den patzen Sie hier so an, wie Sie es hier tun, und das werden wir nicht zulassen! (*GR Mag Wolfgang Jung: Dafür hat er Narrenfreiheit?!*)

Die große italienische Kulturzeitschrift „Arte“ führt die Kunsthalle Wien ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Deswegen darf er doch nicht alles!*) – Wenn Sie sich melden wollen, Herr Jung, können Sie sich melden. Ich werde dazu noch kommen, nur, unter uns gesagt: Das stimmt alles nicht, was hier behauptet wird! Was aber sicher stimmt, sind die künstlerischen Erfolge der Kunsthalle und die große internationale Reputation, die die Kunsthalle Wien hat.

Die bedeutende italienische Kunstzeitschrift „Arte“ stellt die sechs bedeutendsten Museen und Kunsthäuser Europas vor. Die Kunsthalle Wien ist unter diesen sechs Top-Häusern, neben der Tate Modern in London, dem Centre Pompidou in Paris und dem Guggenheim Museum in Bilbao.

Die Erfolge der Kunsthalle Wien zeigen sich nicht nur in der Medienresonanz, sondern auch beim Publikum. Die Kunsthalle Wien hat jährlich fast 170 000 Besucherinnen und Besucher. Das sind Zahlen, die in Absprache mit dem Rechnungshof veröffentlicht werden. Das heißt, das sind nicht Zahlen, die der Rechnungshof kritisiert hat, sondern solche, über die der Rechnungshof mit der Kunsthalle ausdrücklich das Einvernehmen hergestellt hat.

170 000 Besucherinnen und Besucher! Somit ist die Kunsthalle die Kunsteinrichtung mit den meisten Besucherinnen und Besuchern, die sich ausschließlich zeitgenössischer Kunst widmet. Es ist natürlich leichter, eine Schiele-Ausstellung oder eine Botero-Ausstellung zu zeigen, aber unter uns gesagt: Zeitgenössische, teilweise spröde und unbekannte Kunst zu zeigen und damit 170 000 Besucherinnen und Besucher zu erreichen, ist ein außerordentlicher Erfolg beim Publikum!

80 Prozent dieser Besucherinnen und Besucher sind unter 40 Jahre alt. Großartig, somit ist die Kunsthalle eigentlich die Kunsteinrichtung der jungen Menschen in dieser Stadt.

40 Prozent der Besucherinnen und Besucher sind Touristen. Das ist wichtig, weil wir wissen: 70 Prozent aller Touristinnen und Touristen, die Wien besuchen, kommen aus Gründen der Kunst. Wir wollen und sollten sehr dankbar sein, dass es eine Einrichtung gibt, die ein anderes Kulturverständnis vermittelt, als Künstlerinnen und Künstler, die in der Monarchie gelebt haben.

Alle diese Zahlen und Kennzahlen der Kunsthalle Wien sind hervorragend. Sie sind in den 17 Jahren vom Kontrollamt der Stadt Wien mehrmals geprüft und immer für in Ordnung befunden worden. Es gibt auch eine hervorragende wirtschaftliche Bilanz, und zwar unter der Geschäftsführung von Gerald Matt.

Die Eigendeckung für ein Haus mit ausschließlich zeitgenössischer Orientierung hat sich von 17 Prozent auf 26 Prozent erhöht, und das bei gleich bleibender Förderung über mehr als 10 Jahre und einer Vervielfachung der Betriebskosten, nachdem die Kunsthalle Wien vom Karlsplatz ins Museumsquartier übersiedelt ist!

Die Verwaltungskosten sind in den letzten 5 Jahren von 12 Prozent auf 7 Prozent gesenkt worden, die Gesamteinnahmen sind in den letzten Jahren um 40 Prozent gestiegen, und die Einnahmen aus den Eintritten sind in den letzten 10 Jahren verdoppelt worden. Das alles geschah unter der Geschäftsführung von Dr Gerald Matt und als Verdienst von 35 hoch qualifizierten und hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die 52 Projekte im Jahr, unter anderem 19 Ausstellungsprojekte und viele große Eigenproduktionen realisieren.

Soweit zu den ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) – Sonst erfahren Sie das nicht, Herr Jung. Ich muss Ihnen das erzählen, damit Sie das zumindest einmal gehört und gelesen haben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ändert nichts an den anderen Fakten!*) Hören Sie jetzt zu! Dazu komme ich noch, ich habe ja noch 24 Minuten. Soweit zu den unbestrittenen Fakten, zu künstlerischen und wirtschaftlichen Fragen.

Es ist bedauerlich, dass die Kunsthalle Wien in der Öffentlichkeit derzeit hauptsächlich mit Dingen präsent ist, die durch nichts bewiesen sind, wobei ich annehme, dass sie in Wirklichkeit eine Kampagne sind und sich als unwahr erweisen werden.

Wir erleben derzeit eine unbeschreibliche Kampagne, die von einem ehemaligen, gekündigten Mitarbeiter der

Kunsthalle Wien, der engste journalistische Kontakte hat, sowie von einem Oppositionspolitiker auf Bundesebene gegen Gerald Matt inszeniert wird. Es ist eine Schmutzkübelkampagne der Sonderklasse, wo wirklich kein Schmutzkübel ausgelassen wird. Auch wenn das drei, fünf oder zehn Mal wiederholt wird, es sind immer dieselben Vorwürfe, die durch nichts bewiesen sind; und es wird nicht besser, wenn man das jede Woche in einer neuen Zeitung veröffentlicht.

Weil Frau Leeb sich aufgeregt und gemeint hat, die Kunsthalle wird damit auch im Ausland angeschüttet: Also, bei aller Wertschätzung, die Österreich-Ausgabe von „Zeit Online“, Online-Ausgabe von „Die Zeit“, liest außer ein paar Oppositionspolitikern eigentlich niemand, und das ist gut so.

Viele Artikel der Österreich-Ausgabe von „Zeit Online“ – dieser nicht, das will ich nicht unterstellen, der war nicht namentlich signiert – wurden von genau jenem Mitarbeiter verfasst, der von der Kunsthalle gekündigt worden ist und gemeinsam mit Wolfgang Zinggl diese unbeschreibliche Schmutzkübelkampagne inszeniert und durchführt.

Ich denke, dass es einem grünen Kultursprecher im Parlament gut anstehen würde, sich einmal zu kulturpolitischen Fragen zu melden, und dass er Kulturpolitik nicht mit Denunziantentum und Vernaderung verwechseln sollte! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das ist, glaube ich, nicht die Aufgabe eines Kulturpolitikers auf Bundesebene, dafür bezieht er eigentlich zu unrecht öffentliche Mittel über seinen Gehalt als Abgeordneter!

Wir erleben da leider einen beispiellosen Abstieg des Wolfgang Zinggl von einem vormals anerkannten Bundeskurator für bildende Kunst zu einem gescheiterten und völlig frustrierten Kulturpolitiker. Die Kritik, dass es von ihm, außer Vernaderung und Denunziantentum, keine kulturpolitischen Äußerungen gibt, wird nicht nur von uns formuliert; das haben auch zahlreiche grüne Kulturpolitiker, Künstlerinnen und Künstler in ihren Gastkommentaren, unter anderem in „Der Standard“ so formuliert.

Niemand soll das jetzt falsch verstehen. Alle Beschuldigungen und alle Vorwürfe müssen von den zuständigen Stellen konsequent geprüft werden, und sie werden das. Sie werden von den Kontrollorganen des Vereins geprüft, sie werden von der Staatsanwaltschaft geprüft werden und sie werden vom Kontrollamt geprüft werden.

Bis zum Vorliegen all dieser Prüfberichte gilt selbstverständlich auch für Dr Gerald Matt die Unschuldsvermutung. Wohl wissend, dass diese Prüfung durch die Staatsanwaltschaft und durch das Kontrollamt eine gewisse Zeit dauern wird, hat StR Dr Andreas Mailath-Pokorny darauf bestanden, eine zusätzliche Prüfinstanz einzuschalten, nämlich die unabhängige Wirtschaftstreuhänderkanzlei Hübner & Hübner, um möglichst rasch zu Prüfergebnissen zu kommen. Denn wir wissen, dass es ein Problem ist, ein Jahr auf Prüfergebnisse zu warten; das wollen wir weder der Kunsthalle noch der Kunststadt Wien zumuten.

Die ersten beiden Prüfergebnisse dieser

unabhängigen Kanzlei liegen vor und zeigen, dass es unter den Vorwürfen, die bis letzte Woche erhoben worden sind, keinen einzigen Vorwurf gibt, der sich als wahr erwiesen hat, dass alle Anschuldigen absolut nicht berechtigt sind.

Die neuen Anschuldigungen, die seit Montag im „profil“ stehen, sind erstens nicht ganz so neu. Das sind Anschuldigungen aus den Jahren 1998 bis 2005. Also ich frage mich, warum die Damen und Herren, die diese Erklärungen gemacht haben, mit ihren Erklärungen 13 Jahre gewartet haben! Wahrscheinlich hat sie Zinggl vorher nicht dazu aufgefordert. Aber es gibt jetzt, wie gesagt, ganz „neue“, 13 Jahre alte Vorwürfe, und die werden selbstverständlich auch überprüft werden.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zu anonymen Sachverhaltsdarstellungen (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.*) – beziehungsweise zu anonymen eidesstattlichen Erklärungen: Das sagt gar nichts! Denn wenn ich jetzt sagen würde, irgendjemand hat anonym eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, dass irgendein Abgeordneter von Ihnen Kinderschänder ist, ist das selbstverständlich kein Beweis. Wenn die Erklärung noch dazu anonym ist, kann man nicht einmal klagen. Das heißt, eine anonyme eidesstattliche Erklärung sagt überhaupt nichts aus!

Alle diese Vorwürfe müssen und werden untersucht werden. Das können aber nicht das „profil“ machen, nicht die Opposition und schon gar nicht der Kultursprecher der GRÜNEN im Parlament; das müssen unabhängige Einrichtungen machen. Wenn das Kontrollamt und die Staatsanwaltschaft die Untersuchungsergebnisse erst in einigen Monaten, vielleicht erst in einem Jahr, liefern können, dann werden wir dafür sorgen, dass unabhängige Einrichtungen, die sehr rasch agieren, das in den nächsten Tagen prüfen.

Insbesondere wird Dr Matt auch alle Rechnungen vorlegen, nämlich bezüglich der – wie er sagt, falschen – Behauptungen, es hätten Arbeiten in seiner Wohnung stattgefunden. Diese Dinge sind alle bezahlt. Ich persönlich wüsste nicht, ob ich noch alle Rechnungen aus dem Jahre 1998 habe. Er sagt, er hat sie und er wird sie vorlegen.

Wenn er das vorlegt, dann gilt erst recht die Unschuldsvermutung. Wir werden nicht zulassen, dass ein anerkannter Künstler und Direktor einer Kultureinrichtung in der Stadt Wien so vorverurteilt wird und so behandelt wird, wie derzeit von der Opposition und vom grünen Kultursprecher im Parlament! (*Beifall bei der SPÖ.*)

StR Dr Mailath-Pokorny und auch wir insgesamt brauchen auf alle Fälle keine Empörungen und keine „gescheiterten“ Anträge der Opposition, und schon gar nicht von der ÖVP. Denn die Situation, dass der Stadtrat in die Vertragsgestaltung des Direktors der Kunsthalle, des privaten, unabhängigen Vereins, tatsächlich nicht eingreifen kann, hat uns eigentlich vor 15 Jahren ihr Kulturstadtrat Peter Marboe eingebrockt!

Ich habe schon damals gesagt, dass es nicht klug ist, alles zu entpolitisieren, sodass alles völlig unabhängig ist, sodass man nicht einmal Informationen darüber hat,

was in den sogenannten unabhängigen Kulturinstitutionen tatsächlich passiert.

Es ist dies ein Problem, das uns der StR Marboe hinterlassen hat, und StR Mailath-Pokorny wird versuchen, aus dem herauszukommen. Dazu brauchen wir aber keine Anträge der ÖVP. Wir werden aber alles tun, damit es keinen Eingriff der Politik in die Kunst gibt, und damit jeder Schaden, der der Kunsthalle und der Kunst in Wien droht, abgewendet wird.

Ein Subventionsstopp, der von manchen gefordert wird – egal, ob ein sofortiger oder erst in einem Monat –, würde der Kunsthalle Wien massiven Schaden zufügen. Das würde betreffen: 35 Beschäftigte, eine Reihe von laufenden Ausstellungen mit vielfältigsten Vertragssituationen, auch mit KünstlerInnen und SammlerInnen im Ausland.

StR Dr Mailath-Pokorny wird nicht zulassen, dass die Kunsthalle beziehungsweise die Kunst gefährdet wird. Wir werden in dem Verein aber sehr wohl, soweit wir können, eine Strukturreform durchführen; wodurch wir wieder in die Lage versetzt werden, über die personellen Entscheidungen, die in diesem Verein getroffen werden, mitreden zu können.

Diese Rücknahme der sogenannten Entpolitisierung werden wir aber nicht nur in der Kunsthalle machen, es soll keine „Lex Kunsthalle“ sein, sondern wir werden uns auch andere Institutionen ansehen, wo die Lage ganz ähnlich ist, beispielsweise die Viennale.

Durch diese Umstrukturierung wird es auch in Zukunft selbstverständlich keinen Einfluss der Politik auf die künstlerische Performance geben; doch wollen wir durch die Vereinsstruktur natürlich erreichen, dass die Stadt rascher und unmittelbarer informiert ist und wir schauen können, wie die Verwendung von öffentlichen Mitteln erfolgt.

Die Vorwürfe gegen Gerald Matt in den Medien und in den Anträgen der Opposition sind durch nichts untermauert, durch nichts begründet und durch nichts überprüft. Und Vorverurteilungen werden auch nicht besser, wenn sie von unserem Koalitionspartner in diesem Haus kommen.

Wir werden unabhängig davon unabhängige Institutionen einsetzen, um die Vorwürfe möglichst rasch zu prüfen, und dann werden wir unter der politischen Verantwortung des Kulturstadtrates Dr Mailath-Pokorny die entsprechenden Maßnahmen setzen.

Wir werden nicht zulassen, dass in dieser Stadt die Kunst, die KünstlerInnen und die Kunsthalle beschädigt werden! Wir werden den Weg der raschen und unabhängigen Aufklärung aller Vorwürfe gehen. Wir werden konsequent die Strukturreform in diesem und in anderen, ähnlichen Vereinen durchführen. Wir werden insbesondere die Anträge der Opposition heute ablehnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr

Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nein, Kollege Woller, ich rede nicht über die Kunsthalle, ganz sicher nicht. Aber erlauben Sie mir bitte eine kleine Replik: Also ich persönlich nehme eidesstattliche Erklärungen sehr wohl ernst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich nehme sie auch dann ernst, wenn sie vom Kollegen Werner-Lobo kommen. Das ist jetzt nicht abwertend gesagt, sondern ... Geben wir zu, uns beide trennen ideologisch Universen. Ich nehme sie also auch dann ernst. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Danke für die Feststellung!)* Das haben wir nun klar festgestellt, aber ich glaube, es hätte uns ohnehin niemand anderes unterstellt, oder? *(Heiterkeit des Redners.)*

Ich nehme zur Post 10 Stellung, und zwar wirklich zur Post 10 selber, zu der Subvention über die 19 400 EUR für den Verein Sammlung Rotes Wien. Es sind eigentlich – wir haben es heute ja schon anklingen gehört –, nicht verbrauchte Subventionsmittel, die jetzt ungewidmet werden.

Es ist, zugegeben, ein geringer Betrag. Wenn man ihn mit dem Gesamtbudget der Gemeinde Wien vergleicht, dann ist das 0,0001 und irgendetwas Prozent, also kein Betrag, der für die Gemeinde Wien an sich nennenswert wäre. Jetzt könnten Sie sich fragen: Warum redet er trotzdem darüber? – Sie werden es gleich verstehen.

Dieser Betrag soll der weiteren Ausgestaltung der Ausstellung dienen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob damit die Dauerausstellung mit den entsprechenden Themenbereichen gemeint ist, die, wie wir alle wissen, im Waschsalon 2 des Karl-Marx-Hofes stattfindet – Herr Kollege, ich habe jetzt Werbung dafür gemacht, ich bitte, das bei eventuellen Repliken auf meine Wortmeldung anzuerkennen –, oder ob damit die Sonderausstellung gemeint ist, die der StR Dr Ludwig in der Vorwoche im Beisein des Bürgermeisters eröffnet hat. Das ist letzten Endes egal.

In der Sonderausstellung – dazu sage ich jetzt auch etwas, nur weil es mein Vorredner, Kollege Woller, angesprochen hat – geht es um Hubert Gessner, der als Architekt der Arbeiterbewegung gefeiert wird. Der Herr Kollege Woller hat Bauwerke genannt, für die der Herr Gessner verantwortlich gezeichnet hat. Auch ich nenne jetzt welche, wobei ich denke, dass er vielleicht deshalb als Architekt der Arbeiterbewegung so gelobt wird.

Er hat immerhin das Arbeiterheim in Favoriten gebaut und er hat die Bäckerei des Konsum-Vereins im 16. Bezirk errichtet. Den Konsum-Verein gibt es heute leider auch nicht mehr.

Dazu muss ich noch etwas sagen, und das sage ich in aller Deutlichkeit und in aller Offenheit: Der Herr Hubert Gessner war genauso wie sein Bruder Franz nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Ich bemühe mich heute wirklich, ernst und korrekt zu sein und nicht auszuschweifen und irgendwelche wüsten Beschimpfungen an den Tag zu legen, wie es bei mir praktisch nie vorkommt. *(GRin Nurten Yilmaz: Sie bekommen einen Stern!)* – Danke, Frau Yilmaz!

Meine Damen und Herren! Wir sind beim Thema Kultur und beim Verein Sammlung Rotes Wien. Lassen Sie mich trotzdem einige Bemerkungen zum Roten Wien an sich machen. Ich meine jetzt nicht das rote Wien nach 1945, das gelegentlich, wie ich meine, fälschlicherweise als „Rotes Wien“ bezeichnet wird, sondern ich meine das Rote Wien von 1919 bis 1934, um genau zu sein, müsste man sagen, ab 1922, also ab der Trennung vom schwarzen Niederösterreich, also das Rote Wien der Geschichte, vor 80 oder knapp 90 Jahren.

Die SPÖ selber bezeichnete dieses Rote Wien damals als ein gesellschaftspolitisches Experiment, das mehrere bis viele Lebensbereiche umfassen sollte, und ich nenne jetzt die damalige Sozialpolitik, die Gesundheitspolitik, die Bildungspolitik und die Wohnbaupolitik.

Ich meine aber auch, dass diese Form der Politik zu dieser Zeit durchaus notwendig war, nämlich nach den schrecklichen Ereignissen und auch nach den schrecklichen gesellschaftlichen Veränderungen, nach der Armut in Zusammenhang mit und gleich nach dem Ersten Weltkrieg; und ich meine auch, dass es ganz einfach die Pflicht und die Aufgabe der Gemeinde Wien gewesen ist, da eindeutig tätig zu werden.

Finanziert musste das Ganze natürlich auch werden. Das waren durchaus progressive und, wie ich zugebe, sehr einfallreiche finanzpolitische Mittel, die nicht nur aus dem Bundesbudget, sondern auch insbesondere durch die sogenannten Breitner-Steuern aufgebracht wurden – benannt nach dem damaligen und langjährigen Finanzstadtrat Hugo Breitner, der danach, ab 1932, einer der Leiter der Zentralsparkasse war.

Wir verdanken dem Herrn Breitner die Wohnbausteuer sowie damalige Luxussteuern wie zum Beispiel die Vergnügungssteuer – wenn Sie sie das nächste Mal zahlen, wissen Sie, auf wen sie zurückgeht –, wir verdanken ihm in Wien auch die Sektsteuer; die Steuer auf Reitpferde ist, soweit ich weiß, abgeschafft und jene auf die großen Autos gibt es heute auch nicht mehr.

Besonders ertragreich für das Steueraufkommen der damaligen Zeit war aber die Besteuerung des Dienstpersonals in den Haushalten, die sogenannte Hausgehilfinnensteuer. Es wurde sogar vorgerechnet, was alles finanziert werden konnte alleine aus dieser Dienstbotensteuer der Familie Rothschild in Wien.

Heute, meine Damen und Herren, stehen wir vor einer ganz anderen Situation. Heute sind die von mir genannten Bereiche – und ich weiß, dass das jetzt Protest und Widerspruch hervorrufen wird – eher im Niedergang begriffen. In der Sozialpolitik: Denken Sie bitte an die gestrige außerordentliche Landtagssitzung, wo wir über die Gebührenerhöhung gesprochen haben – das ist die derzeitige Sozialpolitik!

In der Gesundheitspolitik: Die medizinische Versorgung ist in Wien Gott sei Dank Spitze, vollkommen in Ordnung und muss nicht weiter diskutiert werden, doch liegt auch da in Bezug auf Organisation und Verwaltung leider einiges im Argen, wie wir jeden Tag immer wieder erfahren.

Im Bildungswesen: Meine Damen und Herren, da denke ich an die Schulen, in denen in Wien kaum noch ein geregelter Unterricht möglich ist, wo eine Wissensvermittlung nicht mehr in dem Umfang erfolgen kann, wie sie eigentlich erfolgen sollte, von Übungen dazu ganz zu schweigen. Und was die berühmte soziale Kompetenz betrifft, von der wir immer sagen, dass die Schulen sie haben und vermitteln sollen: Das trifft auch nicht immer wirklich zu.

Was den Wohnbau betrifft, wissen wir alle, dass es noch immer oder schon wieder viel zu wenig leistbaren Wohnraum gibt, trotz aller offensichtlichen Bemühungen. Die Gemeindewohnungen alten Stils – ich betone, alten Stils – gibt es leider neu errichtet nicht mehr. Ich orte da einen Niedergang auf der ganzen Linie.

Die Tätigkeiten der Gemeinde vor etwa 80, 70 Jahren, die gerne von der SPÖ als „Errungenschaften“, „Großtaten“ und so weiter bezeichnet werden, sind, auch das gebe ich zu, damals ohne Aufnahme von Krediten durchgeführt worden. Das stimmt schon, Breitner hat sich damals gegen die Kreditaufnahme ausgesprochen, er hat dafür, wie wir wissen, eher die Sozialleistungen gekürzt. Auch da gibt es einen deutlichen Unterschied zu heute. Mit Kreditaufnahmen sind wir heute in Wien eher großzügig, mit allen Problemen und Verlusten.

Ich meine auch, dass es nicht nur die Breitner-Steuern waren, die damals für einen, wenn auch noch so bescheidenen, Aufschwung gesorgt haben; ich meine, dass das auch ohne die Gelder der damaligen Bundesregierung nicht möglich gewesen wäre. Man hat nämlich gesehen: Als die Bundesregierung dann, überspitzt formuliert, den Geldhahn zugekehrt hat – zuerst gekürzt und dann praktisch ganz zugekehrt –, sind die Aktivitäten der Gemeinde dramatisch zurückgegangen.

Das war eigentlich nur die Einleitung. Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema, nur damit wir alle vom Gleichen reden. (*Heiterkeit bei den Grünen. – GR Dr Kurt Stürzenbecher: Ist ja keine Vorlesung!*) – Auch ich habe 20 Minuten, und auch ich nütze sie heute aus ... Gut, Sie haben mich überzeugt. 6 Minuten noch.

Dieses Experiment vom Roten Wien wird nun vom Verein Sammlung Rotes Wien, von der Sammlung selber, ich scheue mich nicht zu sagen, verklärt und verherrlicht als ein doch realer Ausdruck eines Sozialismus oder genauer gesagt, eines damals zeitgenössischen Austromarxismus gemacht. Und dieser Austromarxismus, wenn ich mich richtig informiert habe und ich zweifle nicht daran, sollte ja zu einer Umerziehung des Menschen führen, nämlich zu einem neuen Menschen. Und ich bitte Sie jetzt, die Terminologie zu vergleichen: Der neue Mensch sollte nicht in dem Roten Wien, sondern nach früherer Diktion im neuen Wien leben, in einem verwirklichten Sozialismus, selbstverständlich einschließlich eines sozialistisch gestalteten Privatlebens und einer sozialistisch gestalteten Freizeit. Glücklicherweise hat sich das ja nicht durchgesetzt.

Vergessen wir bitte nicht, meine Damen und Herren, dass der Marxismus und seine Lehre ganz wesentlich

Werte unterlaufen haben, die mir persönlich sehr, sehr, sehr wichtig sind, und zum Teil auch Sinn verändert, wenn nicht gar Sinn entleert hat. Und ich meine hier die Werte Heimat und Heimatliebe, ich meine die Werte Vaterland und Muttersprache. Marxistische Regime, um das einmal so auszudrücken, tun das heute noch, denken Sie bitte an die Internationalität der sozialistischen Systeme. Der Marxismus und auch der Austromarxismus haben diesen für mich persönlich sehr wesentlichen Werten ihre identitätsstiftende Kraft genommen. Wenn eben Nihilismus propagiert wird, wenn eben österreichische Traditionen, Sitten und Gebräuche nicht nur nicht gefördert, sondern auch noch gedämpft und vielleicht sogar überlagert werden, dann muss das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung von selber aufgeweicht werden. Und das ist ja leider das, was wir sehr, sehr oft im täglichen Leben sehen.

Es geht also, meine Damen und Herren, und jetzt bin ich am Schluss, Herr Kollege, bei dieser Subvention oder Umwidmung für den Verein Sammlung Rotes Wien nicht nur um die Subvention für einen Verein, der sich halt mit einer relativ kurzen Periode aus der Vergangenheit beschäftigt, sondern es geht auch um eine prinzipielle Frage dabei. Es geht um die Frage: Wie ist unsere Stellung zum Marxismus und seiner Ideologie? Und wenn wir diese ablehnen, dann lehnen wir auch diese Subvention ab. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, mit diesem Geschäftsstück liegt ein Akt vor, wo wir Steuergelder für eine Darstellung, für eine Ausstellung zur Geschichte Wiens bewilligen, die eine bedeutende Epoche in der modernen Zeit Wiens darstellt.

Ich möchte tatsächlich auf meinen Vorredner kurz eingehen. Wenn mein Vorredner davon spricht, dass im Vergleich zur damaligen Zeit Wien sich heute im Niedergang befinden möge, so kann ich nur feststellen, das ist eine billige politische Polemik. Es geht bei der Ausstellung Rotes Wien ausschließlich um die Darstellung einer geschichtlichen Periode. Es ist eine historische Sammlung, die mit gegenwärtiger Politik, daher auch mit gegenwärtiger Polemik, wie Sie es hier tun, nichts zu tun hat, auch nicht mit gegenwärtiger Parteipolitik.

Vergleiche der 30er Jahre mit heute sind überhaupt nur beschränkt möglich und daher möchte ich ja kurz auf das eingehen, was Sie zum neuen Menschen sagen. Das ist tatsächlich eine Vision der österreichischen Sozialdemokratie gewesen. Dazu muss man aber sagen, das ist nicht zu verstehen, wenn man die damalige Zeit und die Wurzeln dieser Zeit nicht versteht. Die Arbeiterschaft von damals war durch die Ideologie und das Wirtschaftssystem des Manchester-Liberalismus geknechtet und ausgebeutet. Das muss man sehen. Keinerlei Arbeiterschutzgesetzgebung hat Arbeitnehmer geschützt und es ist darum gegangen, hier Schranken

einzuziehen, soziale Schranken durch Gesetze einzuziehen, da Menschen eben von den völlig unkontrollierten Zuständen in den Fabriken, von den völlig unkontrollierten Zuständen durch Profitwirtschaft in der Zeit der Frühindustrialisierung ausgebeutet wurden. Das kann man bei Friedrich Engels zur Lage der arbeitenden Klasse in England sehr, sehr gut nachlesen.

Die Ausstellung wird sich sicher nicht damit beschäftigen, ob Hubert Gessner oder jemand anderer Parteimitglied irgendeiner Partei war. Das ist kein Darstellungsgrund. Es ist auch den Faschismen in Österreich, dem grünen und dem braunen Faschismus, jetzt unter Anführungszeichen gesprochen, zu verdanken, dass es ja nur mehr beschränkte Archivbestände aus dieser Zeit gibt. Niemand hat eine komplette Mitgliederliste irgendeiner Partei. Der grüne und der braune Faschismus haben die Archive ihrer politischen Gegner massenhaft vernichtet, so wie sie auch Menschen vernichtet haben. Gut.

In diesem Sinn ersuche ich Sie um die Zustimmung zu dem vorliegenden Poststück. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurden nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das sind die SPÖ und die GRÜNEN und damit mehrstimmig angenommen.

Wir kommen zum Beschlussantrag der ÖVP bezüglich Subventionsstopp für die Kunsthalle Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der SPÖ und der GRÜNEN abgelehnt.

Der Antrag zwei ist von der FPÖ und betrifft die Abberufung des Kunsthallendirektors. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist gegen die Stimmen der SPÖ und die Stimmen der GRÜNEN und damit die Minderheit und der Antrag ist abgelehnt.

Es gelangt nunmehr Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an das Demokratiezentrum Wien GmbH. Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse daher gleich abstimmen. Wer der Postnummer 9 zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die GRÜNEN und die SPÖ und damit mehrstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 16 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8009 im 9. Bezirk, KatG Alsergrund. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Dr Troch, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Poststück. Danke.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (ÖVP-Klub der

*Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir werden diesem Poststück selbstverständlich zustimmen. Erlauben Sie mir nur, die Gelegenheit hier wahrzunehmen und einen Antrag einzubringen, und zwar einen Beschlussantrag:

„Die Stadt Wien soll sich dafür einsetzen, dass das Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital zum Weltkulturerbe erklärt wird und soll diesbezüglich alle erforderlichen Schritte einleiten.

In formeller Hinsicht fordern wir die sofortige Abstimmung.“

Ich möchte nur noch ganz kurz dazu Stellung nehmen. Die Volksseele kocht und ich denke, nicht zu Unrecht und auch nicht das erste Mal, was dieses Areal betrifft, wenn man ein bisschen in den Archiven stöbert. Die meisten von uns waren damals wahrscheinlich noch zu jung, um aktiv politisch tätig zu sein. Ich zumindest war es, ich war damals noch in der Schule. Da hat es bereits in den 80er Jahren einen massiven Widerstand dieses Areal betreffend gegeben, und zwar, was die Bebauung betrifft. Es hat damals 70 000 Unterschriften einer Bürgerinitiative gegeben. Es hat damals eine Volksbefragung gegeben. Es sind damals 140 000 Wienerinnen und Wiener gegen diese Verbauung gewesen, obwohl man es auch damals schon seitens der Sozialdemokratie verstanden hat, in Volksabstimmungen recht verwirrende Fragen zu stellen.

Die Frage damals hat gelautet: „Sind Sie für die Errichtung von 885 modernen und erschwinglichen Wohnungen in Wien-Penzing, Steinhof-Gründe, wobei gleichzeitig mehr als 200 000 m<sup>2</sup> Grünfläche, die den Wienerinnen und Wienern bisher nicht zugänglich waren, öffentlicher Grünraum werden sollen?“

Also sie hätten zustimmen sollen, dann hätten sie als Zuckerln den Park gekriegt. Die Leute waren aber nicht so dumm, die haben nicht zugestimmt und der Park ist trotzdem geöffnet worden.

Gut, also seit den 80er Jahren ist dort eigentlich Unruhe. Dazwischen ist es dann wieder ein bisschen besser gegangen. Jetzt wird dort gebaut. Und ausgerechnet dort, wo die Stadt Wien eine städteplanerische Großtat vollbracht hat, ein Muster- und Vorzeigeprojekt des sozialen Wien, wird jetzt einfach gebaut, als gäbe es kein Morgen, wird weder auf Denkmalschutz noch auf sonstige Dinge, die man in denkmalpflegerischer Hinsicht berücksichtigen muss, Rücksicht genommen.

Deswegen stellen wir heute diesen Antrag und zwar stellen wir jetzt nicht einen Antrag, dass dort alles wie in einem Museum bleiben soll, denn Denkmalschutz bedeutet ja nicht, einen Glassturz über ein Gebiet zu stellen. Was ich mir erwarte, ist, dass dort Folgendes passiert: Dass andere und höhere Qualitätskriterien angesetzt werden. Es hat nämlich im Jahr 2008 einen Antrag gegeben, der gemeinsam von uns mit der SPÖ eingebracht wurde, und da wurde beschlossen, dass die Bebauung auf diesem Areal unter Bedachtnahme auf die kulturelle und naturhistorische Bedeutung des ursprünglichen Bauensembles erfolgt. Dass dem nicht so ist, dass Sie nicht in der Lage sind, das einzuhalten, dem

Folge zu leisten, wird jetzt gerade bewiesen. Und deswegen bringen wir diesen Antrag ein.

Und des Weiteren hat man beschlossen, man wird ein Verkehrskonzept entwickeln, dass man dort auch infrastrukturell überhaupt die Möglichkeiten schafft, dass mehr Leute hin- und wegkommen. Auch das ist nicht passiert. Es fährt dort bis heute der 48A und mit dem 48A – ja, man kann jetzt vielleicht ein bisschen mehr Busse schicken, die Intervalle verdichten, aber dass das in Wien auch nicht so ganz einfach ist, das erleben wir ja jeden Tag. Also nachdem all diese Punkte nicht erfüllt wurden, haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir hoffen sehr, dass Sie dem Folge leisten, denn scheinbar muss man die Stadt und die Bürger und ihre Baudenkmäler vor den Verantwortlichen schützen. Vielen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren!

Wenn wir über die zu verhängende Bausperre im Bereich des Franz-Josefs-Bahnhofs sprechen, wo wir natürlich zustimmen werden, müssen wir natürlich auch über andere Gebiete sprechen, wo in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren maßgebliche Entwicklungen stattfinden sollen, wenn es nach der Stadtregierung geht, nämlich der Bereich Steinhof, das Otto-Wagner-Spital. Wenn Sie sich erinnern, wir haben, das ist noch nicht allzu lange her, auch in der vorigen Sitzung einen Antrag mit der Intention eingebracht, dort einen sofortigen Baustopp zu erreichen, der damals leider mit den Stimmen von Rot und Grün abgelehnt worden ist, wodurch wir uns aber nicht entmutigen haben lassen und heute einen erneuten Antrag stellen, nicht nur im Interesse der Bürger, sondern weil auch zumindest in den Medien innerhalb der Regierungskoalition beim kleineren Partner Bewegung erkennbar ist. Wir haben nämlich den Zeitungen entnommen, dass die Vizebürgermeisterin und Planungsstadträtin Vassilakou in dieser Sache von Bgm Häupl ein Machtwort fordert. Gehen wir mit ihr d'accord, obwohl sie als Vizebürgermeisterin und zuständige Planungsstadträtin auch ein Machtwort sprechen könnte. Aber wir wollen ihr diese schwere Bürde heute abnehmen und werden das Machtwort probieren zu erreichen, das wirklich maßgeblich in dieser Stadt ist, nämlich ein mehrheitlicher Beschluss des Gemeinderates. Und wenn die GRÜNEN heute hier diesem freiheitlichen Antrag auf Verhängung eines sofortigen Baustopps für das Otto-Wagner-Spital zustimmen, dann gibt es eine Mehrheit und über diese Mehrheit wird sich auch der Herr Bürgermeister, der sein Machtwort bislang schuldig geblieben ist, nicht hinwegsetzen können.

Was steht dort im Otto-Wagner-Spital, wenn dieses Monsterprojekt so wie geplant durchgezogen wird, wirklich auf dem Spiel? Nicht nur, dass ein architekturhistorisches und sozialpolitisches Erbe dieser Stadt unwiederbringlich zerstört werden würde, würde natürlich auch die Lebensqualität der betroffenen

Anrainer in den Bezirken 14 und 16 gegen null gehen, umweltpolitisch massiver Schaden würde eintreten und vor allem hätte die Regierungskoalition wieder einmal eines gemacht: Sie wäre über die betroffene Bevölkerung drübergefahren und da sagen wir ganz klar Nein, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und die bisherige sogenannte BürgerInneneinbindung, die zuständige Stadträtin ist ja für die BürgerInnenbeteiligung zuständig und die neue Kollegin Jennifer Kickert, die ich auch von hier sehr herzlich willkommen heißen möchte, wird ja in Zukunft ad personam in der Stadt für die BürgerInnenbeteiligung zuständig sein. Ich hoffe, sie wird kein arbeitsloses Einkommen beziehen müssen, weil die BürgerInnenbeteiligung gerade seit dem Beginn der grünen Regierungsbeteiligung auch, so wie die Lebensqualität der Anrainer bald gegen null sinken wird, immer mehr abgenommen hat und sich dem Nullpunkt nähert. Ich wünsche ihr viel Erfolg und hoffe auch bei anderen Projekten, die jetzt anstehen, um vielleicht einen kurzen Ausflug in die Bezirke 6 und 7 zu machen, wenn wir jeden Tag neue Ausführungen zu den Plänen, die Gumpendorfer Straße zu unterbrechen oder die Mariahilfer Straße zumindest teilweise zur Fußgängerzone zu erklären, dass auch hier bei solchen Projekten, wo zehntausende Leute, Menschen, betroffene Anrainer massiv betroffen sind von der Verkehrsentwicklung, die natürlich von diesen Bereichen dann auf die Bereiche ringsum ausweichen muss, dass bei solchen Projekten die GRÜNEN ihren Sensor nicht ganz verloren haben oder verleugnen müssen, den sie noch in der Oppositionszeit gehabt haben, nämlich den Sensor für die Bürger, für Bürgerinitiativen, wo sie ganz deutlich gemerkt haben, das gut erkannt haben und auch politisch genutzt haben, was legitim ist und die Interessen der Bürger vertreten haben. Und hier sitzen heute oben auch Bürger, deren Interessen die GRÜNEN mit einem Ja zum freiheitlichen Antrag zu 100 Prozent vertreten könnten.

Bei diesem Antrag heute gibt es nicht nur abstimmungstechnisch nur zwei Möglichkeiten, Ja oder Nein, sondern auch thematisch gibt es nur zwei Möglichkeiten, Ja zu diesem Projekt oder Nein zu diesem Projekt. Ein „Weiß nicht“ gilt nicht, meine Damen und Herren von den GRÜNEN und den Sozialdemokraten! Wir müssen hier einen Baustopp erreichen, in weiterer Folge eine Bausperre für diesen Bereich und eine völlige Neudiskussion des Entwicklungspotenzials dieses Bereiches. Die Kollegin Leeb hat es ja richtig gesagt, Teile dieses Gebietes, wenn man sich die alten Pavillons anschaut, sind in einem Zustand, der auch nicht akzeptabel ist. Ein kompletter Glassturz ist abzulehnen. Aber noch viel mehr abzulehnen ist dieses Projekt in dieser heutigen Form, weil es umwelt-, anrainer- und verkehrsunverträglich ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Argumente werden natürlich kommen: Ihr habt's ja damals der Flächenwidmung zugestimmt. Das ist natürlich richtig, aber zwischen einer Flächenwidmung und zwischen dem, was nachher im Bereich dieser

Flächenwidmung entsteht, gibt es viele Beispiele, dass ein himmelhoher Unterschied ist.

Und in den letzten zwei Wochen haben sich ja sowohl die Planungsstadträtin als auch der BV Scheed im 22. dafür feiern lassen, dass zum Beispiel beim Kaiserwasser, jetzt Bauklasse I, die Bauten nicht mehr höher als 6,5 m werden dürfen - begrüßenswerte Initiative, ging natürlich auf einen Vorstoß der Freiheitlichen zurück, aber ist wurscht. Der Erfolg gibt uns recht und gibt allen recht, die diesen Beschluss schlussendlich hoffentlich auch im Landtag fassen werden, weil die 6,5 m dürfen ja nicht aufs Kaiserwasser oder Franz-Josefs-Land beschränkt bleiben, sondern müssen auf ganz Wien ausgedehnt werden und auf alle Siedlungsgebiete, wo noch ein geschlossenes Ortsbild vorhanden ist, angewendet werden. Aber Franz-Josefs-Land, Kaiserwasser, wer dort schon einmal mit dem Boot herumgefahren ist oder vom Hotel rübergeschaut hat in Richtung Schwandl, in Richtung Gloritz-Gemeindebau, direkt am Kaiserwasser, der in Bauklasse I errichtet worden ist, das ist ein kleinerer Gemeindebau, dann sieht man, was zwischen Flächenwidmung, Beschluss einer Flächenwidmung und dem, was nachher daraus gemacht wird, doch für ein Unterschied besteht.

Wir sagen jetzt hier und heute, es gibt nur eine Möglichkeit, um das architektur- und sozialpolitische Erbe des Otto-Wagner-Spitals zu retten und das ist nämlich, wenn sich der Gemeinderat heute für einen sofortigen Baustopp ausspricht. Darum bringen wir hier zur sofortigen Abstimmung folgenden Antrag ein:

„Der Gemeinderat spricht sich für einen sofortigen Baustopp im Areal des Otto-Wagner-Spitals und eine ersatzlose Streichung des Projektes an diesem Standort aus.“

Wir laden alle Parteien höflich ein, diesen Antrag zu unterstützen und hoffen, dass Sie unserer höflichen Einladung auch Folge leisten. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin nicht für einen Baustopp, ich bin für eine zeitlich begrenzte Bausperre, aber beim eigentlichen Akt, um den es ja hier geht, nämlich beim Gebiet rund um den Franz-Josefs-Bahnhof. Ich bin ein bisschen traurig. Der 9. Bezirk, also mein Bezirk, ist eh so ein kleiner Bezirk und da passiert so wenig, normalerweise, und jetzt gibt es da endlich einmal eine städtebauliche Möglichkeit und wir reden gar nicht einmal darüber. Daher nütze ich die Chance und rede über den Franz-Josefs-Bahnhof oder die Umgebung des Franz-Josefs-Bahnhofs. Ich möchte aus einer Zeitung zitieren: „Wenn alles klappt, kann im Spätherbst mit dem Abbruch des derzeitigen Bahnhofsgebäudes der Franz-Josefs-Bahn auf dem Julius-Tandler-Platz begonnen werden. Diese Erklärung gab Dienstag der Generaldirektor der Österreichischen Bundesbahnen ab.“ Und noch ein zweites Zitat aus dem

Artikel: „Der Wunsch der Wiener Stadtplanung nämlich ist es, den Franz-Josefs-Bahnhof weiter hinaus, nämlich vom Julius-Tandler-Platz zur Kreuzung mit dem Gürtel zu verlegen. Das brächte für den Reisenden einen Vorteil des direkten Anschlusses an das Netz der Wiener U-Bahn beim sogenannten Gürtelkreuz“ und so weiter, und so weiter. Da geht es noch weiter: „Die Stadt jedoch würde im Bereich des 9. Bezirkes Platz gewinnen, um Grünanlagen und Wohnhäuser errichten zu können.“ Das Zitat aus der Zeitung ist vom 7. August 1968! 1968, 7. August! Also das zeigt, wie lange schon über dieses Gebiet diskutiert wurde. Sie alle wissen, was in der Zwischenzeit alles passiert ist. Wie es jetzt in der Zukunft weitergehen wird, wissen wir ja noch nicht ganz so genau, denn es ist noch nicht ganz genau geklärt, was die ÖBB mit der Infrastruktur ihrer Schienenanlagen, et cetera, et cetera machen werden. Aber eben weil das alles noch ein bisschen unklar ist, werden wir heute, und ich hoffe, es stimmen alle zu, eine zeitlich befristete Bausperre beantragen und auch beschließen. Das ist deshalb auch so wichtig, weil der 9. Bezirk - ich rede gerne über meinen Bezirk, eben weil er schon so klein ist und trotzdem sehr viele Barrieren hat: Also einerseits der Donaukanal, der uns vom 20. Bezirk und 2. Bezirk trennt. Dann gibt es das ehemalige Donauufer entlang der Währinger Straße, wo wir so viele Hürden haben, die wir zwar durch Stiegenanlagen überwinden können, aber das ist halt für Fußgängerinnen und Fußgänger auch nicht so besonders erfreulich. Dann gibt es die Roßauer Kaserne, die uns vom 1. Bezirk trennt. Dann gibt es das AKH, das alte AKH, wo wir das allerdings glücklicherweise in den 90er Jahren in enger Kooperation mit der Universität überwinden konnten, indem wir da den Durchgang auch legal geöffnet haben. Also diese Barriere ist auch schon weg. Eine Barriere gibt es eben noch, das ist der Franz-Josefs-Bahnhof, der den Bezirksteil Lichtental von der Spittelau trennt. Es gibt zwar, Insider wissen das, Stiegenanlagen, aber das ist auch nicht besonders fußgängerfreundlich. Daher ist es für uns ganz, ganz wichtig, im Voraus zu wissen, was mit diesem Gebiet passieren soll beziehungsweise was auf gar keinen Fall passieren darf. Daher gibt es jetzt ein mehrstufiges Planungsverfahren für ein städtebauliches Leitbild, ausgeschrieben durch einen internationalen Wettbewerb, um eben hier diese städtebauliche Chance in der Nähe des Stadtzentrums auch wirklich optimal für die Bevölkerung zu nützen.

Die SPÖ-Alsergrund hat schon im Jahr 2010 mit der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern begonnen. Das wird jetzt fortgesetzt, wenn eben die Expertinnen und Experten an den Leitlinien arbeiten. Das wird auch in enger Übereinstimmung mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Anrainerinnen und Anrainern passieren. Daher ersuche ich Sie, diesem Aktenstück zuzustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Baron. Ich erteile es ihm.

GR Karl **Baron** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Da gerade in dem Gebiet um den Franz-Josefs-

Bahnhof besonders hohes Verkehrsaufkommen zu verzeichnen ist mit einem erheblichen Anteil an leichten und mittleren LKWs, möchte ich dieses Geschäftsstück zum Anlass nehmen und folgenden Beschlussantrag einbringen:

„Der Gemeinderat spricht sich für die Vergabe einer Förderung von 4 000 EUR pro Anschaffung eines LKW der Schadstoffklasse Euro 6 für Wiener Unternehmer aus. Die Förderung soll mit drei LKW pro Kalenderjahr und Betrieb begrenzt sein.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Speziell die Transportwirtschaft ist die, die in den letzten Jahren am meisten geprügelt wurde. Kollege Strobl vom Freien Wirtschaftsverband wird mir da sicher beipflichten und den Antrag wahrscheinlich mittragen. Es gab viele Auslagerungen, viele Frächter haben das Land verlassen müssen und erhalten von der Slowakei aus den Betrieb aufrecht, weil es in Wien mit diesen vielen Auflagen praktisch immer schwerer wurde, wirtschaftlich am Leben zu bleiben. Weiters ist der Antrag, glaube ich, eine gute Grundlage, auch die Luftverbesserung in Wien voranzutreiben. Wir zeigen als Unternehmer, dass wir bereit sind zu investieren, aber die Stadt Wien sollte doch auch ihren Teil dazu beitragen. Es wäre eine gute Gelegenheit, hier Klein- und Mittelbetrieben etwas unter die Arme zu greifen und die Anschaffung moderner LKWs voranzutreiben.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen und lade Sie ein, uns dabei zu folgen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Der Kollege Lindenmayr hat ja zum Geschäftsstück im Engeren gesprochen. Weil aber vor allem ÖVP und FPÖ zu den Steinhof-Gründen gesprochen haben, unsere Position dazu: Es gab eine einzige Partei, die dort, wo die Stadt entscheiden kann, nämlich bei der Widmung, gesagt hat, wir halten das für falsch, dass so dort gebaut wird. Wer hat damals zugestimmt, dass so jetzt gebaut wird? Das war die ÖVP und das war die FPÖ! Und jetzt stellen Sie sich her und jetzt kommen Sie daher ... *(GR Anton Mahdalik schüttelt den Kopf.)* Sie schütteln den Kopf? Schauen Sie im Protokoll nach! Ja, die SPÖ hat auch zugestimmt. Ja, die SPÖ hat damals zugestimmt, nur, die SPÖ kommt hier nicht heraus und verlangt einen Baustopp! Das ist der Unterschied. Sie kommen jetzt heraus und verlangen einen Baustopp. Wir waren damals gegen diese ... Es ist gut, ihr verlangt's einen Baustopp, aber machen wir es schön langsam. Ich komm' auch zu dem Weltkulturerbe. Das ist ja der größte Treppenwitz der Geschichte. Okay, fangen wir mit dem Treppenwitz der Geschichte an, das ist das mit dem Weltkulturerbe. Entweder eine Stadt sagt mehrheitlich, hier soll so und so und so gebaut werden - das macht nämlich die Widmung - oder man sagt: Wisst ihr was? Wir sparen uns grundsätzlich Entscheidungen in Wien,

weil das wollen und können wir nicht. Wir übergeben einer Behörde auf internationaler Ebene die Entscheidung, was wo wie gebaut werden kann. In der Tageszeitung „Die Presse“ ist ein Kommentar dazu, der sehr kritisch mit Ihrer Position zu Kreuze zieht, ich sage bewusst, zu Kreuze zieht.

Er sagt, das ist ja die größte Trottelei. Entweder Sie sind dafür, dass dort verbaut wird und gebaut wird, dann bringen Sie sich in diesen auf der ganzen Welt üblichen Prozess der Flächenwidmung ein, der nämlich genau das akribisch regelt und stimmen dafür oder stimmen dagegen. Glaubwürdig wären Sie, wenn Sie damals dagegen gestimmt hätten. Wir haben nämlich damals gesagt, unter anderem maßgeblich die Frau Kollegin Gretner: Achtung, hat sie von diesem Pult aus gesagt, wenn diese Widmung erfolgt, erwachsen private Rechte zum Beispiel für die Gesiba, dass sie die Bebauungsbestimmungen abholen kann und damit ein Recht besitzt. Das passt mir überhaupt nicht. Das passt uns überhaupt nicht, weil wir damals gegen diese Verbauung waren und noch immer gegen diese Verbauung sind! Nur sind wir ein Rechtsstaat. Das heißt, ich kann jetzt schreien und sagen, Verbot. Ich kann sagen, okay, wir wollen eine Diktatur und untersage es und alles entscheide ich da so oder der Herr Mahdalik oder der Gemeinderat. So einfach ist das eben nicht. Das sage ich hier leidenschaftlich, weil wir das für falsch gefunden haben und noch immer für falsch finden.

Nur gibt es auch ein zweites Gut und das ist der Rechtsstaat und da sind wir jetzt in einer schwierigen Situation als Stadt. Jetzt ist leider alles das eingetreten, was wir damals gesagt haben. Die Privaten haben Rechte. Und wenn die Gesiba, die übrigens noch gar nicht in der Wohnbauförderung war - also das ist nichts, was morgen passiert, drum ist ja in der Tat noch Zeit, Gespräche zu führen. Das Einzige, was man wirklich kann: Gespräche führen. Aber was wir niemals können und das will ich auch nicht, das wollen wir nicht, ist: In einem Willkürakt bar jeder rechtlichen Grundlage das untersagen. Was passiert, wenn sie sagt: Bitte, ich hab' und geht dann zum Höchstgericht. Wie soll das gehen? Das funktioniert nicht. Das ist ein ziemliches Gut, der Rechtsstaat. Und darum müssen wir entlang dessen weitergehen, was jetzt ist. Ihr habt mitzuverantworten, Sie haben mitzuverantworten. Und da waren Sie jetzt super unseriös, auch die Frau Kollegin Leeb, die ich sehr schätze. Da muss sie hierher gehen und sagen: „Meine Damen und Herren, wir haben uns geirrt als ÖVP. Wir haben einen schweren Irrtum und wir entschuldigen uns hiermit bei der Bürgerinitiative und bei allen, dass wir damals die Grundlagen geschaffen haben, dass gebaut wird.“ Da haben Sie nämlich mitgewirkt und mitbeschlossen. (GR Dr Wolfgang Ulm: Nein!) Nein, sagt er. Schauen Sie im Protokoll nach! Na selbstverständlich war das damals ein Mehrheitsbeschluss, ein Mehrheitsbeschluss von Sozialdemokratie, FPÖ und ÖVP! So war das damals! Und das ist super unseriös.

Unsere Position hat die Frau Vizebürgermeisterin völlig klargemacht: Wir waren damals gegen die Verbauung und waren auch hier die, die so argumentiert

haben, dass es eben diese Rechtsgrundlage nicht gibt, die wir jetzt haben. So und jetzt haben wir die Rechtsgrundlage und die Gesiba hat - die Vamed baut ja bereits - die Rechtsgrundlagen und wir sind ein Rechtsstaat und den werden wir auch weiterhin verteidigen. (GR Mag Wolfgang Jung: Wie soll dann der Bürgermeister das berühmte Machtwort sprechen?) Es können jetzt Gespräche geführt ... (GR Mag Wolfgang Jung: Aha!) Ja, na selbstverständlich können Gespräche ... Gespräche können immer geführt werden. (Aufregung bei der FPÖ.) Entschuldigung, mit Verlaub, es wurde ein Atom... Das ist meine persönliche Prägung, es wurde ein Atomkraftwerk fertiggebaut 1978. Das war meine Politisierung. Und selbst ein fertiggebautes Atomkraftwerk ist nicht in Betrieb gegangen und da sind wir heute alle sehr stolz darauf.

So, das heißt, erstens einmal bekennen Sie sich zu Ihrem fundamentalen Fehler, der uns in diese Situation erst hineinmanövriert hat, weil ohne die Widmung könnte man nämlich dort nicht bauen! Und dann gibt es Liegenschaftseigentümer, Wohnbaugenossenschaften, Eigentümer von Wohnbaugenossenschaften, alles Mögliche, die Möglichkeiten haben, dass Gespräche hin zu einem Kompromiss geführt werden. Das ist der einzige Punkt. Wenn es ein Ressort gibt, und noch einmal, rechtsstaatlich, das jetzt überhaupt keine Handhabe hat, ist es das Planungsressort der Frau Vizebürgermeisterin. Würde selbst, was wir nicht anstreben, jetzt rückgewidmet werden, haben die die Bebauungsbestimmungen, dass sie so bauen dürfen. Also wir wollen da keinen Papierkrieg entfachen.

Also gehen Sie hinaus, und darum ist mir das jetzt so ein Anliegen, und sagen Sie - ÖVP wie FPÖ -, wir haben uns geirrt, wir haben mitgewirkt, dass jetzt gebaut wird und jetzt führen wir - das können wir tun und werden wir tun - Gespräche. Was Sie machen, ist in einer Weise unehrlich und verlogen, das ist arg. (Aufregung bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Zur Geschäftsordnung!) Das kommt mir so vor ... Unehrllich und verlogen, das finde ich arg! Das kommt mir so vor wie jemand, der erst eine Straße baut, dann sagen Gegner, bitte, baut die Straße nicht, dann gibt es einen Verkehr, dann wird die Straße gebaut und dann sagen sie: Huch, da ist eine Straße, jetzt stellen wir ein Schild auf, Fahrverbot. Also so ungefähr kommt mir Ihre Position vor.

Abschließend ganz klar unsere Richtung, aber auch unsere Möglichkeit in einem Rechtsstaat: Wir waren gegen diese Verbauung, wir sind gegen diese Verbauung aus Gründen, die, wie sich leider jetzt herausstellt, vollkommen richtig sind. Wir sehen noch einen Spielraum, aber der ist schwierig, weil da jetzt durch diese Widmung auch Werte geschaffen wurden. So einfach zu sagen: Schwups, das ist weg, ist schwierig. Wir wollen an einer Lösung, sofern sie möglich ist, mitwirken, soweit eine Möglichkeit besteht. Aber wenn es zwei gibt, die so viel Butter am Kopf haben, dass es ärger nicht mehr geht, dann sind es FPÖ und ÖVP! Das ersuche ich Sie einzustellen und wir hoffen, dass trotzdem ein Weg gelingt, trotz der schwierigen Situationen, in die Sie uns auch

hineinmanövriert haben, dass es dort eine positive Lösung gibt. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung zur Geschäftsordnung. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Frau Vorsitzende!

Der Herr Kollege hat sich da - na „Trottelei“ hätten wir vielleicht noch durchgehen lassen können (*Heiterkeit bei GR Mag Christoph Chorherr.*), aber gehören tut sich das ja auch nicht unbedingt. Aber Ihre Kollegin hat gestern mit „Scheiße“ und „Lügner“ gearbeitet. Sie hat sich wenigstens entschuldigt. Sie haben es nicht gesagt. „Verlogen“, haben Sie auch gesagt. Also ich glaube Ihnen Ihre Änderung in der Verhaltensweise nicht. Aber ich habe mir eigentlich erwartet, dass die Frau Vorsitzende das sagt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Herr GR Mag Jung, ich erteile keinen Ordnungsruf und zwar deshalb, weil der Herr GR Mag Chorherr gemeint hat, die Argumentation wäre verlogen und unehrlich und er hat keine Person als Lügner oder unehrlichen Menschen bezeichnet. Daher erteile ich keinen Ordnungsruf. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ach so ist das!)*

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Dworak zu einer tatsächlichen Berichtigung.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich wollte den Herrn Kollegen Chorherr nur berichtigen, dass wir bei der Flächenwidmung nicht zugestimmt haben. Aber wie die Kuh dann aus dem Stall war, wie der Verkauf des Grundstückes praktisch da war, da haben wir zugestimmt, dass zumindest soziale Wohnungen gebaut werden. Dass das Projekt uns auch nicht gefällt, das wissen Sie und das haben wir in einigen Aussendungen bereits besprochen und wir treten dafür ein. Das haben wir auch 2008 gesagt, dass das Otto-Wagner-Areal ins Weltkulturerbe aufgenommen werden soll, wenn die Stadt Wien das zusammenbringt, weil das die Stadt Wien einmal beantragen muss und dann muss der Bund weiterspielen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hora. Ich erteile es ihm.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich mit einem Ausspruch aus einem Pressefoyer vom 24.2.1981 meine heutige Wortmeldung beginnen. Bei dieser hat der Herr Bundeskanzler Dr Bruno Kreisky vor mehr als 30 Jahren gesagt: „Lernen Sie Geschichte, Herr Reporter!“ Und das sollten sich einige Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat nochmals in Erinnerung rufen und auf die Tatsachen der Wahrheit zurückkehren.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier vor kurzer Zeit die Gelegenheit gehabt, die Rede vom Kollegen Mahdalik aus dem Jahre 2006 zu zitieren. Es war eine neunminütige Rede, die dankenswerterweise von der

Protokollführung wortwörtlich aufgenommen wurde. Ich bin gerne bereit, das hier wieder zu wiederholen.

Ich darf nur erinnern, Kollege Mahdalik, du hast damals von diesem Rednerpult aus - und es hat sich nichts geändert bei diesem Pult - für die Flächenwidmung Otto-Wagner-Spital beziehungsweise, sind wir uns ganz ehrlich, was auch den Ostteil betrifft, gestimmt und hier ein Plädoyer in positiver Richtung ganz laut verkündet.

Meine Damen und Herren! Es wird immer über das Otto-Wagner-Spital gesprochen. Es wird immer über die gesamte Fläche gesprochen. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, einen Gesamtplan über das Otto-Wagner-Spital hier herzuzunehmen, aber ich glaube, es reicht einmal in Erinnerung zu rufen (*GR Karlheinz Hora zeigt eine Fotokopie.*), das ist die Kirche, die um mehr als 11 Millionen EUR saniert wurde, die steht in der Mitte des Ensembles. Das heißt, diese Pavillons sind von unten gesehen auf der rechten Seite der rechte Flügel und die Größe des Areals geht auch links in einem gleichen Schenkel weiter. Über was ist damals und über was ist im Verkauf ernsthafterweise gesprochen worden? Nicht hier geht es darum, es geht um jenen Teil, der hier ist.

Frau Kollegin Leeb! Sie sind noch sehr jung, wie ich festgestellt habe. Aber vielleicht können Sie sich auch erinnern, dass die sozialdemokratische Jugendorganisation Junge Generation damals gegen die Verbauung der Steinhof-Gründe war. Liebe Frau Kollegin, da erlaube ich mir, das Zitat zu wiederholen: „Lernen Sie Geschichte!“ Diese Steinhof-Gründe waren nicht das Areal des Otto-Wagner-Spitals, sondern waren die nördlich gelegenen großen Grünflächen, wo damals - und Sie haben richtig zitiert - die 800 Wohnungen geplant waren. Damals! Und die waren wirklich im Wald- und Wiesengürtel und es ist damals der JG dieser Generation - ich bin etwas zu jung, um damals bei der JG gewesen zu sein - gelungen, diese Verbauung dementsprechend zu verhindern. Und für diese Verhinderung, dass im Wald- und Wiesengürtel gebaut wurde, gehört auch heute noch der sozialistischen Teilorganisation Junge Generation ein besonderer Applaus. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber lassen Sie mich mit meiner Geschichtsbetrachtung weitergehen. Ich hatte hier vor Kurzem Gelegenheit, und Sie können es im Protokoll nachlesen, die neunminütige Rede des Kollegen Mahdalik zu zitieren. Ich will es Ihnen heute, wenn Sie es wollen, gerne noch einmal antun. Ich will aber auf einen anderen Punkt kommen, nämlich auf jene Geschichte, die in der Zwischenzeit nach der Flächenwidmung, wo es übrigens auch eine öffentliche Versammlung gegeben hat und wo man auch davon gesprochen hat, welcher Teil in diesem sogenannten Ostteil der Fläche verbaut werden soll.

Ich sehe gerade den Kollegen Norbert Walter reinkommen - und ich will jetzt nicht Polemik herrschen lassen, damals ist er noch als Stadtrat in der ersten Reihe gesessen, in der Zwischenzeit hat man die Plätze dort gewechselt -, der gemeinsam mit der zuständigen

Stadträtin für Gesundheit und Soziales Mag Wehsely am 11. Juni 2008 eine Presseaussendung gemacht hat. Sie können es gerne nachlesen, ich sage Ihnen die ODS-Nummer 0069 vom damaligen Tag, wo er ganz besonders darauf eingeht und, Kollege Dworak, er hat von Eigentumswohnungen gesprochen, dass es ganz, ganz wichtig ist - und ich stelle Ihnen gerne die Presseaussendung zur Verfügung, aber wie gesagt, im Internet ist es möglich, diese Presseaussendung ja jederzeit wieder abzurufen -, dass dort 620 hochwertige Wohnungen auf dem Gelände entstehen sollen - Originalzitat Walter. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja kaum zu glauben!*) Rund zwei Drittel sollen gefördert werden, ein Drittel frei finanziert werden. In dasselbe Horn hat er wenige Tage später gestoßen, auch schwarz auf weiß belegt, wo er sogar von zwei Drittel Eigentumswohnungen spricht. Aber, wie gesagt, das ist Geschichte, das ist dokumentierte Geschichte.

Meine Damen und Herren! Um jetzt zur Gemeinderatssitzung zu kommen, die den Verkauf geregelt hat, wo hier im Gemeinderat unter Vorsitzführung des Kollegen Ulm, Sie waren damals Vorsitzender und bei diesem Geschäftsstück, wo es um den Verkauf dieses Grundstückes durch den KAV, also um diesen kleinen Teil, der östlich im Bereich des Otto-Wagner-Spitals liegt, hat es eine einzige Wortmeldung gegeben und diese Wortmeldung hat mein Kollege Christian Deutsch damals gemacht. Ich möchte Ihnen auch nur sagen, er hat damals zitiert, warum es notwendig ist, diesen Teil einer anderen Widmung zuzuführen, einer anderen Verwendung zuzuführen und ÖVP, FPÖ und SPÖ – der Kollege Chorherr hat es ja richtig alles zitiert – haben damals mehrstimmig dieses Thema angenommen und keiner von den FPÖ-Gemeinderäten und von den ÖVP-Gemeinderäten hat sich damals zu Wort gemeldet. Die Schlussworte des Vorsitzenden von damals, des GR Dr Wolfgang Ulm, waren: „Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort. Frau Berichterstatterin, wünschen Sie das Schlusswort? Nein, sie verzichtet.“ Bei der Abstimmung kann ich nochmals feststellen, außer der Grünen Fraktion haben alle ganz genau diesem Verkauf mit diesem Bauträger hier im Gemeinderat zugestimmt. Das ist Tatsache und da brauche ich auch nichts zu beschönigen oder zu ändern. Dank der Schriftführung ist alles schwarz auf weiß oder mit welchen Farben Sie immer das ausdrücken wollen dokumentiert.

Erlauben Sie mir aber dann noch ein paar Bemerkungen. Vor Kurzem wurde auch hier im Gemeinderat beschlossen, dass wir dort auch ein Konzept brauchen, was den Verkehr betrifft. Die Gesiba hat, im Gegensatz zur Vamed, diese Worte erlauben Sie mir auch hier zu sagen, genau den richtigen Punkt getroffen. Sie hat einmal ein Projekt vorgestellt, das nicht eingereicht ist, sondern eben im Sinne der Gemeinderatsbeschlüsse aus den Jahren 2006, 2008 und 2011 zur Diskussion gestellt. Dieser Diskussionsprozess ist mit der öffentlichen Versammlung, die im September stattgefunden hat,

eröffnet worden. Diesen Prozess müssen wir jetzt führen. Das Verkehrskonzept ist ein Teil davon.

Frau Kollegin Leeb! Wenn Sie die Buslinie 48A anführen, dann haben Sie jene Buslinie getroffen, die am weitesten weg ist. Sie haben dort noch die Buslinie 51A beim Ottakringer Bad, die wesentlich näher ist, oder auch die, die nur 250 m weiter die nächste Station haben, die Buslinien 146B und 46B. Das heißt, ich kann nur alle einladen und auch Sie, Frau Kollegin Leeb, schauen Sie es sich vor Ort an, schauen Sie sich die Flächen wirklich an, über die wir reden! Es ist nicht immer Parteigehorsam, ganz einfach etwas zu tun, um jetzt in einer Situation, wo dort ganz einfach die Bürger Information brauchen, sich das so zu richten, dass man versucht, durch billige Möglichkeiten Stimmen einzufangen.

Die Sozialdemokratie hat in dieser Stadt die Verpflichtung, sozialen, sozial geförderten Wohnbau zu errichten.

Das wäre dort eine Möglichkeit, mit Bürgermitbestimmung einen Teil dieser Verpflichtung auch umzusetzen. Und ich habe mich nur gewundert, warum es in dieser Stadt keinen Aufschrei gegeben hat, als die größte Tageszeitung des Landes am 22.9. berichtet hat, dass es in Wien zu einer Erhöhung der Mietpreise um bis zu 82 Prozent in den letzten Jahren gekommen ist. Da hätte ich mir von der ÖVP einen Aufschrei erwartet. Ich hätte mir auch von anderen einen Aufschrei erwartet. Eine Zeitung, die sich in der Zwischenzeit dort manifestiert hat, um sich festzusetzen. Und ich kann nur als Sozialdemokrat sagen, ich stehe weiter für den Dialog, ich stehe weiter für den sozialen Wohnbau in Wien zur Verfügung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ich erteile es ihr.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal kurz zur Fraktion der GRÜNEN. Im Frühling ist ein Baum grün, in Spätsommer werden seine Blätter rot, aber letztlich verliert er sie und sie sind jetzt genau an dem Punkt und fallen ab, wo immer sie nur irgendwo können.

Was jetzt die Rechtsgrundlage betrifft und deshalb habe ich mich gemeldet, denn der Herr Mag Chorherr hat sie mit Händen und Füßen verteidigt: Herr Mag Chorherr, auch ihre mittlerweile ehemalige Frau Gretner hat gesehen, was mit einer Rechtsgrundlage Flächenwidmungsplan passiert. Und ich zitiere hier zum zigsten Mal zum Beispiel die Glorit im 22. Bezirk. Es ist halt nun einmal leider so, dass, wenn ein Flächenwidmungsplan von Ihnen und in der Mehrheit sind es ja Sie, beschlossen wird, dass man eben nicht vertrauen darf, dass es auch so ausgeführt wird, wie es im Flächenwidmungsplan drinnen ist. Und da ist es dann völlig egal, ob Höhenbeschränkungen, ob Flächenverbauungsbeschränkungen drinnen sind, gemacht wird letztendlich, was man möchte. Und es gab auch nicht umsonst den Flächenwidmungsskandal, den

sie ja gerne verdrängen. Das hatten wir alles schon. Und der Herr Bürgermeister hat gesagt, man kann auch einmal gescheit werden. Jawohl, wir haben unsere Meinung geändert, wir sind gescheit geworden.

Und noch ein Punkt zur Rechtsgrundlage: Wenn Sie, Herr Mag Chorherr, diese Rechtsgrundlage jetzt so in den Himmel heben - wissen Sie, wie viele Garagenbauten schon auf Flächenwidmungsplänen Rechtsgrundlage waren und Sie haben Bürgerinitiativen organisiert, Bacherpark und Ähnliches, wo man sich angekettet hat oder wo man rund um die Uhr dort geblieben ist? Da war Ihnen der Flächenwidmungsplan als Rechtsgrundlage aber so was von egal! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und jetzt kommen Sie und belehren uns. Ich finde, da sollte man schon ein bisschen auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Jawohl, wir sind gescheit geworden. Aber es hat uns auch die Erfahrung gelehrt, was mit Flächenwidmungsplänen dieser Stadt passiert, wenn sie einmal aktiv umgesetzt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Irschik. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Irschik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Damen und Herren auf der Galerie!

Die Replik auf den Kollegen Chorherr, der da die Rechtsstaatlichkeit in Spiel gebracht und angesprochen hat, die Rechtsstaatlichkeit der GRÜNEN, Sie nehmen also Bedacht darauf - hoffentlich weiß das Ihr Kollege Öllinger aus dem Nationalrat auch, wenn er gemeint hat, Radfahren auf dem Gehsteig, ihn interessieren da keine Vorschriften. Das heißt soviel wie die Straßenverkehrsordnung als Bundesgesetz et cetera interessieren ihn nicht, weil wir fahren mit dem Rad auf dem Gehsteig, auch wenn wir es eigentlich nicht dürfen. Vielleicht hat es sich noch nicht bis zum Nationalrat der Grünen durchgesprochen. Vielleicht könnten Sie da ein bisschen auf die Rechtsstaatlichkeit so mancher Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN einwirken.

Das Zweite ... *(Zwischenruf von GR Mag Christoph Chorherr.)* Das habe ich auch nicht gesagt. Was habe ich gesagt? Also da brauchen Sie keine Angst haben, dass ich mit Ihnen per Du bin, Herr Chorherr. Das wird nicht der Fall sein. Nur keine Sorge.

Das Zweite, da hätten wir noch die Seriosität, die hat der Herr Chorherr auch angesprochen. Die GRÜNEN sind auch so seriös. Vor der Wahl im Jahr 2010, als die SPÖ mit der absoluten Mehrheit in der Bezirksvertretung noch eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes nördlich des Heeresspitals durchgeführt hat, haben die GRÜNEN gemeint: Vielleicht verliert die SPÖ nach der Wahl die absolute Mehrheit und dann werden wir gemeinsam das rückgängig machen, diese Umwidmung, wo zuerst maximal Bauklasse I vorgesehen war. Und dann waren wir plötzlich bei Bauklasse III und sogar IV, das haben die Bauträger dann sogar freiwillig zurückgenommen. Also wir sind nur mehr auf Bauklasse III und, wie gesagt, wir

werden dann gemeinsam alles unternehmen, um diese Widmung wieder rückzuwidmen, die Grünen gemeinsam mit der ÖVP und mit den Freiheitlichen. Und siehe da, die GRÜNEN sind in der Stadtregierung und aus ist es, nichts wird mehr rückgewidmet! Die Freiheitlichen haben hier in diesem Haus im Gemeinderat insgesamt drei Anträge eingebracht, drei Beschlusanträge. Die GRÜNEN sind mitgegangen und haben das gemeinsam mit der SPÖ abgelehnt. Es sind von uns mehrere Anträge eingebracht worden, auch in der Bezirksvertretungssitzung. Also so viel zum Thema der Seriosität der GRÜNEN. Sie sind in der Stadtregierung und werfen offenbar alle Grundsätze über Bord. Ich kann ihnen gratulieren, Herr Chorherr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Dr Harald **Troch**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist nicht unspannend, heute hier als Berichterstatter zu beobachten, wie die angebliche Familienpartei ÖVP eine politische Kindesweglegung betreibt, um noch auf den fahrenden Zug einer Bürgerinitiative aufzuspringen. Danke! Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Der Antrag ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge.

Ich stimme den Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP-GemeinderätInnen Ing Isabella Leeb, Mag Dworak und Mag Feldmann betreffend Jugendstilensemble Otto-Wagner-Spital als UNESCO-Weltkulturerbe ab. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die diesen Beschlusantrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag ist gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das stimmt nicht! - Aufregung bei ÖVP und FPÖ. – GR Heinz Hufnagl: Stimmt, stimmt! Die Formulierung stimmt!)* Der Antrag ist gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Vielleicht ist es für manche nicht nachvollziehbar, dass man auch mit einer ... *(GR Prof Harry Kopietz: Sie werden schon noch gescheit werden!)* Die intellektuellen Kapazitäten sind vorhanden hier, dass man dieser Art der Abstimmung folgen kann. *(Weitere Aufregung bei ÖVP und FPÖ.)*

Beschlusantrag der FPÖ-Gemeinderäte Mahdaliq, Mag Gudenus, Ing Guggenbichler, Armin Blind und Ing Rösch betreffend Baustopp am Areal des Otto-Wagner-Spitals. Auch in Bezug auf diesen Antrag ist die sofortige Abstimmung beantragt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird nur vom Antragsteller unterstützt und ist somit abgelehnt.

Ich komme nun zur Abstimmung des

Beschlussantrags der FPÖ-Gemeinderäte Karl Baron, Mahdalik und Guggenbichler betreffend Förderung von Euro-LKW, eingebracht zu Postnummer 16. In formeller Hinsicht wird hier die sofortige Abstimmung beantragt. Ich bitte also jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. - Der Antrag wird von den Oppositionsparteien unterstützt und ist damit angelehnt.

Wir kommen nur zur Postnummer 2 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Beitritt der Stadt Wien als Mitglied zu der Organisation Transparency International - Austrian Chapter - Verein zur Korruptionsbekämpfung. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Yilmaz, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Nurten **Yilmaz**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Werte Kolleginnen und Kollegen, bitte um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Tschirf und ich möchte das geschätzte Auditorium darauf aufmerksam machen, dass es sich hier um seine Abschiedsrede handelt. Bitte, Sie haben das Wort.

GR Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vizebürgermeisterinnen! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hätte zwar einiges zum Thema Transparency als amtierender Vorsitzender des Kontrollausschusses zu sagen, aber es ist heute Anlass, hier Abschied zu nehmen. Und ich sage, es sind schöne 19 Jahre, auf die ich zurückblicke.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie diese Stadt vor 19 Jahren ausgesehen hat, wie auch dieser Saal ausgesehen hat, so war beispielsweise damals noch die Möglichkeit, dass man rauchen darf. Wenn man im Wiener Rathaus angerufen hat, dann hat es damals - es war die Zeit nach dem Fall des Eisernen Vorhanges - eine Stimme gegeben, die einen auch auf Tschechisch und auf Ungarisch begrüßt hat. Es war, wie gesagt, eine Zeit der Euphorie. Wir waren alle davon beseelt, dass sich vieles ändert. Das war eigentlich auch ein Vehikel, um vieles, was in diesem Land aufzubrechen war, zu verändern. Ich sage das ganz bewusst, weil wir heute oft in einer Situation sind, wo wir fast pessimistisch alles beobachten.

Wenn ich zurückdenke, dann fällt mir ein Ereignis ein. Ich sehe gerade Godwin Schuster. Du wirst dich sicher auch daran erinnern. Wenige Wochen, nachdem ich angelobt worden bin, hat mich mein Klubobmann angerufen und gesagt: „Ich habe für dich eine Hack'n. Fahr mit einer Delegation nach Zagreb als Wahlbeobachter zu den kroatischen Kommunalwahlen.“ Es wäre einiges darüber zu erzählen, weil das eine Demokratie am Anfang war. Manches hat noch nicht ganz geklappt. Es war eine Stadt, die teilweise verdunkelt war. Es war Kriegszustand. Aber das, was mich eigentlich noch heute am meisten betroffen macht, ist, als wir dann am späten Nachmittag mit Vertretern von Oppositionsparteien in einem internationalen Hotel

gesessen sind, haben diese uns alles vorausgesagt, was wenige Jahre später an Gräueltaten passiert ist. Es fiel nicht der Name Srebrenica, aber wir haben es gehört. Als ich dann zurückgekommen bin, habe ich Freunde im Außenministerium angerufen. Diese haben gesagt, das weiß man in den Staatskanzleien Europas. Ich sage das deshalb, weil wenn wir heute die Situation betrachten - und das spielt auch für Wien eine große Rolle, weil gerade aus diesen Volksgruppen viele in Wien leben -, kann man sagen, diese Völker stehen vor dem Beitritt zur EU oder sind in der Nähe. Wenn eine deutsche Wochenzeitung vor Kurzem geschrieben hat, dass das Vorbildliche an Europa ist, dass Europa der friedlichste, sozialste und ökologischste Kontinent ist, anders als andere, dann wäre das damals nicht zu sagen gewesen.

Was wir mitnehmen sollten, ist, dass Krisen durchaus Chancen sind. Wir standen damals wie heute vor der großen Herausforderung, dass wir den breiten Wohlstand, den in der Geschichte einzigartigen Wohlstand, den wir heute haben, erhalten. Das ist sehr mühsam. Es ist vieles fragil, gerade wenn man sieht, wie sich vieles verändert hat, wie durch einen Mausklick effektiv auch die Börse verändert werden kann, wie es weniger die Diskussion über Großmächte als über Rating-Agenturen ist, über die wir heute nachdenken. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben in einer Zeit der Veränderung. Aber das Schlechteste wäre, zu glauben, es ist alles ausweglos. Im Gegenteil. Wenn etwas in dieser globalisierten Zeit faszinierend ist, ist es, wie wir mithalten können, dass de facto jede Schule in Wien auch mit einer in Shanghai oder in den Vereinigten Staaten im Wettbewerb steht. Das ist die heutige Realität, dass kleinste Unternehmungen im Wettbewerb stehen und dass es unsere Aufgabe ist, unsere europäische Wertehaltung auch in der Zukunft zu bewahren.

Was Europa im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, wo jedem Kind schon in der Schulzeit gesagt wird, dass es der größte Staat der Welt ist, ausmacht, ist, welche Skepsis bei uns gegenüber Europa besteht. Ich verschweige nicht, ich möchte gar nicht nachdenken, was es im Vergleich zu China heißt. Gerade die Vielfalt Europas macht es aus. Gerade auch, dass Europa den Anspruch erhebt, von den Bewohnerinnen und Bewohnern jederzeit akzeptiert zu werden. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, um diese Akzeptanz zu ringen. Das ist eigentlich die Aufgabe der Kommunalpolitik.

Ich habe hier in 19 Jahren viel Faszinierendes erlebt. 19 Jahre als Kommunalpolitiker in Wien bedeuten, dass man im Gespräch mit Bürgerinitiativen, im Gespräch in Beiseln, in den Salons dieser Stadt, am Fußballplatz, bei der Vernissage, überall dort, wo die Bürgerinnen und Bürger sind, das Gespräch sucht, erklärt, vermittelt und darauf schaut, etwas weiterzubringen. Ich bin froh, dass ich die Aufgabe übertragen bekommen habe, dass ich hier für mehrere Bezirke tätig sein konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas, was mir immer ein wesentliches Anliegen war, und ich sage es gerade in diesen Tagen, war der Dialog der Kulturen und insbesondere der Religionen dieser Stadt. Während

wir oft in dieser Welt Religion als etwas des Gegensatzes erleben, gibt es hier den Dialog. Wenn vor wenigen Tagen einer der ganz Großen, der für diesen Dialog in dieser Stadt gelebt hat, nämlich der griechisch-orthodoxe Erzbischof, Metropolit Dr Michael Staikos, verstorben ist, sei an dieser Stelle auch seiner gedacht. Wir haben eine Situation, wo Religionen in dieser Stadt miteinander reden, wo Religionen Brückenbauer sind. Es gilt nicht nur darum, dass man das weiter erhält, sondern auch darum, dass man das als Vorbild für andere Bereiche in diesem Europa und in dieser Welt zeigt. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mehrfach Danke zu sagen: Ein Danke an meine Partei, die mich fünf Legislaturperioden hierher entsandt hat. Ein Danke an meine Partei, die mir interessanteste Aufgaben gegeben hat. Es war faszinierend, die Ausgliederung der Stadtwerke und damit eine Modernisierung der Kommunalwirtschaft herbeizuführen. Es war faszinierend, einiges betreffend Verfassungsänderung, mehr Kontrolle herbeizuführen. Und es war eine großartige Aufgabe, zehn Jahre Klubobmann dieser Volkspartei zu sein.

Fritz, du hast eine wunderschöne, aber verdammt schwierige Aufgabe! *(Allgemeine Heiterkeit.)* Für diese wünsche ich dir alles Gute, weil einem Freund wünscht man in dieser Situation vor allem, dass er jenes Durchhaltevermögen hat, von dem ich weiß, dass du es hast. Aber es ist eine schöne Aufgabe. Wenn du meine Unterstützung brauchst, wirst du sie immer haben. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte mich aber auch bei Kolleginnen und Kollegen aus allen anderen Fraktionen bedanken. Ich habe viele interessante Gesprächspartner und viel gegenseitigen Respekt gefunden und gemerkt, dass es durchaus auch Freundschaft über die Parteigrenzen hinaus gibt. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.

Ich möchte mich auch bei meiner Frau bedanken, die, so wie am ersten Tag, auch heute wieder hier sitzt. *(Allgemeiner Beifall.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin hier als relativ junger Jurist und Kabinettschef eines Ministers vor 19 Jahren hereingekommen und übernehme jetzt am 1. November eine neue Aufgabe. Ich möchte mich bei Ihnen, bei euch für das bedanken, was ich mitnehmen kann, für das, was ich hier aus den verschiedensten politischen Lagern an Themen mitbekommen habe.

Ein Dankeschön an die Bürgerinnen und Bürger, mit denen ich Gespräche geführt habe.

Es war eine wunderschöne Zeit! Ich freue mich auf jedes Wiedersehen mit jedem Einzelnen von Ihnen. *(Allgemeiner Beifall mit Standing Ovationen.)* - Ich sage Danke.

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Herr GR Dr Tschirf, im Namen des Vorsitzes möchte ich Ihnen sehr herzlich für die 19 Jahre danken, die Sie hier im Dienste der Stadt und im Dienste der Politik für diese Stadt gut und verdienstvoll gearbeitet haben. Zehn Jahre Ihrer Tätigkeit habe ich selbst miterlebt. Ich habe Sie immer als einen Kollegen erlebt, der nachdenklich, kompetent und

sachpolitisch fundiert argumentiert. Es konnte Ihnen auch bei vielen, wie Sie es gesagt haben, politisch unterschiedlichen Standpunkten immer mit Respekt und Wertschätzung begegnet werden. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Tätigkeit.

Für die Arbeit als Sektionschef im Wirtschaftsministerium wünsche ich Ihnen sehr viel Glück. Ich war gestern im Theater und dort hat Hofrat Winkler in „Professor Bernhadi“ gemeint, wenn man Beamter ist, ist man entweder Anarchist oder Trottel. Nachdem Sie Letzteres keinesfalls sind *(Allgemeine Heiterkeit.)*, wünsche ich Ihnen, dass Sie ein bisschen Anarchie für Ihre neue Tätigkeit auspacken. *(Allgemeiner Beifall.)*

Nichtsdestotrotz, trotz dieser Gratulationen, die sehr verdient sind, werden wir mit der Sitzung fortfahren. Ich ersuche Herrn GR Dr Stürzenbecher um seine Wortmeldung.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Bevor ich zum Akt Transparency International einige Worte sagen werde - es werden nur einige Worte sein -, darf auch ich dem Kollegen Matthias Tschirf alles Gute wünschen, danke ihm auch für die faire Zusammenarbeit, die wir über Parteigrenzen hinweg immer gepflogen haben, auch für die hohe fachliche Expertise, die er immer eingebracht hat. Ich glaube, es ist ein gutes Beispiel dafür, wie das Zusammenarbeiten in unserem Gemeinderat auch sein kann. Ich würde mir wünschen, dass es, so wie wir heute die Diskussion führen, sozusagen der Normalfall wäre, nicht so, wie letztes Mal. Jedenfalls, Matthias, darf ich dir, nicht nur im Namen meiner Fraktion, das auf jeden Fall, sondern ich glaube, von allen, wirklich ausdrücken, dass wir dich alle als wertvolles Mitglied des Gemeinderates geschätzt haben und dass es uns einerseits wirklich leid tut, dass du diesen Schritt setzt, andererseits ist es natürlich wichtig, dass eine so wichtige Funktion wie Sektionschef im Wirtschaftsministerium, was auch für die Stadt Wien bei den speziellen Aufgaben, die du übernimmst, sehr wichtig ist, von einem so kompetenten Mann ausgeübt wird. In diesem Sinne herzlichen Dank und alles Gute! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und GRÜNEN.)*

Jetzt wirklich noch einige ganz wenige Worte: Wir treten also Transparency International als kooperatives Mitglied bei. Das ist eine Antikorruptionsorganisation. Es ist wichtig, dass man die Korruption weltweit, in Österreich, in der EU und natürlich auch bei uns in der Stadt Wien bekämpft. Wir haben hier schon ganz große Erfolge erzielt. Wir sind 2004/2005 mit dem Preis der Wissenschaftlichen Hochschule Speyer ausgezeichnet worden. Das war eben für unser Antikorruptionsprogramm. Antikorruption ist eine wichtige Sache für den Wirtschaftsstandort, für die Wirtschaft, aber auch für die Demokratie. Wenn es Korruption gibt, dann ist das eine Unterminierung der Demokratie.

Ich glaube, in Wien haben wir mit unserem Antikorruptionsprogramm schon bewiesen, dass wir die

Korruption, so gut es geht, bekämpfen. Es wird nie irgendwo eine Institution geben, wo es null Prozent Korruption gibt, aber das Ziel, so wenig Korruption wie irgendmöglich zu haben, ist erreichbar. Da sind wir auf einem guten Weg und mit dem Beitritt zu Transparency International haben wir einen weiteren Schritt gesetzt. Das kostet 5 000 EUR im Jahr, können wir uns also auch leisten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Billiger als die Inserate!)*

In diesem Sinne meine ich, dass man diesem Akt mit gutem Gewissen zustimmen kann. - Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Wien tritt der Organisation Transparency International bei. Ein sehr wichtiger Schritt, ein notwendiger Schritt, wenn wir das politische Umfeld und das politische Klima betrachten, was über Politiker und über Politik innerhalb der Bevölkerung gesprochen wird. In meinen täglichen Kontakten mit Menschen auf der Straße höre ich oft, es gibt ein paar Politiker, die nicht korrupt sind, aber es gibt ein paar, die korrupt sind. Man will eh nicht alle in einen Topf schmeißen, aber das Bild, das da ist, ist, Politiker sind korrupt und Politik kann man nicht vertrauen.

Ich glaube, es ist derzeit die zentrale Aufgabe der Politik, dieses Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen, weil wir zu Recht auf der Grundlage der Demokratie immer wieder die Bevölkerung dazu aufrufen, sich für Politik zu interessieren beziehungsweise in der Politik mitzumachen. Partizipation, BürgerInnenbeteiligung oder sonstige Beteiligungsformen. Hier, meine Damen und Herren, ist es angebracht, dass verantwortliche Politiker, die dafür gesorgt haben, dass der Ruf der Politik geschädigt wurde, auch ehrlich zu ihrer Verantwortung stehen, nämlich Klartext zugeben beziehungsweise müssen sie im Sinne der Demokratie, um auch der Bevölkerung dieses Vertrauen zu geben beziehungsweise wiederzugewinnen, ehrlich mit dieser Sache umgehen.

Wenn wir jetzt das Interview mit Herrn Hochegger in „News“ lesen, merken wir, dass hier versucht wird, eine neue Front zu öffnen, indem man die GRÜNEN in diesen

Korruptionssumpf hineinziehen will. Auch das, meine Damen und Herren, kommt bei der Bevölkerung an. Die Bevölkerung erkennt das Spiel, das dahintersteckt. Die Bevölkerung weiß, dass die GRÜNEN eine saubere Weste haben und dass es ein Manöver bestimmter Kreise, bestimmter Politiker ist, um die GRÜNEN anzuschwärzen. Hier haben diese Politiker, die die Politik in Verruf gebracht haben, die Chance, wieder für Aufrichtigkeit zu sorgen. Hören Sie mit diesem Spiel auf! Schieben Sie nicht Herrn Hochegger vor! Kommen Sie ganz offen! Die Bevölkerung erkennt Ihr Gesicht!

Natürlich verlangt der Umgang mit der Bekämpfung der Korruption nicht nur den Beitritt in eine Organisation, sondern auch die Offenlegung, die Transparenz innerhalb der eigenen Organisationen, Offenlegung der Nebenbeschäftigungen der Mandatäre, der Einkommen, gläserne Parteikassen. Wir haben einige Parteien, vor allem die FPÖ und die ÖVP, ständig aufgerufen, hier ihre Parteikassen zu öffnen. Woher kommen Ihre Gelder? Die Bevölkerung hat ein großes Interesse daran, dies zu erfahren. Das wäre ein wahnsinniger Schritt, sage ich, die Bevölkerung wieder dazu zu gewinnen, dass sie Vertrauen in die Politik entwickelt.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass wir bei der nächsten Wahl und bei den nächsten Begegnungen wieder mit erhobenem Haupt mit der Bevölkerung sprechen können. Es gibt noch Bürger und Bürgerinnen, die Vertrauen in die Politik haben. Wir müssen sie mitnehmen. Wir müssen dieses Vertrauen, das wir von ihnen genießen, erweitern und vergrößern. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Berichterstatterin verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte also jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Die Zustimmung ist einstimmig.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet.

Ich bitte die Damen auf der Galerie höflich, die Sitzung jetzt zu verlassen, denn wir kommen zur nichtöffentlichen Sitzung. Bitte seien Sie so freundlich. Es sind keine Geheimnisse, aber es ist trotzdem nicht öffentlich.

*(Schluss der Sitzung um 14.20 Uhr.)*